

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepolte Normal-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigensprecher: Amt f. Nr. 1508.  
 Telephon: 1000.  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 13. April 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

**Des Karfreitags wegen kann die nächste Nummer unseres Blatts erst am Sonntag erscheinen.**

### Das Jahres-Ergebnis der amtlichen Streitstatistik.

Die Kritik, die der „Vorwärts“ an den vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Streitstatistik bisher geübt hat, wirkte nicht nur über den Wert dieser Statistik aufklärend, sondern auch auf die Erhebungen selbst bessernd ein. Das hat, wenn auch in verlausulierter Form, bei der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern der Direktor Dr. v. Wödtke zugestanden. Er wies auf die mehrfachen „Angriffe“, die die vierteljährlichen Nachweisungen des Statistischen Amtes vom „Vorwärts“ erfahren hätten. Hin und meinte, sie hätten sich in sehr vielen Fällen als irrtümlich herausgestellt, fuhr aber fort: „Zum Teil waren sie freilich berechtigt; in vielen Fällen ergab aber eine genaue Nachforschung, die jedesmal vorgenommen ist, daß die Angriffe unrichtig oder übertrieben waren.“ Das eine Gute bleibt auf alle Fälle, daß selbst Zweifel im Reichsamt des Innern an der Richtigkeit und Objektivität der Nachweisungen entstanden sind. Denn schon während des ersten Jahres der Erhebungen hat man sich zu einer Reihe von Konzessionen an die im „Vorwärts“ aufgestellten Forderungen bequemt.

Man hat einmal vorgeschrieben, daß bei jedem Streit nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer gleichzeitig gehört werden müßten. Außerdem sollen auch die Gewerbe-Aufsichtsbeamten zugezogen werden. Ferner ist am 24. Oktober v. J. ein Rundschreiben des Staatssekretärs des Innern ergangen, wonach die Orts-Polizeibehörden ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß nicht nur diejenigen Personen zur sofortigen Arbeitsniederlegung berechtigt sind, die ihr Arbeitsverhältnis ohne Kündigung lösen können, sondern auch diejenigen, welche durch ordnungsmäßige Kündigung ihr Arbeitsverhältnis so rechtzeitig gelöst haben, daß sie an dem Tage, an dem der Streit ausbrach, gleichfalls zur sofortigen Arbeitsniederlegung berechtigt waren. Bis zum Erlaß dieses Rundschreibens war es nicht ausgeschlossen, daß solche Arbeiter als kontraktbrüchig vermerkt wurden.

Noch immer sind indessen durch diese Konzessionen die Erhebungen nicht so gestaltet, daß die Streitstatistik ihres arbeiterfeindlichen Charakters entkleidet wäre. Direktor v. Wödtke meinte, es handle sich darum, eine objektive Statistik zu machen, und um eine solche zu erhalten, wären die Organe des Staats die geeignetsten Stellen und an erster Stelle zu berücksichtigen. Wir sind mit dieser Auffassung ganz einverstanden, haben auch nie in unsren Angriffen gegen die amtliche Statistik eine andre Stellung eingenommen, wir haben vielmehr immer nur bemängelt, daß die offizielle Statistik trotz des amtlichen Charakters in ganz erheblicher Weise diese geforderte Objektivität verleierte. Dazu fragen wir, hat man es für nötig befunden, gerade in den vorläufigen Nachweisungen die Zahl der kontraktbrüchigen schon anzugeben, obgleich gerade die Prüfung in jedem einzelnen Fall bei dieser Rubrik besonders gewissenhaft zu erfolgen hat, und dies bei der vorläufigen Feststellung gar nicht geschehen kann. Man hat ja sonst andre für Streits wichtige Feststellungen in die vorläufigen Ergebnisse nicht aufgenommen. Und warum hat man ferner bei der Erhebung durch die Unterbehörden nicht Vorfrage getroffen, daß gerade die Frage des Kontraktbruchs in objektiver Weise entschieden wird? Wir haben nie verlangt, die Arbeiter oder Arbeitervereinigungen allein sollten eine solche Feststellung treffen, wir haben vielmehr den Vorschlag gemacht, die Feststellung der Kontraktbrüchigkeit durch die Gewerbegerichte und dort, wo solche nicht bestehen, durch eine ad hoc eingefetzte Kommission erfolgen zu lassen. Verlegt man mit einer solchen Forderung etwa die Objektivität? Nein, man wehrt sich nur gegen Feststellungen, die einseitig durch die Arbeitgeber beeinflusst sind. Wir haben in dieser Beziehung bei unsrer früheren Kritik der amtlichen Streitstatistik hinreichendes Beweismaterial erbracht.

Wenn jetzt in maßgebenden Kreisen die Erkenntnis dämmert, daß es falsch ist, eine Streitstatistik ad irato (aus Gärigkeit) zu unternehmen, so soll das uns im Interesse einer guten objektiven Statistik freuen. Aber verschwiegen darf es auch heute noch nicht werden, daß das Motiv zur Ausnahme der Streitstatistik aus dem Geiste der **Zucht-hausvorlage** hervorgegangen ist. Soll die Streitstatistik unparteiisch und objektiv geführt werden, so sind wir die ersten, die trotz unsrer bisherigen Angriffe diesen Charakter der amtlichen Erhebungen begrüssen werden.

Was die bisherigen Veröffentlichungen der amtlichen Statistik anbelangt, so liegen die vorläufigen Ergebnisse nunmehr für die ersten vier Vierteljahre vor und ermöglichen dadurch einen Überblick über die Gesamtzahl der im Jahre 1899 stattgefundenen Streits. Aus nachstehender Tabelle ergibt sich die Zahl der Ausstände, die Zahl der Streitenden und die in der amtlichen Streitstatistik als kontraktbrüchig

bezeichneten Arbeiter für das gesamte Reich sowohl als auch für eine Reihe maßgebender Gewerbe.

|                            | Streits | Ergriffene Betriebe | Personen zum Stillstand gekommen | Gewerkschaftliche Arbeiter | Darvon streikten | Darvon kontraktbrüchig |
|----------------------------|---------|---------------------|----------------------------------|----------------------------|------------------|------------------------|
| Deutsches Reich            | 1 297   | 7 113               | 1 028                            | 240 246                    | 98 804           | 27 017                 |
| Darunter:                  |         |                     |                                  |                            |                  |                        |
| Baugewerbe                 | 443     | 3 111               | 1 023                            | 61 375                     | 35 024           | 3 114                  |
| Textilindustrie            | 109     | 172                 | 33                               | 27 988                     | 11 377           | 5 323                  |
| Steine und Erden           | 103     | 218                 | 89                               | 9 355                      | 5 788            | 1 520                  |
| Maschinen u. Apparate      | 85      | 150                 | 30                               | 24 374                     | 4 721            | 1 855                  |
| Bekleidung u. Reinigung    | 64      | 668                 | 200                              | 6 804                      | 4 741            | 712                    |
| Nahrungs- und Genussmittel | 52      | 757                 | 10                               | 7 004                      | 3 036            | 547                    |

In diese Gesamtzahl der Streits sind von uns auch die zu den einzelnen Vierteljahrs-Nachweisungen gegebenen Nachträge hineingearbeitet worden: nicht etwa aus Kulak des Vorwurfs, den uns Direktor v. Wödtke gemacht hat, daß wir auf diese Nachträge bisher keinen Bezug genommen, sondern sie einfach ignoriert hätten, sondern treu unsrer Gepflogenheit, bei den jeweiligen Zusammenstellungen und Ausführungen auch die Nachträge zu berücksichtigen. Eine genaue Lektüre der von Dr. Wödtke angezogenen Artikel des „Vorwärts“ ergibt dies.

Entsprechend dem lebhaften Geschäftsgang in Industrie und Handel, mit Rücksicht auf die zunehmende Rentabilität des industriellen Kapitals sahen sich die Arbeiter im vergangenen Jahre besonders häufig veranlaßt, zu Ausständen zu schreiten, da die Arbeitgeber von selbst zu Lohnerhöhungen sich nur selten verstanden. So ist klar, daß die Zahl der Streits im Jahre 1899 größer war, als in den vorhergegangenen Jahren. Außerdem ist aber zu bemerken, daß die amtliche Statistik selbstverständlich bei ihrem vollkommenen amtlichen Erhebungsapparate, der sich bis in jeden einzelnen Ort des Reichs erstreckt, die Zahl der Ausstände genauer erfassen kann, als es einer privaten Streitstatistik möglich ist. Weder die Streitaufnahmen der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ noch die Streitstatistik der General-Kommission der Gewerkschaften erreichen in Bezug auf Vollständigkeit der Zahl die offizielle Streitstatistik. Infolgedessen ist auch ein Vergleich mit den Vorjahren nur schwer durchzuführen. Immerhin ergibt nachfolgende Uebersicht der Streitsbewegung im Deutschen Reich innerhalb des letzten Jahrzehnis insofern ein richtiges Bild, als 1899 sicherlich das Recordjahr während dieser Zeit ist. Die Zahl der Streits und der beteiligten Personen für die Jahre 1890—1898 ist der gewerkschaftlichen, für das Jahr 1899 aber der amtlichen Streitstatistik entnommen:

| Jahr           | Anzahl der Streits | Zahl der beteiligten Personen |
|----------------|--------------------|-------------------------------|
| 1890—91        | 226                | 38 536                        |
| 1892           | 73                 | 3 023                         |
| 1893           | 116                | 9 356                         |
| 1894           | 131                | 7 323                         |
| 1895           | 204                | 14 032                        |
| 1896           | 433                | 128 808                       |
| 1897           | 578                | 63 119                        |
| 1898           | 995                | 60 162                        |
| 1899           | 1 297              | 98 804                        |
| Gesamt 1890—99 | 4 093              | 422 607                       |

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. April.

#### Agrarische Stimmungen.

Der Bund der Landwirte ist in der Frage der Flottenvorlage geschoben worden, anstatt zu führen. In den ersten Zeiten tappte er ziemlich hilflos zwischen einem patriotischen Ja und einem noisibenden Nein. Bei den Staatsberatungen im Reichstag kam noch gar keine konservativ-agrarische Opposition zum Ausdruck. Im Gegenteil: die bloße Verhärzung der Dedungsfrage wurde von konservativen Wortführern als unpatriotisch zurückgewiesen. Die bösslichen Rücksichten waren noch sehr stark. In der ersten Lesung der Flottenvorlage fanden sich schon einige Aeußerungen des bedenklischen Unmuts, wenn man auch das Wort von der gräßlichen Flotte zu verlegen suchte. Inzwischen aber hat die agrarische Stimmung im Land die Bundeshauptlinge immer mehr zu der Ueberzeugung gebracht, daß Agrarier, die mit der Parole „für die Flottenvorlage“ in den Wohlklang ziehen würden, von ihren Wählern verlassen werden würden. Und so lautet man denn jetzt Sturm, wenn man auch vor der ehrlichen Aussprache der eigentlichen Herzensmeinung: „Nieder mit der Flotte“ feige zurückbleibt.

In welcher Weise der Bund der Landwirte gegenwärtig agitiert, dafür bietet eine Versammlung in Wörs einige charakteristische Erscheinungen. Man unterhielt sich daselbst über Fleischbeschau, Flottenvorlage und andre agrarische Vorkommnisse. Herr Dr. Hahn war der Wortführer, aber die noch unverantwortlicheren Größen des örtlichen Agrariertums überholten ihn weit in ungeschminkter Behandlung ihrer Abneigung gegen Regierung und Flotte.

Zunächst wütete man gegen die konservativen Parteiführer, die in der Fleischbeschaufrage ein Kompromiß mit der Regierung machen wollen. Der Bericht der „Rhein. Volksstimme“ erzählt:

Landwirt Codes kann dem Vorschlage der Herren v. Rankeuffel, v. Mirbach und Graf Alindowström, das fremde Pöfelfleisch vom Einfuhrverbot auszunehmen, nicht zustimmen. Dann verzichte man lieber auf das ganze Gesez... Man habe den kommerziellen Vorster-Rösin in den Landtag gewählt, und nun habe er als Mitglied der Bödner Handelskammer gegen das Fleischbeschau-gesez zweiter Lesung mitprotestiert, also gegen die Mehrzahl seiner Wähler Stellung genommen. Ja, einen solchen Herrn wollte man sogar in den Reichstag wählen. (Viele Stimmen: Nicht mehr!) Er wolle dem Herrn nicht nahe treten, allein ein kommerzieller sei kein geeigneter Vertreter eines meist ländlichen Wahlkreises.

Dr. Hahn: Er glaube nicht, daß die Herren Rankeuffel, v. Mirbach und Graf Alindowström für ihr Kompromiß viele Profeliten machen werden. Erstere beide Herren gehörten zudem dem Reichstoge nicht mehr an. Es freue ihn, daß die hier versammelten rheinischen Landwirte, die so dicht bei der Industrie wohnen, ganz der Meinung des Bundes der Landwirte und der übrigen Bauernvereinigungen in der Fleischfrage sind. Auf ihre Meinung giebt man in Berlin vielleicht mehr als auf die übrige, die ostelbischen Agrarier würden ja stets als einseitig und maßlos fordernd bezeichnet.

Landwirt Weher spricht sich ebenfalls mit aller Entschiedenheit gegen ein Kompromiß in der Fleischbeschaufrage aus. Alles oder nichts, heißt es hier. Die Landwirtschaft wolle nicht mehr **Aischenbrödel spielen**. Insbesondere wäre es gut (Weber ist evangelisch), wenn die Bauern sich durch religiöse und religiös-politische Fragen nicht abhalten ließen, in wirtschafts-politischen Angelegenheiten zusammenzugehen. Alle christlichen Bauern, katholische und evangelische, sollten hier eine geschlossene Phalanx bilden. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Hahn freut sich über jene Auslassungen, womit widerlegt werde, daß er die Bauern aufhebe. Sie seien unzufriedener, als die Regierungen ahnen.

Darauf wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der das Fleischbeschau-gesez, wie es in zweiter Lesung des Reichstogs gestaltet sei, als Minimum erklärt wird.

Nun kam man zur Flotte. Dr. Hahn erklärte sich für die Flottenvermehrung, aber nur unter mannigfachen „Voraussetzungen“, insbesondere müßten erst die Forderungen der Landwirtschaft erfüllt worden sein.

Es entspinnt sich nun eine lebhafte Diskussion über diesen Gegenstand. Landwirt Codes war erst **Flottenfreundlich**, ist aber jetzt infolge der ähblen Behandlung der Landwirtschaft durch die Regierungen **andrer Ansicht** geworden. Er neige der Ansicht zu: **Kein Fleischbeschau-Gesez, keine Flotte! (Allgemeines Bravo!)**

Landwirt Hagelforster spricht sich im Sinn des Herrn Codes aus.

Landwirt Mayer empfiehlt, gegenüber dem Flottengesez dieselbe Stellung wie Industrie, Handel und Schifffahrt gegenüber dem Fleischbeschau-Gesez einzunehmen. (Großes Bravo!)

Dr. Hahn konstatiert die **Abneigung gegen die Flotten-ausgaben**. Er begreift sie aber. Hätten die Regierungen innerhalb des letzten Jahrzehnts die Interessen der deutschen Landwirtschaft wärmer geschützt, so hätte sich eine solche Stimmung in dem konservativen und zuverlässigsten Teile der Bevölkerung gar nicht herausbilden können! So hat man aber nur schöne Worte für die Landwirtschaft. Thatsächlich wird aber nach liberal-manchesterlichen Gesetzen verfahren. Er schlägt mit der Auf-forderung, an Stelle der liberalen die agrarische Presse zu unterstützen, auch fortgesetzt neue Mitglieder für den Bund der Landwirte zu werben.

Mit einem Kaiserhoch wurde die Versammlung geschlossen. Die „Rheinische Volksstimme“, das kerisale Blatt des rheinischen Bauernvereins, zieht aus den Aeußerungen Dr. Hahns den Schluß: „**Ab-lehnung der Flottenvorlage**“, denn die Vorlage sei eingebracht, weil man internationale Politik treiben will, und darum hilft derjenige, der die Flotte bewilligt, Deutschland in das Meer dieser internationalen Politik hineinsteuern, in der die deutsche Landwirtschaft untergehen wird.“ Doktor Hahn, sagt das agrarische Centrumsbblatt, hat den Nagel auf den Kopf getroffen mit seinem berühmten Wort: **Gräßliche Flotte!**

Das ist die Wahrheit von der Flottenbegeisterung auf dem Lande. Kein Wunder, daß die bürgerlichen Parteien, von den Konservativen bis zum Centrum, sich eifrig bemühen, das Flottengesez fertig zu stellen, und daß die Regierung in der Frage der Kosten-deckung allerhand Schein Konzessionen bewilligt. Eine Reichstags-ausschließung und Neuwahl unter der Losung der exportindustriellen die Landwirtschaft vernichtenden Flottenpolitik müßte die ganze Linie der „staatserhaltenden“ Parteien in ungeheuerlichster Wirren durcheinander schütteln.

#### Und Pöfelfleisch.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ legt nochmals in einem umfangreichen Leitartikel über „das Fleischbeschau-Gesez und die deutsche Landwirtschaft“ die Absichten der Regierung in dieser Frage dar. Es sei eine Unmöglichkeit, die völlige Absperrung des ausländischen Fleisches zu bewilligen; diejenigen, welche diesen Gesekentwurf zu einer Krastprobe gegenüber der Regierung benutzen wollten, thäten der Landwirtschaft keinen guten Dienst. Auch die „Post“ redet den Wählern eindringlich zu, ihre störrische Opposition gegen das Fleischkompromiß aufzugeben.

Die Zeitung des Bundes der Landwirte spielt ein gefährliches Spiel — nicht nur für den Bund, sondern auch für die Lebensinteressen der deutschen Landwirtschaft, wenn sie das Fleischbeschau-gesez zur Ursache einer Spaltung im konservativen Lager und damit im Grunde der Landwirte selbst sich herauswachsen läßt.

Das Fleischbeschaugesetz darf unzweifelhaft als ein Vorpiel der Kämpfe um die Handelsverträge gelten — eben deshalb ist es von der größten Bedeutung, daß die große und geschlossene Mehrheit der zweiten Lesung des Fleischbeschaugesetzes erhalten bleibt und der Regierung dadurch der Beweis erbracht wird, daß sie mit einer geschlossenen agrarischen Reichstagsmehrheit rechnen muß.

Daß diese Mehrheit ohne jedes Zugeständnis bei den Beschlüssen der zweiten Lesung stehen bleibt, ist nach der Haltung der Grafen Lindow, Wirsach und Mirbach ausgeschlossen. Was kann die Bundesleitung jetzt noch durch ihre unbedingte Ablehnung eines Kompromisses erreichen? Entweder eine Reichstagsmehrheit gegen den Bund oder eine Mehrheit des Bundes zusammen mit Sozialdemokraten und Freisinnigen zur Vereinfachung des Fleischbeschaugesetzes. Beides ist gleich bedenklich.

Der Bund der Landwirte kann unzweifelhaft seine unglücklichere Frage zur Kräfteprobe wählen, als eine solche, wo ein Graf Wirsach gegen ihn steht. So bedauerlich es wäre, wenn der Zwiespalt zur Gegnerschaft würde — ein Zweifel kann nicht bestehen, daß die Sprengung des Bundes der Landwirte und der konservativen Parteien ein größeres und folgenschwereres nationales Unglück wäre, als die Einführung von Bäckfleisch in Süden von mehr als 10 Pf. und unter Vorbehalt, die eine Entpötelung anschließt. Einigkeit macht stark; Kampf im eigenen Lager unmittelbar vor den Handelsverträgen wäre das denkbar Schlimmste, was sich für die Freunde eines kräftigen Schutzes der nationalen Arbeit ereignen könnte.

Die Herren von der „Deutschen Tageszeitung“ scheinen jedoch vorläufig allen Belehrungen unzugänglich verharrten zu wollen. Sie wenden sich gegen die Kompromiß-freundliche Erklärung der Herren v. Mantuffel und v. Wirsach. Sie geben eine lange Liste landwirtschaftlicher Vertretungen, die sich sämtlich für Aufrechterhaltung der Bäckfleischsperrung erklärt haben. Sie berufen sich auf den fast einstimmigen Beschluß der konservativen Reichstagsfraktion, der gefaßt worden sei, obgleich bekannt war, daß die Regierung ihn für unannehmbar erachtete.

Es sondern sich die Schreier unter den Agrariern von den Gouvernamentalen, die da wissen, daß sie ohne Regierungsgunst verlorne Leute sind. Die v. Mantuffel und v. Wirsach werden im Reichstag eine genügende Zahl konservativer Willkürer finden, denen Amt und Hofsimf doch noch wichtiger dünkt als die Aussperrung des Bäckfleischs.

### Deutsches Reich.

**Ueber den Arbeitsplan des Abgeordnetenhauses** machen die „Berl. Volkst. Nachr.“ folgende Mitteilungen:

Die Ausschüsse für die Session des Abgeordnetenhauses nach der Osterpause dürften sich etwa folgendermaßen gestalten: In der ersten Woche sollen neben kleineren Initiativanträgen die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Zwangsverziehung und das kleine Gesetz über die Regulierung der unteren Weichsel erledigt werden. Vorwiegend wird dann auch der national-liberale Antrag auf Überweisung von 50 Mill. Mark an die Provinzialverbände, welcher auf Wunsch der Antragsteller bis nach der Beratung des Gesetzentwurfs über die Zwangsverziehung zurückgestellt ist, zur Verhandlung gelangen. Weiters der louverantischen Interpellation über das Fleischbeschau-Gesetz ist dagegen bisher von den Interpellanten der Wunsch, sie auf die Tagesordnung zu setzen, nicht gekehrt worden. In der zweiten Woche wird die Gemeinbewahrschul-Borslage zur Verhandlung gelangen. Außerdem werden bis dahin die beiden die Subjektiven Landesteile betreffenden Gesetzentwürfe spracheifrig werden. Während die Verhandlungen über die letzteren voraussichtlich nur geringe Zeit in Anspruch nehmen werden, dürften die Verhandlungen über die erstgedachte Vorlage einen größeren Umfang erlangen, zumal zweifellos wiederum die Frage der Bildung von Abstimmungsbezirken für die Gemeinbewahrschulen, betreffs deren in der Kommission trotz langer Verhandlungen keine Einigung erzielt ist, zur Erörterung gestellt werden wird. Der weitere Verlauf der Session wird wesentlich davon abhängen, wie rasch die kommissarischen Beratungen über die Warenhandelssteuer, den Gesetzentwurf über den Ausbau und die Unterhaltung der schlesischen Gebirgsflüsse und den Gesetzentwurf über die Zwangsverziehung zum Abschluß gebracht werden können. Der Gesetzentwurf über die Warenhandelssteuer hat in der betreffenden Kommission zwar bereits die erste Lesung passiert. Aber das Ergebnis der Beratung ist ein solches, daß die Kommission, wenn anders sie nicht pro nihilo gearbeitet haben will, ganz von vorn anfangen muß. Die erste Sitzung der Kommission für die schlesischen Gebirgsflüsse ist für den 30. d. M. anberaumt und die Vorlage der Zwangsverziehung hat, wie bereits erwähnt, noch die erste Lesung zu passieren. Jedenfalls reicht der vorliegende Beratungstoff kaum aus für die 32 Arbeitstage, welche zwischen dem 24. April und Pfingsten liegen.

**Sündenbabel und Unschuldparadies.** Zwischen dem sittlichen und dem physischen Gift zieht die „Köln. Volks-Ztg.“ eine geistreiche Parallele. Wenn auf der ungesegneten Abgabe von Strichhalm, Morphium, Arsenik schwere Sünden, so sei es nicht zu bezweifeln, warum nicht auch die Verabfolgung des sittlichen Gifts bestraft werden solle. Nun, ein kleiner Unterschied besteht denn doch zwischen den beiden Arten von Gift. Welche Wirkung Strichhalm auf den menschlichen Organismus hervorbringt, darüber dürfte sich so ziemlich die Medizin einig sein; wie der physische Organismus aber auf das „sittliche Gift“ reagiert, dafür giebt es keine Norm. Wir wollen das Reichliche Wort vom Reinen und vom Schönen hier nicht nochmals zitieren, obwohl es drastisch und schlagend ist. Auf die krankhaft reizbare Phantasie eines anormalen Menschen kann das keusche Kunstwerk denselben sinnlichen Reiz ausüben, wie die raffiniert illustrierten Illustrationen eines Journal amusant, die ihrerseits wieder bei gesunden Naturen nur das Gefühl des ästhetischen Unbehagens erwecken werden. Würde nun das Radte überhaupt verboten, so würde vielleicht der eine oder andere der Feinzeugde vor einem unglücklichen Gedanken bewahrt werden, auf der andern Seite aber würde dieses präde Bonanientum nur die sexuelle Hyperempfindlichkeit, für die schon ein nackter Arm sittliche Konfite herausbeschwört, künstlich großzüchten. Was der „Köln. Volks-Ztg.“ als Gift erscheint, kann andern als rein künstlerische Darstellung gelten. Eine Grenzlinie zwischen „Gift“ und „Arzt“ wird sich nie ziehen lassen.

Ebenso unberechtigt sind die sittlichen Anschuldigungen, die das Centrumorgan gegen die Städte als Unschuldherde erhebt. Die alle Habel von dem Unschuldparadies des platten Landes sollte doch endlich einmal aufgegeben werden. Und wenn der Bauernverein für Unterfranken erklärte,

„wir verlangen, daß unsre Söhne, wenn sie z. B. als Rekruten in die großen Städte kommen, nicht überall in den Schauläden, Theatern usw. auf die Verführung stoßen, daß sie vielleicht gesund an Leib und Seele fortgehen und heimkommen wie „abgelebte Butterstücke, verflüchtigt an Leib und Seele“, so verkennt er einfach die Ursachen der „Verleiderung“. Durch Schauläden und Theater ist wohl kaum schon eine ländliche Unschuld verführt worden. Viel mehr aber dürfte die Zusammensperrung der jungen Leute in den Kasernen und die dort geübte Unterhaltung sittlich korrumpierend wirken. Im allgemeinen könnte man aber wohl ohne Uebertreibung behaupten, daß die unter die Fahne gerufene Jugend des Landes die Sittlichkeit eines Teils der weiblichen Bevölkerung der Stadt in höherem Maße gefährdet, als ihre eigene „Unschuld“ durch Theater, Museen, Schauläden, ja selbst durch Tingeltangels und Prostitution gefährdet wird.

**Flottenparade bei Krefeld.** Aus Krefeld wird uns vom 11. April geschrieben: Die Stadtverwaltung hat heute das Ersuchen an den Staatssekretär Tirpitz gerichtet, die Torpedo-Division, welche Ende dieses Monats nach Köln fährt, in Uerdingen landen zu lassen. Die Truppen sollen dann in Krefeld bivouieren.

Durch diese Manipulation deuten die Flottenfreunde, welche die Stadtverwaltung beherrschen, die Bürger für die Flottenvorlage zu begeistern.

Das jetzt wieder die Petitionen, trotz Lichtbilder und Banketts, noch zu wenig Unterschriften auf.

**Von der Macht der Phrasen** spricht die „Kölnische Volks-Ztg.“ frei nach Liebermann von Sonnenberg gegenüber den Künstlern und Gelehrten, die den Ruf des „Goethe-Bunds“ unterzeichnet haben. Man müsse der „Kreuz-Zeitung“ recht geben, die im Hinblick darauf, daß auch hochangesehene Männer aus Künstlerkreisen den phrasenstrotzenden Ruf des „Goethe-Bunds“ unterzeichnet hätten, es als „unfähig krankhaft“ bezeichne, daß nicht einer dieser Männer sich dem „liberalen Phrasenschwall“ entgegengestellt habe.

Wir haben absolut keine Ursache, die Form der Kundgebungen des Goethe-Bunds als unantastbar zu verteidigen. Auch für unsern Geschmack mag die eine oder andere Wendung etwas nat. Das kann uns aber nicht abhalten, die Künstler und Gelehrten des Goethe-Bunds dazu zu befragen, daß sie sich endlich einmal aus ihrer Letzbarkeit aufzuraffen vermöchten. Daß die Goethe-Bündler an der „harmlosen Blindheit“ des Kunstparagaphen der lex Heinze den Sitzhauz nicht bedacht haben, zeigt nur von ihrem gesunden Instinkt. Der ganzen Moderat- atmenenden Weltanschauung der Geloten beider Konfessionen soll der Ruf des Goethe-Bündler gelten, von dem wir nur wünschen können, daß er nicht sobald wieder dem faulen Frieden des bisherigen Zustands weichen möge. Daß die Feinze-männer, denen der Fehdehandschuh ins Gesicht geschleudert worden ist, ergrimmnt aufstehen, ist uns ja verständlich.

**Ueber die zukunftsstaatliche Auffassung von Freiheit und Menschenfreundlichkeit** der Sozialdemokratie phantasiert die „Münch. Allg. Ztg.“ anläßlich unsrer Notiz über die französische Kolonialarmee, resp. den Antrag unsres Genossen Sembat. Der Antrag Sembats hatte bekanntlich gefordert, daß es nicht gestattet sein solle, einen größeren Teil der aus Soldtruppen bestehenden Kolonialarmee im festländischen Frankreich garnisonieren zu lassen, da dies Söldnerheere als Belegung staatsrechtlichster Militärs eventuell eine staatsgefährliche Rolle spielen könnte. Das Münchener Blatt bemerkt zu unsrer Notiz:

„Man hätte vermuten sollen, daß unser sozialdemokratisches Zentralorgan den Gesetzentwurf seines französischen „Genossen“ mit sehr kritischen Augen ansehen, wenn nicht gar verwerfen würde. Denn ein härterer Zwang als die Verhängung der Verbannung aus dem Vaterlande gegenüber Männern, die nach dem aufstrebenden Dienst in den Tropen des Aufenthalts im heimatischen Klima dringend bedürftig sind — ein härterer und grausamerer Zwang ist kaum denkbar. Aber von solcher Gedankenblase ist der „Vorwärts“ nicht angekreuzt: er tadelt nicht nur nicht den Antrag Sembat, sondern stimmt ihm indirekt durch die trockene Bemerkung zu: „Die Kolonialarmee wäre, wenn sie zum erheblichen Teil in Frankreich selbst garnisonierte, in der That ein gefährliches Werkzeug der Staatsverleumdungen.“ Damit ist die zukunftsstaatliche Auffassung von Freiheit und Menschenfreundlichkeit prächtig illustriert.“

Unser verehrte Gegenüber tritt sich in verschiedenen Punkten. Wir haben unsre Stellung zum Antrag Sembat durchaus nicht fixiert, sondern nur erklärt, daß die Argumente Sembats keineswegs der Begründung entbehren. Wir würden aber freilich keinen Anstand nehmen, die Auffassung Sembats, sofern sie von unsrer französischer Partei-genossen in ihrer Mehrheit geteilt werden sollte, durchaus zu billigen. Denn als Gegner der kapitalistischen Kolonialpolitik und der Söldnerheere sind doch nicht wir für Schutzmah-nahmen verantwortlich zu machen, die wir den Gefahren dieser Kolonialpolitik und Söldnerheere gegenüber unter Umständen zu treffen gezwungen sind. Was aber der „Zukunftstaat“ mit dieser Frage zu thun haben soll, vermögen wir vollends nicht einzusehen. Der sozialistische „Zukunftstaat“ wird eben keine koloniale Mänderpolitik im heutigen Stile treiben und deshalb auch der Söldnerheere entraten können. Selbst aber, wenn dies nicht der Fall sein sollte, würde die in die Dienste der Verfassung stehende Volks-wehr die Gefahr des Staatsverfalls vollständig ausschließen. In unsrer Auffassung von Freiheit und Menschenfreundlichkeit werden wir uns also von der „Münchener Allgemeinen“ nicht beschränken lassen.

**Von dem Arbeiterschau-Kongress**, der im Musée Social zu Paris unter den Auspicien des französischen Handelsministeriums vom 25.—29. Juli dieses Jahres tagen soll, haben wir den Lesern schon Mitteilung gemacht. Die Einladungsschreiben zur Veranstaltung dieses Kongresses, der eine Fortsetzung des Züricher und des Brüsseler Arbeiterschau-Kongresses sein wird, sind ver-sandt und das Programm veröffentlicht worden. Dasselbe lautet:

I. Die gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit. Vergleichende Uebersicht über die Gesetzgebung. — Die gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit für Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer. — Wünschenswerte Fortschritte und Reformen. — Ist die Begrenzung der Arbeitszeit durch ein gesetzlich festgestelltes Maximum in den hauptsächlichsten Industrieländern zu erwarten und zu erstreben?

II. Das Verbot der Nachtarbeit. Folgen der Nachtarbeit. — Verbot der Nachtarbeit in der Gesetzgebung der verschiedenen Länder. — Kann man die Nachtarbeit für alle Kategorien von Arbeitern (Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer) unterlagen? — Würde ein solches Verbot Ausnahmen für bestimmte Industrien mit sich bringen? — Ist eine internationale Vereinbarung für die Unterdrückung der Nachtarbeit erforderlich?

III. Die Gewerbe-Aufsicht. Die verschiedene Organisation der Gewerbe-Aufsicht in den einzelnen Ländern. — Vorschläge und Nachteile dieser Organisationen; erzielte Ergebnisse. — Mitwirkung der Arbeiter an der Gewerbe-Aufsicht, Disziplinatoren, gewählte Arbeiterdelegierte, Kontrolle durch Gewerbevereine.

IV. Internationale Vereinigung für den gesetzlichen Arbeiterschau. Ueber den Nutzen einer solchen Vereinigung und ihre Aufgaben.

Auch Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind eingeladen worden, sich an dem Kongress mit der Delegation zu beteiligen und ihren Namen als Mitberufener zur Verfügung zu stellen. Die Genossen Webel, Auer und Viehnecht, denen Einladungsschreiben zugegangen sind — ob solche auch andern Genossen zugegangen sind, wissen wir nicht — haben geantwortet, daß sie, bei aller Sympathie für eine wirksame Arbeiterschau-Gesetzgebung, die Enderufungsschreiben nicht gemeinsam mit Angehörigen bürgerlicher Parteien unterzeichnen können, die im Klassenkampf für die Befreiung der Arbeiter uns als Feinde gegenüberstehen.

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

**Die österreichische Regierung über den Blutaberglauben.** Im niederösterreichischen Landtag stellte unlängst der verklärte Ernst Schneider den Antrag, die Juden, insbesondere deren Rabbiner und Schächter, aus Anlaß des nahenden Osterfestes streng zu beaufsichtigen. In der Motivierung des freiblen Antrags wird von dem Blutmarchen als wie von erwiesenen Thatsachen geredet. Als Antwort richtete der Abg. Osner eine Interpellation an den Statthalter, in der er verlangte, die Regierung möge dem verhehenden Treiben, das in der Blutbeschuldigung liege, energisch entgegen treten und insbesondere deren Urheber aufs schärfste beaufsichtigen. Der Statthalter hat, wie schon telegraphisch gemeldet, diese Interpellation in der Mittwochssitzung beantwortet. Die Antwort ist die denkbar entschiedenste Verurteilung der niederträchtigen Blutmarchenschwänkel. Da sie erschöpflich im Auftrag der österreichischen Regierung erfolgt ist, so wollen wir sie als amtliches Zeugnis gegen jene Scham- und gewissenlose Hege hier im Wortlaut wiedergeben. Graf Kielmansegg erklärte:

Die sogenannte Blutbeschuldigung, das heißt die Beschuldigung, daß der rituelle Christenmord durch die Satzungen des jüdischen Religionsbekenntnisses oder durch salmudisch-rabbinische Schriften empfohlen oder begünstigt sei, ist von den benutzten christlichen Kennern dieser Litteratur sowie von den obersten Autoritäten der römisch-katholischen Kirche als grundlos bezeichnet worden, so daß die Regierung die Verbreitung dieser Beschuldigung um so tiefer bedauern muß, als sie deren Gefährlichkeit für das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung nicht verkennen kann. Die Regierung muß aber gleichzeitig ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Bekämpfung und Ausrottung derartiger antwortlos widerprophetischer Vorstellungen vorwiegend auf dem Wege der fortschreitenden Aufklärung und deren Verbreitung in der Bevölkerung möglich ist. Insofern die Interpellanten darauf hinweisen, daß die Beschuldigungen in böswilliger Absicht zum Zwecke der Aufreizung gegen Angehörige eines gesetzlich anerkannten Religionsbekenntnisses vorgebracht werden, muß ich bemerken, daß die Regierung nicht säumen wird, die diesfalls bestehenden strafrechtlichen Bestimmungen in jedem einzelnen ihr zur Kenntnis gelangenden Fall auf das nachdrücklichste durch die hierzu befugten Organe in Anwendung bringen zu lassen. Wenn schließlich in der Interpellation der Wunsch nach besondern Präventivmaßnahmen polizeilicher Natur ausgesprochen wird, so ist hervorzuheben, daß nach der Natur der in Betracht kommenden Verhältnisse, die in der Regel durch Rede oder Schrift begangen werden, im Rahmen unsrer verfassungsmäßig gewährleisteten Institutionen der Präventivthätigkeit der Polizeibehörde in diesem Belange ganz bestimmte gesetzliche Grenzen gezogen sind.

Die Antwort wurde von den Antisemiten mit großen Unwillen aufgenommen; Herr Schneider insbesondere ließ es an Zwischenrufen nicht fehlen. Der interessanteste war wohl der, daß Herr Schneider zu der Bemerkung, die obersten Autoritäten der römisch-katholischen Kirche, das heißt: die Päpste, hätten die Blutbeschuldigung als eine Grundlosigkeit bezeichnet, den Zwischenruf machte: Gegen Bezahlung! Herr Schneider befragte also die Päpste, daß sie sich haben bescheiden lassen! Auch gut. — Was die Antwort selbst betrifft, so hat der „Nachrichten“ der verfassungsmäßig gewährleisteten Institutionen“ eine österreichische Regierung noch nie gebindert, einer Agitation entgegenzutreten. Wenn man sich in Oesterreich auf die „Verfassung“ beruft, so sieht gewöhnlich eine Spitzbüberei dahinter. Immerhin war der Ton, den Graf Kielmansegg gegen seine antisemitischen Freunde anschlugen mußte, ein ziemlich rauher.

**Die Wahlen zum Wiener Gemeinderat.** Man schreibt uns aus Wien, 11. April: Wien wird binnen kurzer Zeit sehr unruhige Tage erleben. Damit ist bei Leibe nicht der Zusammentritt des Reichsrats gemeint, der läßt eben sein. Sondern die an Spitzbüberei überreichen Wiener Gemeindevahlen kommen in Sicht. Vorläufig ist nur sicher, daß die allgemeinen Wahlen für den zweiten Wahlkörper und die Ergänzungswahlen der im dritten und ersten Wahlkörper freigebliebenen Mandate stattfinden werden. Die Durchführung der Ergänzungswahlen ist zwar direkt ungesetzlich — denn sie werden in jener Verteilung vorgenommen, die im alten Statut bestimmt war, dieses ist aber durch die Erlösung des ganzen Gesetzes anher Geltung gekommen —, aber Herr Lueger darf sich das schon erlauben, auf eine Ungeheuerlichkeit mehr oder weniger kommt es nicht an. Unentschieden ist die wichtige Frage, wann nämlich die Wahlen des neuen Wahlkörpers, des des allgemeinen Stimmrechts, erfolgen werden. Das Gesetz verpflichtet die Gemeinde, sie bis zum Jahre 1902 durchzuführen; es heißt aber, daß Herr Lueger daran denke, sie gleich jetzt zu absolvieren. Der neue Wahlkörper, in dem nicht nur die jetzigen Wahlwähler, sondern auch die Wähler der drei ersten Wahlkörper wahlberechtigt sind, wählt bekanntlich zwanzig Gemeinderäte, jeder Stadtbezirk einen. Die Ausschüsse der Sozialdemokratie sind nicht die geringsten. Einerseits trifft gerade sie die Bedingung der dreijährigen Gehaltslosigkeit, an die das Wahlrecht geknüpft ist, sehr hart; andererseits haben die Antisemiten den ganzen Wahlschatz in der Hand und können und werden das Wahleresultat durch die größtmöglichen Schwindeleien beeinflussen. Immerhin wird es bald heiße Wochen geben.

#### Schweiz.

**Bern, 11. April.** (Fig. Ber.) In der letzten Session der schweizerischen Bundesversammlung ist neben andern Geschäften auch die hundertjährige Vorlage, betreffend die **Befolgung der Angestellten der Bundesbahnen** behandelt worden. Die Uebernahme der vier Hauptbahnen durch den Bund erfolgt zwar erst im Jahre 1903, diejenige der Gotthardbahn gar erst 1905, allein es wird bereits in planmäßiger Weise gesetzgeberisch vorgegearbeitet, damit der Staat beim Eintritt des genannten Zeitpunkts den Betrieb der Bahnen auf der neuen Grundlage ohne Störung fortführen kann. Die hundertjährige Befolgungsvorlage, der vom Ständerat in der Hauptsache zugestimmt wurde, stellt 10 Gehaltsklassen auf, deren niedrigste 1200 bis 1800 Fr. Jahresbefolgung vorsieht und die Vorklasse 2. Klasse, Bahnwärter, Bremser, Portiers, des Rangierpersonals, die Ausläufer, Nachwächter zc. umfaßt. Befolgungserhöhungen treten alle drei Jahre ein und zwar je nach der Gehaltsklasse um 200, 300 und 500 Fr., so daß das Maximum bei der niedrigsten Klasse in 9 und bei der höchsten Klasse in 30 Jahren erreicht wird. Die Löhne der Tagelöhner werden von der Generaldirektion und den Kreisdirektionen im Rahmen eines vom Verwaltungsrat der Bundesbahnen zu erlassenden Reglements bestimmt. In Strausfelsen und Tobofällen kann ein Rückgang der Befolgung bis auf ein Jahr eintreten. Die Entscheidung hierüber steht der Generaldirektion zu. Die Eisenbahnarbeiter und Angestellte sind mit dieser Befolgung der Befolgungsverhältnisse nicht ganz zufrieden. Bemerkenswert ist, daß bei gleicher Dienstleistung weibliche Angestellte die gleiche Befolgung wie die männlichen erhalten, mit der einzigen Ausnahme der Barrierenwärtinnen.

Die von der serbischen Regierung geplante Errichtung einer Centralstelle für polizeipolizeiliche Umtriebe in der Schweiz wird nun nicht erfolgen, da, wie gemeldet wird, der Bundesrat „abgewunken“ hat. Es war freilich auch unwirksam von dem serbischen Ministerpräsidenten, im Parlament offen seine geheimsten Pläne auszulapern.

#### Belgien.

**Die Kolonial-Behältnisse im Kongo-Kaaf.** Die Geschichte der Kolonialpolitik der „christlichen“ Staaten ist überreich an Schaulichkeiten aller Art. Man braucht nicht zurückzugreifen auf die Konquistadoren; auch die Kolonialkriege in Indien, Algier usw., die im 18. Jahrhundert geführt worden sind, strotzen von Behältnissen. Auch die deutsche Kolonialpolitik hat bereits äußerst vielverheißend eingeleitet. Der Kongo-Kaaf ist nicht minder beschäftigt wegen der Greuel, die Verwaltung und Soldateska sich gegen die Eingebornen haben zu Schulden kommen lassen. Es rang deshalb auch durchaus nicht unwahrscheinlich, was über neueste Kolonialereisse im Kongo-Kaaf berichtet wurde. Mit welcher diebischer Rohheit Kongo die unglücklichen Eingebornen jener Landesteile gemartert wurde, auf deren Ausbeutungsfähigkeit seiner Zeit die „civilisierte“ Welt durch Stoleh aufmerksam gemacht wurde, verrät ein Beamter der Antwerpener Mongolageellschaft namens Lacroix in einem Brief, der in einem Antwerpener Blatt veröffentlicht wurde. Daß Lacroix nicht über treibt, wird man schon deshalb annehmen können, weil die Thaten, von denen er erzählt, seine eigenen sind! Allerdings sucht Lacroix für seine Brutalitäten seinen Vorgesetzten verantwortlich zu machen. Dieser befaßt ihm im vergangenen November, alle Einwohner von Mombia tot zu schießen und in der That wurden 23 Frauen und 2 Kinder in der Dorfe selbst und drei Frauen auf der Flucht getötet. Herr Lacroix sagt hinzu: „Von Mitleid ergriffen sah ich mich gezwungen,

meinen Chef zu verhindern, auf ein Kind zu zielen, welches er schon einige Male verfehlt hatte, und dessen Mutter von mehreren Augen durchbohrt dalag." Und was war der Anlaß dieser Meleleien? Herr Lacroix berichtet es, leidenschaftlos wie ein orientalischer Chronikenschreiber: "Weil das Boot von Monbia nicht rechtzeitig an den verordneten Posten erschienen war, um Aukantisch abzuholen!" Auf Befehl desselben Chefs wurden ein andres Mal 60 Frauen, welche dem Boote von Monbia Nahrungsmittel brachten, in Ketten gelegt, ins Gefängnis geworfen und dort dem Hungertod übergeben; nur 5 von 60 blieben am Leben. Und weshalb diese Unthat? Weil das Dorf Mumbumbala, aus dem diese Frauen kamen, keinen Aukantisch abgelaufen hatte. Noch gegen vier weitere Europäer sind Klagen erhoben; einer wird beschuldigt, 150 Menschen getötet und 60 Hände abgehauen zu haben, der zweite hat Frauen und Kinder kreuzigen und Männer verhängeln lassen; die beiden andren werden nur vereinzelter Mordthaten beschuldigt.

So steht die moderne Kolonialpolitik aus. Denn wer behaupten wollte, daß diese Schandthaten, zu deren Charakterisierung unserer abgelebten Kultursprache die Worte fehlen, nur Ausnahmen darstellten, der lägt. Derartige Thaten sind im Gegenteil typisch für das ganze System der Kolonialpolitik. Solchen kolonialen Massenmorden gegenüber erscheinen die Suchen und Epidemien förmlich als Edelmannen. Trotzdem aber wird wegen der Vorgänge im Kongo nicht der zehnte Teil der Dankschwärze verwendet werden, die wegen des nützlichen Dummheit-Jungenstreichs Epidemien verendet worden ist.

### England.

Das irische Elend soll der Königin von England bei ihrem Besuche in Dublin sehr auf die Nerven geschlagen sein. Die „Leipziger Post“ läßt sich darüber von London schreiben:

Die Königin soll mit dem Empfang, der ihr in Dublin zu teil wird, sehr zufrieden sein. Indes scheint es zugleich auch, daß ihr bei ihren Besuchen das unsägliche Elend der großen Massen des irischen Volks nicht entgangen ist. Der Anblick der Armut, der hier und da ihre Augen traf, soll sie sogar tief erschüttert haben. So berichtet z. B. der Vertreter des „Morning Leader“ über eine Ausfahrt, die die Königin am Sonnabend unternahm: Ihre Majestät fuhr aufs Land hinaus und sie passierte eine Menge von Nebengassen, die alle in elendem Zustand waren. Ihre Weg führte sie zum durch das Dorf Cadra, durch Ober- und Unter-Ingles, durch Klafschane und Coppagh. Sobald die Dorfbesohner den Wagen sahen, ließen sie hinauf und begrüßten die Königin in achtungsvoller und herzlicher Weise: Die Frauen machten Kniefälle und die Männer nahmen unter Juristen die Kopfbedeckung ab. Die armen Leute waren mit elenden Lumpen bekleidet, und wo die ungenügenden Lumpen Blößen ließen, sah man den Körper mit Schmutz bedeckt. Alle Kinder waren barbeinig und barfuß, und viele von ihnen schienen nur ein einziges zeretztes Kleidungsstück anzuhaben. . . . Was die Hüften dieser Leute betrifft, so läßt sich nur sagen, daß sie jämmerlich aussehend. Mit Bezug auf Nahrungsmittel, Beleuchtung und Schmutz waren sie durchaus nicht besser als Schweinefäße.“ Die Königin, bemerkt dazu die „Leipziger Post“, hat sich jedenfalls damit begnügt, nur das Reizende dieser „Schweinefäße“ anzuschauen, und das hat bereits ausgereicht, um einen erschütternden Eindruck auf sie zu machen. Wenn die Königin etwas mehr als eine Schein-Königin wäre, so würde sie vielleicht nach dem Anblick so großen Elends ihre Macht dazu benützen, wenigstens den Versuch zu machen, der ausgezogenen irischen Bevölkerung zu ihrem Rechte zu verhelfen. Aber bei ihrer Machtlosigkeit wird wohl auch selbst dieser Versuch unterbleiben.

Diese Anmerkung verrät jene kindliche politische Auffassung, die sonst nur die „Partei“ der Raumammonier anzuzeigen pflegt. Daß das „soziale Königtum“ eine Illusion ist, ist dadurch erwiesen, daß es noch nie und nirgends in Erscheinung getreten ist, trotzdem die Geschichte dazu in Hülle und Fülle Gelegenheit geboten hätte.

Daß die irische Landbevölkerung sich in so unsäglichem Elend befindet, liegt an dem Umstand, daß die ca. 20 000 Großgrundbesitzer ca. 200 Millionen Mark vermittelst eines raffinierten Doppel-Pachtsystems aus den Pachtgelpächtern herauspressen und zum guten Teil außerhalb Irlands verprassen. Warum hat man nicht Irland seine Selbstverwaltung gegeben und durchreisende Besitzungen vorgenommen? Weil das Oberhaus von derartigen Reformen, die im Unterhaus zum Teil bereits angenommen waren, nichts hat wissen wollen. Das Oberhaus, das sich aus sechs Prinzen von Geblüt, Duzenden von Erzbischöfen und Bischöfen, sowie den Banns von England, Schottland und Irland zusammensetzt für das „unsäglich Elend“ sind also die Edelsten und Frömmsten des Landes samt sechs Prinzen von Geblüt verantwortlich zu machen! Nicht die allzu demokratische, sondern die immer noch allzu reaktionäre Verfassung Großbritanniens ist für die schändliche Verwüstung der fruchtbarsten Insel verantwortlich zu machen! —

### Portugal.

Die Frage der Neutralität wird nach den „Verf. Post. Nachr.“ in der Presse und den politischen Kreisen Lissabons lebhaft erörtert. Man soll keineswegs in allen Kreisen mit der Auffassung der Regierung über den Charakter der zu wählenden Neutralität einverstanden sein. Es fehle nicht an Stimmen, die meinten, volle Handlungsfreiheit Portugals sei besser, als die seltsame Neutralität, die England das Durchgangsrecht gestatte.

Jedenfalls dürfte die Streitfrage in den bei Abschluß des Uebereinkommens mit England übergebenen Kortes auf Tapet gebracht werden und Anlaß zu leidenschaftlichen Wortgefechten geben.

Außerdem machen die „Politischen Nachrichten“ noch folgende Mitteilung:

Die Regierung hat gestattet, daß das Kabel der Eastern Telegraph-Linie zwischen Mosambik und Lorenzo-Marquez in Beira und den übrigen portugiesischen Küstenhäfen Anschluss erhält. Die Fahrwasserbezeichnung im Hafen von Beira soll vom 1. Juni an in Gemäßheit der internationalen Washingtoner Konferenzbestimmungen eingerichtet werden.

### Afrika.

Vom Zustand der Ashanti. Die Erhebung der Ashanti ist auf den Versuch des Gouverneurs Sir Frederick Hodgson zurückzuführen, den „goldenen Sessel des Ashanti“ in seinen Besitz zu bringen. Dieser goldene Sessel gilt als das Symbol der Herrschaft. Hodgson war es deshalb wahrheitsgemäß ebensowohl darum zu thun, des Sessels als des Symbols der noch nicht völlig verwilderten Unabhängigkeitsbestrebungen des ehemals freierlich mächtigen Regenten habhaft zu werden, als auch seinen materiellen Wert zu gewinnen. Mit dem Sessel sollte nämlich auch zugleich der Schwanz des Königs vergraben worden sein, als vor einigen Jahren Prempeh von den Engländern geschlagen und der Staatsstich konstatiert und nach England geschickt wurde. Einer der bei der Vergrabung des goldenen Sessels beteiligten Ashantis soll dem Gouverneur den Ort der Vergrabung verraten haben, worauf Hodgson ein Detachement Polizeitruppen zur Verfolgung abmarschiert habe. Die Ashanti erklärten jedoch von der Mission und griffen die Abtheilung an, wobei 25 Mann auf englischer Seite fielen. Ueber den weiteren Verlauf des Aufstands besagt ein Telegramm:

Accra, 11. April. Einem unbefangenen Bericht zufolge befindet sich der Gouverneur Sir Frederick Hodgson in Gefahr des Scheiterns. Circa 800 Mann der Haussatruppen sind für den Dienst verfügbar. Die Freiwilligen erboten sich einmüthig zur Front zu gehen. Ein europäischer Missionar schreibt aus dem Innern, fünf englische Offiziere und 40 Haussas seien getödtet worden.

## Partei-Nachrichten.

Zum Fall Certel. Die „Kölnische Volkszeitung“ ist zu der Einsicht gekommen, daß es unanständig war, was sie kürzlich (siehe Nr. 84 des „Vorwärts“) über die Beweggründe der Kürberger Parteigenossen in der Zeitungsangelegenheit geschrieben hat. Sie sagt jetzt:

„Bei dieser Gelegenheit sei dem „Vorwärts“ gegenüber bemerkt, daß, wenn wir neulich davon sprachen, daß die Kürberger „Parteihäuptlinge“ den Gewinn der „Frankfurter Tagespost“ selbst einstreichen wollten für die Parteikasse, über die sie verfügten, wir ganz und gar nicht daran gedacht haben, zu behaupten, die Führer wollten das Geld in die eigene Tasche stecken. Wir meinten weiter nichts, als daß sie für die Partei und die Partei-Agitation darüber verfügen wollten und es deshalb nicht im Privatbesitz der Partei bleiben sollte.“

Wir nehmen von dieser „Erläuterung“ Notiz, müssen aber bemerken, daß in dem besprochenen Artikel des Blattes der erwähnte unanständige Vorwurf in der That enthalten ist. Finden sich doch darin folgende Sätze:

„Als es soweit war, daß Certel an dem Blatt verdiente, erwachte der Neid der Parteihäuptlinge. Sie verlangten Einsicht in die Geschäftsbücher, um sich zu überzeugen, wie viel er verdiente, und suchten dann das Blatt selbst in die Hände zu bekommen.“

Die „Parteihäuptlinge“ seien vor Certel hingetreten und hätten kategorisch erklärt:

„Gib her das Blatt, wir wollen jetzt selbst den Gewinn einstreichen.“

Bemerkung: „Also: Der Mann hat ja schon ohnehin genug Einnahmen, da kann er den Gewinn aus dem Parteiblatt für das allgemeine Wohl hergeben, d. h. für die Parteikasse, über welche die Häuptlinge verfügen.“

In diesen Sätzen ist mit deutlichen Worten der Vorwurf der beabsichtigten Selbstbereicherung enthalten. Nimmt das die „K. V.“ jetzt zurück — gut; sie hätte aber besser gethan, vorher genauer zu prüfen, was sie schreibt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Weiglaser ist — wie in einer am Donnerstagabend abgehaltenen Versammlung dieser Branche berichtet wurde — beendet, indem sich die Arbeiter mit den Unternehmern auf die Bewilligung folgender Arbeitsbedingungen geeinigt haben: Schwächere Gehilfen erhalten nicht weniger als 50 Pf., verfertigte Arbeiter 57 Pf. und mehr pro Stunde. Volontäre sind hierin nicht inbegriffen. Streitigkeiten wegen der Lohnhöhe werden von dem Arbeitgeber in Gemeinschaft mit einem älteren Gehilfen entschieden. Maßregelungen finden nicht statt. Differenzen regeln die Vorstände der beiderseitigen Organisationen. — Auf Grund dieser Vereinbarungen haben die Streikenden die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Die Bewilligungen decken sich im wesentlichen mit den Forderungen, welche die Arbeiter ursprünglich aufgestellt haben.

Zur Lohnbewegung der Steinseher. Die Luchowalder Steinsehermeister haben ihren anfänglichen Widerstand gegen die Forderungen der Steinseher aufgegeben. Erzielt wurde die Erhöhung des Stundenlohns von 40—42 auf 47 Pf., Ueberstunden 55 und auswärtige Arbeit 60 Pf., bei letzterer Erstattung des halben Fahrgehalts und (für alle Arbeiter) Einführung der Fünfzelmminutenpausen wie in Berlin (täglich sieben innerhalb der eigentlichen Arbeitszeit). In Potsdam ist zwischen den Steinseher und der Innung eine Vereinbarung abgeschlossen worden, derzufolge der Stundenlohn für Arbeit am Ort von 50 auf 60 Pf., außerhalb bis zu einer Meile Entfernung auf 65 Pf. erhöht wird; bei Arbeiten, die über eine Meile von Potsdam entfernt sind, soll der Lohnsatz von Fall zu Fall vereinbart werden. Auch über die tägliche Arbeitsleistung sind Festsetzungen getroffen worden.

Die Leipziger Steinseher haben für dieses Jahr die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn gefordert; der letztere betrug bisher 50—55 Pf. Die Innung will nur 55 Pf. Stundenlohn unter Beibehaltung der neunstündigen Arbeitszeit bewilligen, obwohl sogar für die städtischen Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit schon seit längerer Zeit besteht. Die Steinseher haben deshalb das Angebot der Innung abgelehnt und sich vorbehalten, zu gelegener Zeit ihre Forderungen zur Durchführung zu bringen. Außerdem wollte die Innung auch noch die Arbeitsleistung in einer Weise fixieren, die eine positive Verschlechterung für die Arbeiter bedeutete.

Der Berliner Hammers hat der hiesige Innungsvorstand, vorbehaltlich der Zustimmung der Innungsvorversammlung, 48 Pf. Stundenlohn und Höherbezahlung der Ueberstunden gemäß den den Steinseher gezahlten Zuschlägen zugestanden. Gefordert waren 60 Pf. Ueberstunden wurden bisher nicht besonders bezahlt.

### Deutsches Reich.

Die Schuhmacher (Schuharbeiter) in Stettin haben am 8. April beschlossen, die Kündigung einzustellen. Es wird deshalb gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Zurückgezogene Streikbeträge. Zur Ueberraschung des Vergarbeiter-Verbands zahlte ein vor kurzem wieder in Geschäftstätigkeit getretener Vergarbeiter seine Unterstützungsbeträge, die er während des Streiks erhalten hatte, an den Verband zurück. Als Erläuterung für dieses sonderbare Verhalten dient folgendes:

Der Vergarbeiter-Verband hatte den Vereinigungs-Vorstand, hatte den betreffenden Vergarbeiter nur unter der Bedingung wieder eingestellt, daß derselbe die vom Streik-Unterstützungsausschuss empfangenen Gelder wieder zurückzahle. Mangels der Mittel zur Rückzahlung gewährte man dem Vergarbeiter einen Voranschlag und soll ihm die Summe nach und nach von seinem Lohne gekürzt werden.

Eine dergleichen Genugthuung für den Herrn Direktor; dürfte er ein wenig nobler, dann zahlte er den Betrag zurück und der Vergarbeiter-Verband würde gewiß dankend quittieren.

Aufhebung der Zwangsinnungen. In Ränchen hat die Zwangsinnung der Buchbinder mit 88 gegen 16 Stimmen die Auflösung beschlossen. In Kempen hat die Zwangsinnung der Anstreicher denselben Beschluß gefaßt.

Die Steinhauer in Colmar (Elsass) sind in einen Streik eingetreten. Sie wollen die Arbeit nur unter folgenden Bedingungen wieder aufnehmen: 60 statt 45 Pf. Stundenlohn, gefühndige Arbeitszeit und vordringende Forderung des Lohns bei Accordarbeit. Da die Arbeitgeber nicht gewillt sind, auf diese Forderungen einzugehen, dürfte der Anstand nicht so bald zu Ende kommen. — Im reichsständischen Staats-Steinbruch bei Wadenbach sind etwa 100 Arbeiter ausständig. Sie verlangen Lohnerhöhung und hoffen auf gütlichen Ausgleich der Differenzen.

### Ausland.

Im böhmischen Vergarbeiter-Ausland ist nunmehr die letzte noch ausständig Besatzung in Klado zur Arbeit zurückgekehrt. Die Direktion der Staatsbahn-Gesellschaft war vernünftig genug, die überflüssige Provokation zu widerrufen, die darin lag, daß man die Arbeiter zwingen wollte, den Empfang der Prudencladen-Statuten zu bestätigen, und so kann man denn schon heute konsolidieren, daß der große Streik der 60 000 Vergarbeiter zu Ende ist.

Die frommen Missionäre in Einsiedeln (Schweiz) haben in ihrer Verwaltungsrats-Sitzung beschlossen, den Festnundentag einzuführen und für ihre Arbeiter eine besondere Organisation zu schaffen. Die beschlossene Einführung des Festnundentags ist bereits ein Erfolg des noch ungeschwächt fortdauernden Streiks. — In Morlaix erwidert die Schneider durch einen mehrtägigen Streik die Anerkennung ihres Tarifs.

## Sociales.

Innungs-Streikfassen. Der Bäckerinnungs-Verband „Germania“ hatte auf seinem letzten Verbandstage beschlossen, einen Streik-Abwehrfonds zu bilden und dazu von den zu ihnen gehörigen Innungen bestimmte Beiträge einzuziehen. Der Plan dazu war gefaßt worden, als man hörte, daß ein Teil der Bäckergehilfen mit der Absicht umging, einen allgemeinen Bäckereiarbeiter-Ausstand zu unterstützen. Eine der zum Verbande gehörigen Innungen wollte nun die Berechtigung des Verbandes zur Einziehung der Beiträge zum Streik-Abwehrfonds nicht anerkennen, zahlte nicht und wandte sich beschwerdeführend an den Polizeipräsidenten von Berlin, da der Sitz des Innungsverbandes „Germania“ die Reichshauptstadt ist. Der Polizeipräsident hat jedoch der Innung den Befehl zugehen lassen, daß, da der Magdeburger Beschluß durchaus rechtmäßig zu Stande gekommen sei, der Verband auch das Recht zur Einziehung der Beiträge für den Streik-Abwehrfonds habe.

Wir möchten sehr bezweifeln, ob der Innungsverband gesetzlich berechtigt ist, die beteiligten Innungen zu derartigen Leistungen zu verpflichten. Eine Beschwerde bei der höhern Behörde wäre sehr nützlich.

Orts-Krankenkassen und Aerzte. Eine grundsätzlich wichtige Entscheidung, der erste derartige Fall im Reichslande, hat dieser Tage der Bezirkspräsident des Unterelsaß zu Straßburg getroffen. Durch die Verwaltung einer Orts-Krankenkasse des Bezirks war einem Kassennarzt aus hier nicht näher zu erörternden Gründen seine Stellung gefährdet worden. Mit dieser Maßregel war eine Reihe der Kasse angehöriger Arbeitgeber unzufrieden, weshalb sie sich, unterstützt von einer Gruppe von Arbeitern, mit einer Petition an die Regierung wandten und diese um Zwangsmahregeln gegen den Kassenvorstand ersuchten, damit dieser den untauglichen Arzt wieder in sein Amt einsetze. Diese Kundgebung wiederholte sich, bis die Regierung eine amtliche Untersuchung der Angelegenheit einleitete, auf Grund deren sie wiederholt die gütliche Aufforderung an die Kassenleitung richtete, den Wünschen jener Arbeiter und Arbeitgeber durch Einführung der freien Arztwahl Rechnung zu tragen. Als der Vorstand dies ablehnte, wurde der Arzt von Amts wegen wieder als Kassennarzt angestellt.

Die Behörde stützt sich dabei auf den 1892 neu geschaffenen § 56a des Krankenversicherungsgesetzes. Wir möchten jedoch bezweifeln, ob, falls die hier gebundene, der „Straßburger Post“ entstammende Darstellung des Sachverhalts richtig ist, dieser Paragraph der Behörde das Recht giebt, einen vom Kassenvorstand entlassenen Kassennarzt wieder anzustellen. Sein Inbegriff ist der, daß die Behörde verfügen kann, daß die Kassennmitglieder auch andre als die von der Kasse bezeichneten Aerzte, Apotheker und Krankenhäuser in Anspruch nehmen dürfen, wenn durch die von der Kasse getroffenen Anordnungen eine den berechtigten Anforderungen der Versicherten entsprechende Bewährung der Kassenleistungen nicht gesichert ist.

Es würde also zunächst der Fall vorliegen müssen, daß durch die Entlassung eines Kassennarztes die Gewährung der Kassenleistungen in einer den berechtigten, also doch wohl dem Geiste des Gesetzes entsprechenden Ausdehnung der Mitglieder beeinträchtigt wird. Ob der Fall hier vorliegt, geht aus der Darstellung der „Straßburger Post“ nicht hervor. Ist diese Voraussetzung gegeben, dann könnte die Behörde wohl verfügen, daß die Mitglieder den genannten oder einen andren „weiteren“ Arzt auch konsultieren dürfen mit verbindlicher Wirkung für die Kasse; eine Anstellung als Kassennarzt enthält aber mehr als dies. Die Absicht des Gesetzgebers war es offenbar nur, ein Mittel zu schaffen gegen allzu große Beschränkung der Zahl der anzustellenden Kassennärzte.

Zustände in den Bäckereien in Baden. Nach dem jüngst erschienenen Bericht der badischen Zehelinspektion wird in öffentlichen Versammlungen häufig Klage geführt über mangelhafte Reinlichkeit in den Bäckereien, über schlechte sanitäre Beschaffenheit der Arbeitsräume, über mangelhafte Unterbringung der Bäckergehilfen, sowie über ungenügende Bedürfnisanstalten. Solche Mißstände sind, wenn auch nicht übermäßig, so doch sehr häufig vorhanden und es kann als ein gutes Zeichen von Einsicht betrachtet werden, wenn sie von den Bäckereiarbeitern öffentlich zur Sprache gebracht werden und wenn auf deren Befriedigung geachtet wird. Während an andern Orten, wie Hamburg, Dresden und Oberelb durch entsprechende Polizeiverordnungen den öffentlichen Klagen entgegengekommen wurde, glaubten wir durch Einwirkung bei Erstellung von Ren- und Umbauten zuvor allmählich, aber sicher und ohne Härte gegenüber den bestehenden Anlagen befriedigende Zustände erzielen zu können; denn die Zahl der Renanlagen und Umbauten von Bäckereien ist infolge des technischen Fortschritts der vergangenen Jahre eine sehr große, sie betrug im Berichtsjahr 78. Dazu kommt, daß die technisch vollkommener eingerichteten Bäckereien im Konkurrenzkampf überlegen sind und dadurch die zurückgebliebenen Betriebe nötigen, nachzuziehen oder unterzugehen. Die für die Genehmigung von Bäckereibaugenossen jeweils auf Grund der §§ 120a und b der Gewerbe-Ordnung gestellten Anträge, die in Erwünschtheit einheitlich aufgestellt sind, beziehen sich auf die Beschaffenheit der Arbeitsräume sowie deren Einrichtung, der Wasch- und Ankleideräume, der Schlafstätten und Bedürfnisanstalten. Sie decken sich im wesentlichen mit den Bestimmungen der vorerwähnten Polizeiverordnungen, deren Durchführung ohne besondere Schwierigkeiten möglich war. Bei kleinen Vorbäckereien, wo keine rein gewerbliche Tätigkeit der Gehilfen vorhanden ist, mußte von der Durchführung einzelner Vorschriften nach Prüfung der Verhältnisse Abstand genommen werden.

Kindererschulung. Auf Grund einer im Jahr 1898 von der Reichsregierung vorgenommenen Erhebung über die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder, deren Ergebnisse allerdings noch nicht bekannt geworden sind, sollen jetzt Maßregeln gegen diese Kindererschulung geplant sein. Es hätten schon zu Anfang des Jahres im Reichsamt des Innern kommunisatorische Verhandlungen unter Hinzuziehung des preussischen Kultus- sowie des Handelsministeriums stattgefunden. Welcher Art die geplanten Maßregeln sind, darüber verlautet noch nichts.

Ein städtisches Arbeitsamt wird demnächst in Augsburg eröffnet werden. Ein Beamter der Stadt Augsburg hat zu diesem Zweck die Einrichtungen des Münchener Arbeitsamts studiert.

Die Errichtung einer Zuschusskasse für invalide städtische Arbeiter ist von der Stadt Rüst in Aussicht genommen. Der Magistrat hat bereits ein Statut für dieses Institut entworfen. Der Zuschuss wird an städtische Arbeiter geleistet, welche mindestens 10 Jahre in gemeindlichen Diensten beschäftigt waren, Arbeitsunterbrechungen, die jährlich nicht mehr als 3 Monate betragen, werden als geleistete Arbeit angerechnet.

Ein Gewerkschaftsamt ist von der Versicherungsanstalt Württemberg in Bad Rötzenbach bei Nagold errichtet und dieser Tage eröffnet worden. Das Heim soll erstens Retonvaldezenten aufnehmen, zweitens solche Versicherte, die denen es sich um klimatische und ähnliche einfachere Kuren handelt.

Minimallöhne in der Industrie. In der Kolonie Victoria (Australien) erhält seit 1897/98 fast ein Viertel aller Arbeiter (11 000 von 46 000) gesetzlich festgestellte Minimallöhne. In dem Gewerbe-Inspektions-Bericht für 1898 werden, wie die „Zeitschrift für Socialwissenschaft“ mittelt, nähere Angaben darüber gemacht. So haben die Bäder einen Minimallohn von 1 Schilling (1 R.) per Stunde, die Schneider 7/8 Schilling für den 8-stündigen Arbeitstag, die Schneiderrinnen 3/4 Schilling, Schuharbeiter bekommen umfänglich 6 Schilling täglich; seit Juli 1898 ist der Lohn auf Verlangen auf 7 Schilling erhöht worden. Die weiblichen Arbeiter in Schuhfabriken bekommen 20 Schilling die Woche, Wäscheherinnen 16 Schilling bei achtstündiger Tagesarbeit. In vielen Fällen hat sich allerdings herausgestellt, daß ältere und minder tüchtige Arbeiter in Folge der hohen gelegentlichen Lohnsätze arbeitslos wurden, so daß für sie Ausnahmen gestattet werden mußten.

## Kommunales.

**Aus der Magistrats-Sitzung am Donnerstag.** Das zur Umgestaltung des Friedhofs der Märgelalleen am Friedhofshain entworfene Projekt der städtischen Bauverwaltung hat das Magistratskollegium mit Rücksicht darauf abgelehnt, weil durch dasselbe der historische Charakter des Friedhofs geändert werde. Das Kollegium hat alsdann beschlossen, die Bauverwaltung zu beauftragen, ein neues Projekt ausarbeiten zu lassen, in welchem der historische Charakter des Friedhofs gewahrt werde. Es soll zunächst das Bestehende erhalten und dem weiteren Verfall der Gräber vorgebeugt, sowie eine gärtnerische Ausschmückung des Friedhofs herbeigeführt werden. Ein spezieller Kostenschlag soll dem Projekt beigelegt werden. — Sollte das nicht abermals ein Stück Rücksichtnahme nach oben im Spiel sein?

Auf die Verlegung und Anlegung eines neuen Eingangsthor's legt das Kollegium keinen Wert.

Dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung, der Magistrat möge die Summe von 50 000 M. für den Besuch der Weltausstellung von Paris durch städtische Beamte, Lehrer, Fachlehrer, Techniker und Arbeiter bereit stellen, ist das Kollegium beigetreten.

Einen Entwurf bezüglich der Grundzüge eines Pensionsreglements für die ständig beschäftigten städtischen Arbeiter hat das Magistratskollegium einer Kommission von sieben Mitgliedern aus seiner Mitte zur Vorberatung überwiesen. —

## Versammlungen.

**Der Socialdemokratische Wahlverein für den zweiten Reichstags-Wahlkreis** hielt am Dienstag bei Habel seine Generalversammlung ab. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten die im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise. Hünze erstattete dann den Kassenbericht. Danach wurden seit dem 10. Oktober vorigen Jahres einschließlich des Bestandes von 339,24 Mark insgesamt 2201,94 Mark eingenommen, während 1823,87 Mark ausgegeben wurden. Es verblieb somit ein Bestand von 378,07 M. Wille als Revisor beantragte dem Genossen Richard Fischer 800 M. zur Agitation zu überweisen. Dem Antrage wurde entsprochen. Darauf teilte Hünze mit, daß in die neu angelegte Mitgliederliste nur 663 Mitglieder übernommen werden könnten, obwohl seit der Reorganisation des Vereins im Jahre 1898 im ganzen 1775 Mitglieder beigetreten seien. Die Lässigkeit im Bezahlen der Beiträge müsse aufhören. Auf Antrag des Vorstandes wurde der Tapezierer Winkelmann aus dem Verein ausgeschlossen, weil er beim Streik der Tapezierer als Streikbrecher fungierte. Nachdem Hünze den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattet hatte, erfolgten die Neuwahlen. Es wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Richard Fischer, zum 2. Vorsitzenden Hünze, zum 1. Kassierer Hünze, zum 2. Kassierer Schäfer, zum 1. Schriftführer Mariwald, zum 2. Schriftführer Köllmer und zum Beisitzer Werner. Zu Revisoren wurden Woldersky, Sah und Reimann ernannt. Die Versammlung bewilligte dem ersten Kassierer ein Monatsgeld von 15 M. und dem zweiten Kassierer ein solches von 10 M. für die halbjährige Amtsdauer. Inherdem sollen die Vorstandsmittelglieder für jede Vorstandssitzung, an der sie teilnehmen, je 50 Pf. Gehalt erhalten. — Unter Vereinsangelegenheiten wurde lebhaft die Frage der praktischen Agitationsarbeit bei Wahlen zc. erörtert. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Vorstandes sind bisher etwas über 400 Antworten eingelaufen. Der Vorsitzende forderte auf, dafür zu sorgen, daß auch die übrigen Mitglieder bis Ostern antworten.

**Der Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Osten)** hielt am Dienstag eine Generalversammlung ab. Als erster Punkt stand ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fr. Kunert auf der Tagesordnung. Der Referent wies zunächst darauf hin, daß die Mehrheitsparteien den Staatsberatungen ein so geringes Interesse entgegenbringen, daß die Abstimmungen über den ganzen, mehr als 2 Milliarden betragenden Etat von einem kleinen Häuflein der Abgeordneten vollzogen wird. Es wäre wohl angebracht, daß unsere Parteigenossen im Reichstag es bei solcher Gelegenheit ebenso machen würden, wie bei der lex Heinze, nämlich durch Anträge auf namentliche Abstimmung die Verschlußfähigkeit des Hauses zu konstatieren, denn man könne verlangen, daß die Vertreter derjenigen Parteien, welche den Etat mit keinem Mißenssummen für die kulturfeindlichen Militärzwecke bewilligen und dadurch das Volk schwer belasten wollen, auch im Reichstag anwesend sind. Zum Thema seines Vortrags übergehend, beleuchtete der Redner die Situation der inneren Politik, indem er die Haltung der reaktionären Parteien zur lex Heinze, zum Fleischbeschau-Gesetz und zur Flottenvorlage kennzeichnete. Dann ging Genosse Kunert auf die auswärtige politische Lage, besonders auf die Vorgehensweise des Transvaalkrieges ein, und betonte dabei, daß wir, in Uebereinstimmung mit unseren Parteigenossen der gesamten Kulturwelt, den Krieg überhaupt verabscheuen, daß wir aber in dem vorliegenden Fall mit unseren Sympathien auf der Seite des um seine Unabhängigkeit kämpfenden Voerenworts stehen, ohne deshalb zu den Englandhegemonen zu gehören. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Darauf gab der Vorsitzende Schneider den Vorstandsbericht für das Halbjahr Oktober 1899 bis April 1900. In dieser Zeit fanden 6 Versammlungen und 6 Vorstandssitzungen statt. Der Vorstand beschäftigte sich unter anderem auch mit der Organisationsfrage und mit der Stellung zu den Koniumgenossenschaften, ohne indes zu einem abschließenden Resultat gekommen zu sein. Ueber diese beiden Angelegenheiten sollen demnächst Vorträge im Verein gehalten werden. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß im letzten Halbjahr die Mitglieder Panzin, Gertig und Mitternack gestorben sind. Die Versammlung ehrte deren Andenken in der üblichen Weise.

Kunneher erstattete der Kassierer Thiele den Rechenschaftsbericht. Derselbe verzeichnet eine Einnahme von 2068,20 M., eine Ausgabe von 2037,80 M., es bleibt ein Bestand von 30,40 M. — Die Mitgliederzahl beträgt 2243. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt und dann die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen, welche folgendes Resultat hatte: Schneider, erster, Quinting, zweiter Vorsitzender; Tempel, erster, Wohl, zweiter Schriftführer; Thiele, erster, Enders, zweiter Kassierer; Lesebre, Revisor. Als Revisoren wurden Kandale, Ziese und Münchberg gewählt.

**Der socialdemokratische Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Stralund-Franzburg-Rügen** hielt am 8. April bei Ramlow, Schönhauser Allee 135, seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem erstatteten Geschäftsbericht des Vorstandes sind außer gelefenen Broschüren und Zeitungen im letzten Vierteljahr 25 000 Flugblätter hergestellt und zur Versendung gelangt, und zwar gingen davon 15 000 nach Stralund-Franzburg-Rügen und 10 000 nach dem benachbarten Wahlkreis Grimmen-Greifswald.

Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 60,52 M., eine Ausgabe von 64,67 M., so daß ein Bestand von 4,85 M. verbleibt. Die Neuwahlen hatten zum Resultat: Ostwald, Vorsitzender; Wen, Kassierer; Werner, Revisor; Wietz und Kabelle, Revisoren. Gewünscht wurde ableitend, daß diejenigen Genossen, in erster Linie die Landsleute aus den beiden genannten Wahlkreisen, die mit seinen Bestrebungen einverstanden sind, sich mehr wie bisher dem Verein anschließen möchten. Sitzung jeden Sonntag nach dem 1. des Monats, 10 Uhr vormittags, im obigen Lokal.

**Die an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter** hielten am 9. d. M. ihre Generalversammlung ab. Der Kassierer gab die Abrechnung vom ersten Quartal 1900. Danach beläuft sich die Gesamteinnahme inklusive eines Kassenbestandes vom vierten Quartal 1899 in Höhe von 3459,15 M. auf 7997,42 M., der eine Ausgabe von 8579,97 M. gegenüber steht. Somit verbleibt am Schluß der Abrechnung ein Bestand von 4117,45 M. Bemerkenswert sei, daß die Ausgaben des Streiks nicht mit einbegriffen sind. Diese Abrechnung

wird in der nächsten Generalversammlung vorgelegt werden. Man beschäftigte sich dann mit einem Antrag auf Erhöhung der Beiträge von 30 auf 50 Pf. pro Woche. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Ein Antrag, welcher besagte, in der Holzbearbeitungs-Maschinen-Branche von jetzt ab keine Ueberstunden zu machen, wurde zur Vorprüfung dem Vorstand überwiefen und soll dann in der nächsten Mitgliederversammlung zur Verhandlung kommen. Ferner wurde der Vorstand von der Versammlung einstimmig beauftragt, der Achtzehner-Kommission der Holzbearbeitungs-Maschinen-Branche folgende Anträge zu überweisen:

1. Die Arbeitgeber verpflichten sich, Arbeiter nur vom Arbeitsnachweis der Maschinenarbeiter zu beziehen.
2. Keine unorganisierten Arbeiter zu beschäftigen.
3. Lehrlinge nur nach Uebereinkunft beider Organisationen anzunehmen.

In der Stellungnahme zum 1. Mai wurde einstimmig beschlossen: In allen Holzbearbeitungsfabriken, Fräseereien, Schneidemühlen zc. hat die Arbeit unter allen Umständen am 1. Mai zu ruhen. Die Versammlung findet bei Stegert, Andreasstraße 21, statt. Der Vorstand wurde beauftragt, diesen Beschluß baldmöglichst dem Vorstand der Freien Vereinigung der Holzindustriellen, Fräseerei und Schneidemühlensberger zu unterbreiten. Nachdem noch einige interne Verbandsangelegenheiten erledigt waren, gab der Vorsitzende bekannt, daß die Achtzehner-Kommission sich konstituiert habe. Vorsitzender für die Arbeitgeber ist Herr Fersche, Str. Frankfurterstr. 87, für die Arbeitnehmer Pauersapf, Lüderstraße 9, S. pt. Arbeitsniederlegungen sowie Ausspercungen ohne vorherige Anrufung der Achtzehner-Kommission sind unzulässig. Im Falle der Zuwiderhandlung werden die beiderseitigen Organisationen ihre Mitwirkung verweigern.

**Die deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft** hielt am 8. April in den Vorarbeiten ihre ordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten die durch Tod ausgeschiedenen Mitglieder Heinrich Wegner und Heinrich Demuth durch Erheben von den Plätzen. Alsdann gab der Kassierer den Kassenbericht. Derselben war zu entnehmen, daß die Einnahme von Januar-März 1758,60 M. betrug; dem steht eine Ausgabe von 1142,05 M. gegenüber. Der Ueberschuß beträgt 616,55 M. hierzu der Bestand vom vergangenen Jahre 605,86 M., bleibt ein Gesamtbestand von 1222,41 M. Die Revisoren beantragten, dem Kassierer für das verfloffene Vierteljahr pro Monat 5 M. Monatsgeld zu bewilligen, dem wurde zugestimmt. Hierauf erstattete der erste Verbandsmitglied der Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung. Nach demselben haben stattgefunden: 6 Ortsverwaltungs-Sitzungen, 8 Vertrauensmänner-Konferenzen, 10 öffentliche Versammlungen, 6 Vereine und 80 Verbands-Versammlungen. In diesem Vierteljahr sind 805 Neuanmeldungen erfolgt. An Mitgliedsbeiträgen wurde 200 M. gezahlt. Weiter sei noch mitzutheilen, daß für den Wästenberger Streik im vorigen Jahr 1000 M. vorausgabte wurden. Nach dem Gehörten sei zu schließen, daß die Organisation einen Aufschwung genommen hat. In der sich hieran anschließenden Diskussion protestierten sämtliche Redner gegen die gebrauchte Taktik des Verbands und fand die Diskussion durch Annahme nachfolgenden Antrags ihren Abschluß: Die Generalversammlung fordert die Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands auf, den Beweis darüber zu bringen, daß die Leiter der Deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft mit den Abnehmermännern Hand in Hand gingen, um die Metallarbeiter-Bewegung zu schwächen; andernfalls jene Behauptung als gemeine Verleumdung betrachten und der gegen sie gerichtete Vorwurf auf sie zurückfällt. Es folgten hierauf die Erörterungen, die folgendes Resultat ergaben: 2. Verbandsmitglieder: Dannenberg, Schriftführer: Möbins, Revisor: Panich. Die übrigen Wahlen wurden einer späteren beschließenden Versammlung überlassen. Die Stellungnahme zur Kaiserfeier wurde nach eingehender Aussprache durch Annahme folgender Anträge erledigt:

a) Die Generalversammlung empfiehlt den Kollegen, überall da den 1. Mai zu feiern, wo es unbeschadet ihrer Erntezugelassen kann. Jedoch wird die Organisation dort, wo die Majorität der Kollegen die Feier beschließt, hinter denselben stehen und dieselben materiell unterstützen.

b) Die Kollegen, welche den 1. Mai durch Arbeitsruhe nicht feiern können, sind verpflichtet, je nach Höhe ihres Verdienstes Marknoten zu entnehmen, jedoch soll nicht unter 50 Pfennig gegeben werden.

**Die Seizungs-, Gas- und Wasserrohrlager und Helfer** hielten am 8. April in Coburg eine stark besuchte Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Rosenow über die Arbeiterbewegung im Mittelalter und jetzt sprach. Die interessanten Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Erörterung beruflicher Angelegenheiten.

**Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter** (Abtheilung I) nahm am 8. April in seiner Versammlung den Kassenbericht entgegen. Danach betrug die Einnahme 1543,19 M., die Ausgabe 1385,51 M. Nach dem sich anschließenden Bericht des Vorstandes der Provinzialkonferenz gelangten einige interne Angelegenheiten zur Erledigung.

**Reifenreife.** Am Dienstag hielt hier der Arbeiterverein seine Generalversammlung ab. Zu Ehren des verstorbenen Mitglieds Barowsky forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, sich von den Plätzen zu erheben, was geschah. Sodann sprach Dr. Freudenberg in höchst interessanter Weise über das Thema: „Kultur aufgaben leiden nicht“. Es folgt dann der Kassenbericht vom letzten Quartal. Danach betrug die Einnahme 439,87 M., die Ausgabe 355,70 M. Die Mitgliederzahl hat sich auf 808 erhöht. Bei der Ergänzungswahl wurde Elzner als Revisor, Subomersch, Breitkreuz und Stahberg als Revisoren gewählt.

## Der Krieg.

### Das Schweigen Lord Roberts.

Ueber die Niederlage von Meerckatsfontein ist auch heute nichts gebracht worden. Ob Roberts die betreffenden Nachrichten gefühllos zurückhält oder ob er selbst bis zum Abgang der letzten Depeschen noch keine Nachricht von der letzten Katastrophe erhalten hatte, muß dahingestellt bleiben. Roberts hat augenscheinlich keine weiteren Operationen unternommen. Der Zustand seiner Truppen, namentlich auch seines Pferdebestandes, mag ihn daran verhindert haben. Wie sehr die Engländer unter dem Mangel an Pferden leiden müssen, geht aus der Ansicht englischer Blätter hervor, daß die englischen Truppen mit einem monatlichen Verlust von 5000 Pferden zu rechnen haben würden. Die Heeresverwaltung soll dementsprechend denn auch in America 35 000 Pferde angekauft haben, die aber auch bei der Ankunft durch den Transport stark mitgenommen sein werden.

Daß man Roberts Lage als ernstlich gefährdet auffaßt, darf wohl daraus geschlossen werden, daß nach der Meldung des „Standard“ aus Natal eine ganze Brigade abgegangen ist, um zu Roberts zu stoßen. Zwei weitere Regimenter sollen folgen.

Wie die Dinge auf dem vermutlichen Schauplatz des letzten Gefechts liegen, ist noch in Dunkel gehüllt, das auch durch die nachstehende Mitteilung nicht sonderlich gelüftet wird:

Bloemfontein, 11. April. Nach Berichten von der Karree-Station ist der Feind beschäftigt, seine Stellung im Osten von Brandfort, welche parallel mit der Eisenbahn läuft, zu befestigen. Gleichzeitig melden Kundschafter, daß der Feind nach der Waterval Drift und die Wasserwerke mit großer Macht halte.

Karree-Station liegt etwa in der Mitte zwischen Bloemfontein und Brandfort. Die Waterval Drift und die Wasserwerke liegen beinahe südlich von Bloemfontein. Die in verschiedenen Blättern gemachten Angaben über die Stärke der einzelnen Voerenabteilungen sind entschieden übertrieben und betonen offenbar auf lächerlicher Erfindung.

### Lord Kitchener

muß die Eigenschaft der Allgegenwart haben, wenn er sich überall da befindet, wo er sich nach den verschiedenen einander

widerprechenden Meldungen aufhalten soll. Eine Nachricht läßt ihn in Burgersdorp in der nördlichen Kapkolonie weilen, resp. in Kitala North an der südlichen Grenze des Orange-Freistaats die Truppenschau abhalten, bei welcher Gelegenheit er den in Wepener eingeschlossenen vierhundert Engländern eine Ermunterungs-Rede hielt, ein andres Telegramm hingegen behauptet, daß Kitchener von Frzburg aus, d. h. etliche hundert Kilometer weiter nordwestlich, mit einer starken Truppenmächtigen Vorstoß zum

### Entsatz Masakings

unternehme. Welche der einander ausschließenden Mitteilungen richtig ist, läßt sich vorläufig nicht kontrollieren.

### Vom Kriegsschauplatz in Natal

liegt folgende Meldung vor:  
London, 12. April. Wie die Abendblätter aus Clandlaange melden, hat gestern dort abermals ein Kampf stattgefunden. Die Voeren griffen unausgesezt die britischen Stellungen an, große Voerengeschütze traten in Aktion. Die britische Artillerie antwortete wirkungslos. Die Voeren versuchten die Verbindung des Lagers am Sundbush mit Ladymith abzuschneiden, ihr Vorstoß wurde jedoch zweimal abgeschlagen.

Außerdem liegt folgende Nachricht von der Voerenseite vor:

London, 12. April. Wie das „Reutersche Bureau“ aus dem Voerenlager bei Glencoe vom gestern meldet, rückten am 10. April bei Tagesanbruch die Streitkräfte der Voeren gegen die Höhenrücken in der Nähe des englischen Lagers vor und eröffneten mit ihrer Artillerie ein Feuer auf dasselbe. Die Beschickung dauerte den ganzen Tag. Das Ergebnis ist ein glückliches. Die britischen Verluste müssen schwer sein. Einige Geschosse kreppten unter ihren Truppen. Den Voeren wurden nur einige Maulesel und Pferde getötet.

### Ueber die kriegerischen Eigenschaften der Voeren

hat sich der in Gefangenenschaft geratene Major Albrecht, Kommandeur der Artillerie des Orange-Freistaats, englischen Offizieren gegenüber in einer Weise ausgelassen, die entschieden Widerspruch finden wird, namentlich auch infolge der neueren Erfolge der Voeren. Major Albrecht sagte:

„Der Voer ist kein Soldat. Er kennt keine Disziplin. Alles ist schon und gut, wenn eine Voerenabteilung mit ihrem Führer auf einem Kopfe feststeht. Da wird sie sterben. Aber sagt man zu so einer Truppe: „Kommt mit mir!“, dann werden alle davon laufen, zu ihren Familien zurück. Sie sind eben keine Soldaten und kennen keine Disziplin.“

Es will und scheint, als ob Major Albrecht der ehemalige deutsche Wachmeister noch allzusehr im Blute stecke. Die Voeren haben bis zum Augenblick noch bewiesen, daß das Davonlaufen nicht ihre Sache ist, daß sie vielmehr mit einem Todesmut kämpfen, der alle Bewunderung verdient. Die Gefangenahme Cronje und seines Corps hat zwar auf einen Teil der Orangeboeren niederzuschmeißen gewirkt und ihn veranlaßt, die Waffen niederzulegen. Dabei darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß die aus den Reihen desertierenden Freistaatboeren alle Veranlassung hatten, um das Schicksal ihrer Festungen und ihrer Angehörigen, die sich in der Macht des Feindes befanden, besorgt zu sein. Trotzdem war es, wie die neuesten Kämpfe beweisen haben, nur ein Teil der Freistaatboeren, der davonließ, ein anderer Teil zeigte sich entschlossen, den Kampf bis zum äußersten fortzusetzen. Daß der Voer aber im Kampf selbst kein „Soldat“ ist, keine „Disziplin“ besitzt, hat den Voeren im bisherigen Verlauf des Kampfes bedeutend mehr Vorteile als Nachteile gebracht. Gewiß, der Voer kennt nicht die militärische Subordination, den Kadavergehörigkeit; dafür aber kämpft jeder einzelne auf eigene Faust, unter geschickter Ausnutzung aller Vorteile des Geländes, ohne daß deshalb die Fühlung zwischen den einzelnen Kämpfern verloren ginge. Von der Treffsicherheit und Kaltblütigkeit im Schießen wollen wir gar nicht einmal sprechen. Der Voer kämpft tapfer, ohne sich tollkühn der sicheren Gefahr auszugeben; er scheint seinem geübten Blick die Chancen des Kampfes ausfindig zu machen, so läßt er sich durch keine Feuer treiben. Er besitzt eben keine „Disziplin“. Das ist beim britischen Soldaten, dem militärisch geübten Berufssoldaten, anders. Er geht auf Kommando blindlings vor, mit der Tapferkeit eines Bulldogg. Er versucht das Unmögliche. Aber hat nicht dieser Kadavergehörigkeit bisher gerade zu den blutigsten Niederlagen der Engländer geführt? Die Voeren hätten vielleicht nicht derartige Proben eines todesverachtenden Draufgängertums abgelegt, aber sie würden auch nimmermehr eine derartige Verlustliste aufzuweisen haben, wie die englischen Truppen.

Daß die Führer der Voeren aber mindestens ebenso gute Strategen sind, als die englischen Gamaschenköpfe, das wird wohl kaum jemand bezweifeln wollen. Cronje mag schwere Fehler gemacht haben, aber haben nicht die Methuen, Gatacre, Buller usw. viel größere Sühner gemacht? Albrecht, der sonst ganz gesunde Ansichten geäußert hat, hätte also in dieser Beziehung den Mund lieber nicht so voll nehmen sollen.

Da wir gerade bei dem Gegenstand sind, sei auch noch erwähnt, daß ein angeblich hoher deutscher Militär, der zum Studium des Krieges nach Sidbora gekommen, einem englischen Offizier seine Meinung über die vorzunehmende Reorganisation der englischen Truppen u. a. dahin ausgedrückt hat, daß „alle Bewegungen und unglösen Uebungen auf dem Paradeplatz durch wirkliche und ernsthafte Uebungen, die für den auf ein modernes Schlachtfeld gestellten Soldaten von Nutzen sein könnten, ersetzt werden müßten. Ein Mat, der auch bei andren Nationen Beachtung verdient. Thatsächlich soll man ja auch in deutschen Offizierskreisen geneigt sein, aus den Lehren des süd-afrikanischen Krieges die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

### Letzte Meldungen.

London, 12. April. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Durban vom 11. April gemeldet: Staatssekretär Reich hat angeordnet, daß alle britischen und amerikanischen Staatsangehörigen und ein großer Teil der Deutschen innerhalb vierzehn Tagen das Land zu verlassen haben. — Von siebzig Passagieren, die mit einem deutschen Dampfer in der Delagoabai ankamen, wurden 26 die Pässe nach Transvaal auf Verlangen des britischen Konsuls verweigert, weil man bei ihnen Munition vorgefunden hat.

London, 12. April. Die Regierungen der beiden Voeren-Republiken haben, wie das „Reutersche Bureau“ erfährt, Portugal offiziell mitgeteilt, daß sie die Zulassung des Durchzugs britischer Truppen durch das portugiesische Gebiet von Beira aus als einem feindseligen Akte gleichkommend betrachten. Es wird hier für unwahrscheinlich gehalten, daß die Voerenrepubliken auf ihr Ultimatum Repräsentationen folgen lassen, England würde aber Portugal, wenn es wirklich angegriffen werden sollte, sofort unterstützen. Portugal dürfte auf das Ultimatum antworten, es handle nur gemäß seinen Verträgen mit England.

(Wie England, daß doch grade genug zu thun hat, sich seiner Haut zu wehren, Portugal „unterstützen“ will, darauf darf man wirklich neugierig sein. R. d. „S.“)

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 12. April. (B. L. S.) Da die bisherigen Arbeitskräfte auf dem Gebiete der Weltausstellung unzureichend sind, wurden heute 1500 Gemeindefolken zur Hilfe aufgerufen.

Nizza, 12. April. (B. S.) Der ehemalige preussische Genie-Offizier Helmuth Wessel wurde hier auf Veranlassung des deutschen Konsuls verhaftet. Wie es heißt, handelt es sich um eine Spionage-Affaire.

London, 12. April. Hierzu 3 Verlagen und Unterhaltungsblätter.

Der Raubmord in der Birkenstraße.

Heber jene entsetzliche Missethat in der Birkenstraße, der eine 75-jährige Greisin zum Opfer gefallen, werden uns folgende Einzelheiten berichtet: In dem Hause Birkenstr. 42 wohnte in der ersten Etage des linken Hofeingangs die am 3. Mai 1824 geborene pensionierte Lehrerin Emilie Johanna Medenwaldt, eine bei der Bevölkerung Moabits wohlbekannte Greisin. Die alte Dame stand in dem Hof, etwas sonderlich zu sein. Sie zeichnete sich in ihren Umgangsformen durch eine gewisse Originalität aus, namentlich war sie bei den Kindern in ihrer Gegend beliebt, denen sie oft kleine Geschenke machte. Die Kleinen kamen oft zur Tante Medenwaldt und die alte Dame unterhielt viele Kinder öfters bei den Schularbeiten, sowie bei Aufarbeitung von Handarbeiten. Mit Erwachsenen hat die M. weniger Verkehr gehabt; sie lebte, da sie 45 Jahre an Berliner Gemeindefunkeln gewirkt hatte und seit 10 Jahren pensioniert war, von einer Pension, die 1040 M. pro Jahr betrug. Fräulein M. scheint auch ein kleines Vermögen besessen zu haben, dessen Zinsen mit dem Ruhegehalt zur Genüge anreichten. Der alten Dame eine behagliche Existenz zu schaffen. Ihre Wohnung bestand aus zwei anständig eingerichteten Stuben, Küche und Korridor. An der Schlafstube befand sich ein kleiner Balkon. Die Greisin war trotz ihres hohen Alters noch recht thätig, nur klagte sie in den letzten Monaten über Schwäche an beiden Füßen, sowie darüber, daß ihr das Laufen schwer fiel. Ein kleines Schulfädchen besorgte für sie die notwendigen Gänge für den Haushalt, kam des Morgens und Mittags zu ihr, um die Aufträge der M. entgegen zu nehmen. Die Kleine hat ihre Herrin am Dienstagmorgen gegen 7 Uhr zum letztenmal gesprochen. Fräulein M. kam an die Korridorthür und holte sich den an der Klinke hängenden Frühstückstisch. In dieser Zeit ist sie auch von dem Raubmord zum letztenmal gesehen worden. Als die kleine Botschaft am Dienstagmorgen gegen 7 1/2 Uhr wieder bei Fräulein M. vor sprach, wurde ihr trotz wiederholten Klingelns nicht geöffnet. Das Kind wartete an, Fräulein M. sei, wie dies öfter geschah, fortgegangen und ersuchte sich. Bis Mittwochmorgen schritt sich dann niemand um die alte Dame gekümmert zu haben. Als jedoch am Nachmittag gegen 6 Uhr ein in der zweiten Etage des Hofeingangs wohnender Herr Lange an der Thür der M.'schen Wohnung vorüberging, fiel es ihm auf, daß der gefüllte Frühstückstisch noch an der Korridorthür hing und die Zeitung in der Thür steckte. Herr L. glaubte, daß Fräulein M. irgend etwas passiert sei; er benachrichtigte den Hauswart, Restaurateur Müller sowie den im Hause wohnenden Polizeileutnant Maurer. Der letztere ließ einen Schlosser holen und die Korridorthür öffnen. Den zuvörderst in das Schlafzimmer eindringenden bot sich ein schrecklicher Anblick. Die Greisin lag tot am Fußboden, zwischen Schreibtisch, Sofa und Spiegel. Mittels eines durch ein stumpfes Instrument herbeigeführten Schlags war die Schädelkapsel des Fräulein M. zerschmettert worden. Der Kopf der Leiche war mit einem Tuch bedeckt, die Kleidung der Ermordeten sowie das Zimmer mit Blut bedeckt. Blutspuren fanden sich auch an der Pallontwand, am Schreibtisch und Sofa. Die Füße des Schreibtisches waren geöffnet und durchwühlt; ein Teil des Inhalts, Papiere, lag am Boden zerstreut. Das Portemomale der M. lag neben der Toten; es war keines über 150 M. betragenden Inhalts beraubt. Uhr und Reste der Gezeigten sowie eine Broche wurden vorgefunden, der Mörder hatte diese Gegenstände, die ihm möglicherweise verraten konnten, unberührt gelassen.

Der du jour habende Kriminalbeamte des Polizeipräsidenten, Kriminalkommissar v. Kraatz, war schon nach kurzer Zeit zur Stelle. Bald darauf erschien auch der Chef der Kriminalpolizei, Geheimrat Dietrich, Kriminalinspektor v. Meerfeldt, Hauptmann, sowie fast der gesamte Stab der Kriminalpolizei am Tatort.

Die angestellten Erhebungen ergaben, daß der Mord am Dienstagvormittag begangen worden sein muß. Der Mörder hatte, als er die Tat verübte, an der rechten Seite seines Opfers gestanden. Er hat der Ahnungslosen zunächst mit der stumpfen Seite eines Steinweissens einen Dieb an die rechte Schädelseite versetzt. Ein zweites Mal mit der Spitze des Instruments hat die tödliche Wirkung gehabt. Nachdem die Unglückliche den ersten Schlag erhalten, hat sie zweifellos den Versuch gemacht, sich zu verteidigen. Unter den Fingernägeln der rechten Hand der Toten wurden Spuren von Haut und Blut vorgefunden; ein Beweis, daß sie dem Mörder jedenfalls erheblichere Kratzwunden im Gesicht oder an einer Hand beigebracht hat. Das Werdinstrument wurde nicht vorgefunden.

Die Vernehmungen wurden mit der achtjährigen Schülerin Berger, welche der Greisin, wie oben erwähnt, stets das Frühstück brachte und für sie die Votengänge besorgte, begonnen. Die Kleine hatte die M., wie oben angegeben, am Dienstagmorgen zum letztenmal gesehen, am Dienstagmorgen, Mittwoch früh und Mittag wurde ihr auf wiederholtes Klingeln nicht geöffnet. Eine drei Treppen wohnende Frau Oertel hat am Dienstagvormittag gegen 11 Uhr aus der unter der ihrigen belegenen Wohnung einen Schrei vernommen. Eine gleiche Anklage machte eine in der zweiten Etage wohnende Frau Lange. Beide Jungfrauen haben jedoch, da gleich danach alles still war, dem Umstand keine Bedeutung beigelegt. Sämtliche Zeugen erklärten, daß die Ermordete im Verkehr mit Fremden sehr vertrauensvoll war. Sie ließ Bettler, welche niemals von ihr abgewiesen wurden, in die Wohnung hinein und erklärte, als sie einmal auf die unvorsichtige Handlungsweise aufmerksam gemacht wurde: „Man muß die Leute in die Wohnung kommen lassen. Wenn man sie an der Thür abfertigt, so ist dies beleidigend.“ Dem Klempner Balisch, der im Oktober vorigen Jahres Reparaturarbeiten bei Fräulein Medenwaldt vornahm, erklärte die alte Dame auf eine entsprechende Bemerkung: Sie brauche keine Sicherheitskette an der Korridorthür, ihr thue niemand etwas. Am Montagabend bemerkte eine in der Breitenstraße 23a — welches zu dem Nordhause gehört — wohnende Frau Reinhold auf dem Hofe einen fremden Menschen, welcher nach der Wohnung der Medenwaldt empor sah. Der Fremde entfernte sich, als er sich von Frau V. beobachtet sah. Sie schildert den Unbekannten als einen etwa 1,60 Meter großen, schlanken Menschen mit dunkelblondem Haar und blankem Gesicht. Der Betreffende ist etwa 25—30 Jahre alt und trägt dunkle Kleidung. Derselbe Person soll schon vor etwa 14 Tagen auf dem Grundstück gesehen worden sein. Auf dem Treppengang wurden keine Blutspuren vorgefunden. Es scheint demnach, daß der Mörder, der sich jedenfalls längere Zeit in der Wohnung seines Opfers aufgehalten, sich dort von Blut gereinigt hat. Allerdings wurde in der Küche nichts bemerkt, welches auf eine derartige vorgenommene Reinigung hindeuten könnte. Gestern abend wurden die drei Köche des am 1. April in dem Hause Birkenstr. 42 eingezogenen Köchlers Glühn nach der Wache des 100. Polizeiregiments in der Bremerstraße sistiert; sie wurden jedoch in der Nacht freigelassen. Die Gerichtskommission und Staatsanwaltschaft traf erst am gestrigen Vormittag am Tatort ein. Trotz der sorgfältigsten Untersuchung konnte bisher keine Spur von dem Mörder entdeckt werden.

Das Polizeipräsidenten setzt eine Belohnung von 1000 M. auf die Ergreifung des Mörders der Lehrerin Johanna Medenwaldt aus. In Verdacht kommt ein etwa 25 Jahre alter Mann. Er ist etwa 1,60 Meter groß, von blauer Gesichtsfarbe mit blondem Haar und schwarzbärtigen, schlanken Figur und langem Hals. Bekleidet war derselbe mit grauem Jacketanzug (sogen. Pfeffer und Salz) und dunkler Mütze mit rundem Dedel. Der Mann ist am Dienstag, den 10. d. M., im Hause Birkenstr. 42 von Hausbewohnern bettelnd betroffen worden. Nach den bisherigen Feststellungen muß die Medenwaldt um die genannte Zeit ermordet worden sein. Da der Schädel der Leiche stark zerschmettert und mit vielen Stichen bedeckt und das Blut auch bis oben zum Spiegel hinauf gespritzt ist,

muß angenommen werden, daß auch die Kleidung des Mörders wahrscheinlich mit Blut bespritzt ist. Knickend liegt ein Handmord vor. Geräumt ist aller Wahrscheinlichkeit nach nur bares Geld, da wertvolle Schmuckstücke freiliegend vorgefunden wurden. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß die beäugelte Persönlichkeit zu der Missethat in keiner Beziehung steht, und wäre es dann von Wichtigkeit, wenn diese Person sich bei der Kriminalpolizei sofort melden würde. Anzeigen nehmen sämtliche Polizeireviere und die Kriminalabteilung im Polizeipräsidenten am Alexanderplatz entgegen.

Die Leiche der Ermordeten wurde gestern Donnerstagmorgen um 1/28 Uhr nach dem Schauhanse gebracht, nachdem eine Gerichtskommission an Ort und Stelle den Thatbestand aufgenommen hatte. Die sämtlichen Bewohner des Hauses Birkenstr. 42 wurden nochmals vernommen, ohne daß irgend ein Anhalt über den Täter zu erlangen war. Daß Fräulein Medenwaldt am Dienstagvormittag gegen 11 Uhr getötet worden ist, erscheint zweifellos. Um diese Zeit ging ein junges Mädchen, das ihre in dem Hause wohnende Tante, eine Frau Branner, besuchen wollte, die Treppe hinauf. Als es an dem Korridor des Fräulein M. vorüberging, hörte es dortselbst ein leises unterdrücktes Schreien. Das Mädchen machte von seiner Wahrnehmung ihren Verwandten Mitteilung, ohne daß man sich jedoch um die „sonderbare Greisin“, mit der niemand im Hause in Verkehr stand, weiter bekümmerte. Ein Fräulein Seeger, Schiffsstraße 3 wohnhaft, welche mit der Verstorbenen sehr befreundet war und diese öfters, das letzte Mal am vergangenen Freitag besuchte, konnte nur bestätigen, daß außer dem Geld weiter nichts gestohlen worden ist. Im Laufe des gestrigen Vormittags haben zwei Eifererinnen verdächtiger Personen stattgefunden, die sich jedoch kaum anspricht erhalten lassen werden.

Tokales.

Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises (Südosten) veranstalteten am 1. Osterfesttag, 12 Uhr mittags, im Koncerthaus Sankt-Johann, Kottbuserstr. 4a, eine Matinee, die ihres interessanten Programms wegen Beachtung verdient. Die Hoffmannschen Norddeutschen Sängler traten in ihren bekannten Stimmnummern auf. Willet a 30 Pf. (Programme gratis) sind an den bekannten Stellen zu haben.

Sechster Wahlkreis, Südhanauer Vorstadt. Am zweiten Osterfesttag findet in Berliner Vorst. Nankowitzer-Allee 7—9, eine von Parteigenossen veranstaltete Wohltätigkeits-Matinee statt, bestehend aus Koncert, Gesang und Vorträgen. Es wirken mit der Gesangsverein „Nord“ und das „Berliner MS-Trio“. Im Interesse des wohltätigen Zwecks wird um rege Beteiligung gebeten. Das Komitee.

Die Befähigung des Gewerkschaftshauses

Hand gestern abend vor einem geladenen Publikum und den Vertretern der Presse statt. Der Berliner Magistrat hatte es nicht für nötig gehalten, einen Vertreter zu entsenden. Von bekannten Persönlichkeiten bemerkten wir den Reichstags-Abgeordneten Richard Rösche, den Sozialpolitiker Stadtrat Dr. Pastrow, den Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts Professor v. Schulz. Außerdem waren eine große Anzahl Berliner, Charlottenburger und Nordorter Stadtverordnete, sowie als Vertreter der Landes-Versicherungsanstalt Berlin die Herren Simanowski und Woldersky erschienen. Von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung waren alle Fraktionen vertreten mit Ausnahme der antisemitischen, deren Mitglieder den Besuch des Gewerkschaftshauses angeblich aus dem Grunde abgelehnt haben, weil sie ihre Amtsstelle bei dieser Gelegenheit nicht imlegen konnten.

Unter Führung der Banmeister Heimer und Körte und unserer Genossen Dr. Krons und Sassenbach wurde ein Rundgang durch die gesamten Räume angetreten, deren nochmalige Befahrung wir uns an dieser Stelle wohl verlagern können. Die Einrichtungen des Hauses fanden allseitigen ungeteilten Beifall, namentlich auch bei den anwesenden Angehörigen der hiesigen Parteien, die offenbar sehr erstaunt waren über diese Schöpfung der Berliner Arbeiterschaft.

Nach Schluß des Rundgangs folgten die Erschienenen der Einladung der Schultheiß-Bräuererei zur Einweihung der Restaurationsräume.

Berliner Schulseid. Unter diesem Titel brachte vor einiger Zeit die „Volks-Zeitung“ mehrere Artikel, die sich mit Mißständen im Berliner Gemeindefchulwesen beschäftigten, namentlich mit dem Uebel der steigenden Klassen und mit der in gesundheitlicher wie in unterrichtlicher und erzieherischer Hinsicht bedenklichen Beschaffenheit einiger Privathäuser, in denen Gemeindefschulen miethweise untergebracht sind. Auf Veranlassung des Provinzial-Schulkollegiums hat sich die städtische Schuldeputation in einer längeren Ausföhrung über die vorgebrachten Beschwerden geäußert. Bemerkenswert ist darin besonders die Erklärung, es sei selbstverständlich, daß die Mietkonditionen in bantgenüßiger und hygienischer Beziehung nicht allen denjenigen Anforderungen entsprechen können, welche an andre Schulhäuser gestellt werden. Gewiß, das ist selbstverständlich; denn ein ursprünglich zu Wohnzwecken bestimmtes Haus wird naturgemäß anders angelegt als ein Schulhaus. Aber nicht selbstverständlich sollte es sein, daß die Berliner Gemeindeverwaltung sich in ihrem Volksschulwesen in so ausgedehnter Nähe mit Privathäusern befaßt, wie sie es seit einer Reihe von Jahren mit wieder thut. Im übrigen ist Herr Stadtschulrat Vertrauen, der die Rückführung der Schuldeputation unterzeichnet und anscheinend auch vom ersten bis zum letzten Satz selber verfaßt hat, ein kleines Mißverständnis passiert. Er weist darauf hin, daß die in Privathäusern untergebrachten Schulen später in die für sie erlangten eignen Schulgebäude überzuführen pflegen, vergißt aber hinzu zufügen, daß manche dieser Privathäuser dann sofort durch eine neu eröffnete andre Schule besetzt werden. Hielt darauf kommt es an, Herr Stadtschulrat, wie lange ein und dieselbe Schule in einem Privathause untergebracht ist, sondern darauf, wie lange ein und dasselbe Privathaus zu Schulzwecken demut wird. Das letztere geschieht aber in Berlin nicht bloß Jahre-, sondern gelegentlich sogar jahrzehntelang. Das von der „Volks-Ztg.“ geäußerte Privathaus in der Rantstraße, das seit 15 Jahren eine Gemeindefschule nach der andern beherbergt hat, steht in dieser Beziehung noch nicht einmal an erster Stelle. Wir haben bereits im Sommer 1898 dargestellt, daß das Privathaus Weihenburgerstr. 36 schon um ein halbes Jahrzehnt länger von der Gemeinde-Schulverwaltung als Schulhaus demut wird.

Wehr als die Vertrauenswürdigkeit, die an Thatsächlichem so gut wie nichts vorzubringen weiß, hat uns der Umstand selber interessiert, daß das Provinzial-Schulkollegium die Schuldeputation zu einer Erklärung über die in der „Volks-Zeitung“ gegen das Berliner Gemeindefchulwesen erhobenen Klagen aufgefordert hat. Unsere Leser wissen, daß der „Vorwärts“ sich seit vielen Jahren fortwährend mit den Mißständen im Gemeindefchulwesen Berlins beschäftigt. Wiederholt sind an dieser Stelle Dinge zur Sprache gebracht worden, die an Kräfte hinter den von der „Volks-Zeitung“ mitgeteilten Einzelheiten nicht zurückzublicken, sondern gelegentlich noch weit darüber hinausgingen. Wir irren wohl nicht, wenn wir annehmen, daß auch unsere Beschwerden dem Provinzial-Schulkollegium Anlaß gegeben haben, die Schuldeputation zu einer

Außerung darüber anzufragen. Es ist uns indes niemals bekannt geworden, daß die Schuldeputation von uns Beschwerden, wie sie es jetzt gegenüber den Artikeln der „Volks-Zeitung“ thut, erst hätte, es könne ihnen „eine Bedeutung nicht beigelegt werden“, weil die darin aufgestellten Behauptungen „zum Teil stark übertrieben“ seien, sie seien „wohl nur als Schmähschriften zu betrachten und daher nicht ernst zu nehmen“. Wie ziehen daraus den Schluß, daß die Schuldeputation gegen unsere Beschwerden noch weniger zur Widerlegung zu sagen gewillt hat, als jetzt gegen die „Volks-Zeitung“.

Fünftausend Mark verlangt der Magistrat von der Stadtverordneten-Versammlung für den Besuch des österreichischen Kaisers zur Anknüpfung der Straßenbeleuchtung. Hierfür soll namentlich der Pariser Platz hübsch hergerichtet werden. Gleichzeitig hat der Magistrat beschloffen, die beteiligten Bezirksvorsteher zu ersuchen, die Hausbesitzer anzufragen, ihre Häuser gebührend festlich auszustatten.

Eine ähnliche Ansicht, wie wir sie am Mittwoch über den bevorstehenden Besuch des Kaisers Franz Joseph geäußert haben, finden wir in der „Volks-Zeitung“. Das Blatt schreibt:

„Hat der Besuch des österreichischen Kaisers eine politische Bedeutung, so ist die Stadtverordneten-Versammlung von der Aufsichtsbeförde oft genug darüber belehrt worden, daß sie sich um politische Angelegenheiten nicht zu kümmern, politische Demonstrationen zu vermeiden habe. Verlagt man ihr das in Zwang, in denen die Versammlung eine der Regierung unangenehme oppositionelle Stellung einnimmt, so muß die Versammlung ihren Stolz darin suchen, sich zurückhalten, wenn eine von ihrer Seite in Scene gesetzte politische Aktion angenehm empfunden wird. Die Stadt muß unter allen Umständen den Schein vermeiden, als sei sie politisch wirksam, wenn es der Regierung unangenehm scheint. Hat der Besuch keine politische, sondern nur eine private Bedeutung, so empfiehlt es sich aus diesem Grunde erst recht nicht, aus öffentlichen Mitteln Gelder in Anspruch zu nehmen.“

Nach unserer Meinung wird die Stadt übrigens dem fünfzigjährigen Kaiser durch die etwa von ihr zum Besten gegebene Pracht kaum sonderlich imponieren. Dieser Herr hat in seinem langen ererbungsreichen Leben wohl überreichlich Gelegenheit gehabt, die Wichtigkeit derartiger offizieller Ehrungen kennen zu lernen.

Die Erhöhung der Feuerficherheit der Fabriken und gewerblichen Betriebsstätten ist ein Anlaß der darin vorgelommenen Besuche von Polizei-Präsidenten für notwendig erachtet worden. Ein aus höherer Bau-, Gewerbe-Aufsichts- und Feuerwehrobernen gebildeter Ausschuss hat zahlreiche Betriebsstätten besichtigt und auf Grund der beobachteten Mängel allgemeine Bestimmungen aufgestellt, die alsdann einem größeren Kreise von Vertretern der Industrie und Gewerbe zur Begutachtung vorgelegt und von ihnen gebilligt worden sind. Die Bestimmungen sollen den Besitzern der Grundstücke mit feuergefährlichen Betrieben — es kommen in Berlin über 1200 Grundstücke dieser Art in Betracht — mit dem Erlaß zu geschehen werden, die Gebäude entsprechend einzurichten. Da die Betriebsstätten größtenteils zum Teil an die Wohnungen errichtet sind und die zur Zeit bestehenden Zustände vom Standpunkt der Feuer- und Sicherheitspolizei recht oft viel zu wünschen übrig lassen, sind zur Erhöhung der Feuerficherheit zahlreiche Maßnahmen vorgefunden worden.

1. Sie bezwecken die thunlichste Beseitigung der Gefahrenquellen, die namentlich in Bezug auf Heizung und Beleuchtung bestehen; insbesondere sind die elektrischen Leitungen zumeist ungenügend gesichert.

2. Die Vorkehrungen für die Entleerung der feuergefährlichen Betriebsstätten und der über ihnen gelegenen Wohnungen sind darauf zu verbessern, daß die Rettung der Arbeiter und Bewohner bei einem Brande sichergestellt ist. Es ist daher gefordert, daß die feuergefährlichen Betriebsstätten und die über ihnen gelegenen Wohnungen mit zwei geeigneten Treppen in Verbindung stehen, und zwar mit zwei besart gelegenen Treppen, daß nach Veranlassung der einen noch die zweite Treppe benutzbar bleibt. Richtigkeitsmaß daß eine Treppe durch eine geeignete Kollleiter ersetzt werden. Wo besondere Gefahren bestehen, sollen Wohnungen über den Betriebsstätten überhaupt nicht mehr geduldet werden.

3. Die einzelnen Betriebe sind gegen einander und gegen Wohnungen feuerficher abzutrennen, namentlich sind Oeffnungen für Transmissionsen, Schächte usw. darauf zu schließen, daß die Uebertragung eines Feuers oder des Rauchs von einer Stätte zur andern verhindert wird.

4. Die Sicherheits-, Rettungs- und Böhleinrichtungen sind zu verbessern.

Als feuergefährliche Betriebe gelten in der Regel namentlich Fabriken und Arbeitsstätten, in denen Holz, Papier oder Celluloid verarbeitet wird, oder Galanteriewaren, künstliche Blumen, Spielwaren aus brennbaren Stoffen, sowie Baumwollergzeugnisse hergestellt oder fette, Oele, Lacke, Teere, Kerze, Wäcker, Spiritus, Benzin, Petroleum erzeugt, verarbeitet oder in Anwendung gebracht werden, oder wo sich aus Wehl, Staub, Gajen oder Dämpfen besonders leicht entzündliche und explosive Gemische bilden können; ferner Papier- und Polsterwerkstätten.

Etwas zu den feuergefährlichen Betrieben gehörende Lager- räume, sowie solche Lageräume für leicht brennbare Gegenstände (z. B. Holzmaterial, Möbel, Federn), in denen sich Personen dauernd aufhalten, unterliegen gleichfalls in der Regel den Bestimmungen. Kleine Betriebe bleiben unberücksichtigt, sofern sie nicht etwa wegen ihrer Lage oder aus sonstigen Gründen Gefahren für dritte Personen bergen. Die Befähigung der Grundstücke erfolgt durch eine, aus dem Bau-, dem Gewerbe- und dem Brand-Inspektor zusammengesetzten Kommission. Die allgemeinen Bestimmungen beziehen sich auf amähernd fünfzig Maßnahmen und werden in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und im „Centralblatt der Bauverwaltung“ veröffentlicht werden.

Wilhelm II. Die Blätter melden: Auf einen plötzlichen Befehl des Kaisers waren gestern mittag gegen 1/21 Uhr die Kommandanten sämtlicher Truppenteile der Garnison Potsdam im Berliner Schloß erschienen. Durch den gegen 1/22 Uhr in Potsdam eingetrossenen Befehl wurden die Potsdamer Kommandostellen in die lebhafteste Aufregung versetzt, da die Truppen zum größten Teil unter Leitung ihrer Kommandeure aus dem Pomfledter Felde erzogenen Ordromangen jagten zur Ueberbringung des kaiserlichen Befehls hin und her, und in scharfem Trab ritten die Kommandeure ihren Wohnungen zu. Sämtliche zur Audienz Besohlene konnten noch den kurz nach 12 Uhr nach Berlin abgehenden Zug benutzen.

In einer mißlichen Lage befinden sich seit dem Tage ihrer Einstellung in den Postdienst die übernommenen Briefträger der Witterung alle Welt sich nach in die warme Winterkleidung hält, sieht man die genannten Briefträger bereits in der Sommeruniform, der letzten Litwka, herumlaufen. Diese Ignorierung der Witterung beruht aber keineswegs auf freiwilligen Entschluß; sie ist vielmehr eine erzwungene. Es ist der Postbehörde bisher nicht möglich gewesen, den Winterrod für die neuen Unterbeamten zu beschaffen; die Firma E. Sachs, der die Lieferung für die Kleiderklasse der Berliner Ober-Postdirektion obliegt, ist mit ihrer übernommenen Verpflichtung im Rückstand geblieben. Ob es nicht besser gewesen wäre, bei der Möglichkeit einer solchen Verzögerung eine andre Firma mit der Lieferung zu betrauen, bleibt dahingestellt; jedenfalls spricht dieser Vorgang nicht gerade für die Vollständigkeit aller der

Vorbereitungen, wie sie die Uebernahme eines gewöhnlichen Betriebszweiges erheischt. — Eigentümlicherweise ist den genannten Briefträgern Hefe und Mähe nicht frei geliefert worden, sie haben die beiden Teile vielmehr bei der Firma E. Sachs gegen Zahlung von 12,60 M. aus ihren Privatmitteln erstehen müssen.

**Bei der Landes-Verficherungsaussicht Berlin** sind im Laufe des Vierteljahres Januar-März 1900 115 Anträge auf Gewährung von Altersrente eingegangen; aus der Zeit vor dem 1. Januar 1900 lagen noch 54 Anträge vor, hinsichtlich deren die Entscheidung noch ausstand. Von diesen 169 Anträgen sind bewilligt 132, abgelehnt 16, anderweit erledigt 4 und merkwürdig auf das folgende Vierteljahr übernommen 17. Bis zum 31. März 1900 waren insgesamt bewilligt am Alterrenten 4318. Von diesen sind ausgeschieden durch Tod 1509, aus andern Gründen 118, zusammen 1627, so daß am 1. April 1900 2691 Altersrenten-Empfänger vorhanden waren. Innerhalb des gleichen Vierteljahres sind 885 Anträge auf Gewährung von Invalidenrente eingegangen und 422 merkwürdig aus dem Vierteljahr übernommen. Von diesen 1307 Invalidenrenten-Anträgen sind 922 bewilligt, 75 abgelehnt, 86 anderweit erledigt, 274 unentgeltlich auf das folgende Quartal übernommen worden. An Invalidenrenten sind bis zum 31. März überhaupt 9762 bewilligt worden. Ausgeschieden sind inzwischen durch Tod 3324, aus andern Gründen 247, zusammen 3571, mithin war am 1. April 1900 ein Bestand von 6191 Invalidenrenten-Empfängern aufzuweisen.

**Die Zahl der Chinesen** in Berlin hat sich in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres nahezu verdoppelt. Es halten sich ständig 40—50 Chinesen auf Kosten ihrer Regierung in Berlin auf. Von Zeit zu Zeit findet bei der Gesandtschaft eine Art Prüfung statt, um die Fortschritte der jugendlichen Studenten zu beobachten. Die Abnahme der Prüfung erfolgt durch eigens zu diesem Zweck der Gesandtschaft zugeteilte Ober- und Unternagister, denen deutsche, französische und englische Dolmetscher beigegeben sind. Das Studium beschränkt sich in der Hauptsache auf Sprachen und technische Kenntnisse.

**Arbeiterriß.** Gestern Mittag kurz vor 12 Uhr stürzte der Arbeiter Paul Flohr, Graunstraße 5 wohnhaft, in der Kochhausstraße vom Gerüst des Neubaus auf der Parzelle Nr. 3. Flohr war oben mit dem Abbruch des Gerüsts beschäftigt und muß dort wohl einen Festtritt geben haben. Er fiel kopfüber aus der Höhe der 3. Etage auf den Bürgersteig ab und zertrümmerte sich den Schädel. Die Arbeitskollegen riefen eine in der Röhre haltende Droschke herbei und brachten den Verunglückten nach dem Krankenhaus Friedrichshain, wo er als Leiche eintraf.

**Die häßlichen Bureaus und Kassen** werden am Sonnabend wegen des bevorstehenden Ostersfestes bereits um 1 Uhr mittags geschlossen, mit Ausnahme des Centralbureaus, das zur Entgegennahme von wichtigen Sachen bis 4 Uhr nachmittags geöffnet bleibt.

**Der Schnellzug Hamburg-Berlin** mußte gestern auf freier Strecke kurz hinter Spandau halten. Die Ursache zu dem unzeitigen Aufenthalt gaben eine Anzahl — Reklamsätze eines Müllers aus Döllgow, dessen Wagen auf dem Geleise in der Klosterstraße zusammengebrochen war, so daß die Reklamsätze auf die Geleise fielen. Nach etwa zehn Minuten langer Arbeit war das seltsame Verkehrshindernis beseitigt, und der Schnellzug konnte seine Fahrt nach Berlin fortsetzen.

**Selbstmord in einem Waffenladen.** Gestern Vormittag 1/2 12 Uhr erschien in dem Waffenladen von Klawonn, Gohnowstraße 16, ein junger Mann, der einen Revolver mit bestimmtem Kaliber verlangte. Unter den vorgelegten Waffen suchte er etwa eine Viertelstunde herum, wählte deren eine von ihnen aus und bestellte noch 100 Patronen. Als sich Frau Klawonn, die den Käufer bediente, blickte, um die Cartouchen unter dem Ladentisch hervorzunehmen, schob der Fremde blitzschnell eine mitgebrachte Patrone in den Revolver und schob sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Ohne einen Laut von sich zu geben, stürzte er in demselben Moment tot zu Boden. Schnell war auf Requisition der Polizei ein Arzt zur Stelle, der indessen nur den bereits eingetretenen Tod konstatieren konnte. Aus Papieren, die bei dem Selbstmörder vorgefunden wurden, ergab sich, daß der Lebensmüde ein aus Dresden gebürtiger 21-jähriger Handlungsgehilfe Alfred Jahn war, der hier in der Wallendammstraße wohnte. In den Taschen des Toten befanden sich mehrere an seine Mutter, Schwester und Braut gerichtete Briefe, die beschlagnahmt wurden. J. ist wahrscheinlich durch Rührungszorn zum Selbstmord getrieben worden. Er war seit längerer Zeit außer Stellung; in seinem Portemonnaie fand sich kein Pfennig Geld.

**Warnung für Lehrerinnen.** Ein gewandter Einbrecher treibt seit einiger Zeit im Westen der Stadt sein Unwesen; er sucht vornehmlich die Wohnungen abwesender Lehrerinnen heim, während diese ihren Beruf nachgehen und scheint es, wie verschiedene Fälle bestätigen, hauptsächlich auf deren Gehalt resp. Ersparnisse abgesehen zu haben. Gestern traf das Los eine arme Musiklehrerin, ein älteres Fräulein S., das Ansbacherstr. 10 in der vierten Etage des Seitenflügels wohnt. In ihrer Abwesenheit öffnete der Dieb mittels Nachschlüssels die Korridorthür und wählte unter den vorgefundenen Gegenständen, außer borem Gelde, u. a. eine goldene Damenuhr nebst langer Schuppenkette, ein wertvolles Erbschaft ihrer verstorbenen Mutter. Diese Oster-Neberzahlung hatte die Herrin um so schwerer niedergedrückt, als ihr erst im vorigen Jahre ein großer Teil ihrer Wäsche gestohlen worden ist. Die Kriminalpolizei fand auf einen ansässigen gelledeten, schwarzbärtigen Mann im Alter von 25—30 Jahren, der sich im Hause verdächtig gemacht hat. Da derartige Einbruchfälle sich in letzter Zeit häufen, so mögen Lehrerinnen auf ihrer Hut sein.

**Der Bräutigam als Einbrecher.** Vor mehreren Monaten wurde, wie wir seiner Zeit meldeten, bei dem Kaufmann Ehrlich in der Reuen Königstraße ein Einbruchdiebstahl verübt, wobei den Verbrechern Gold- und Silberfachen im Werte von 700 M. in die Hände fielen. Jetzt ist es durch einen Zufall gelungen, des Diebs habhaft zu werden. Bei einem Pfändereien im Norden der Stadt wollte ein junger Mann ein Duzend silberne Löffel verpfänden, die, wie der Pfändler aus dem Polizeibericht entnahm, aus einem Diebstahl herrührten. Er ließ den Verdächtigen festnehmen, der auf der Polizeiwache als ein wegen Eigentumsvergehens schon vorbestrafter Arbeiter B. erkannt wurde. Der Verhaftete gestand schließlich ein, den Diebstahl verübt zu haben. Er hatte, um eine günstige Gelegenheit auszubaldern, mit dem Dienstmädchen des E. ein Liebesverhältnis angeknüpft und dadurch erfahren, wo sich die Wertgegenstände befanden. Damit kein Verdacht auf ihn fiel, hatte B. seine „Braut“ noch eingemalt besucht und dann mit dem Mädchen den Verkehr gebrochen.

**Ein Bild des Jammers.** Die Obduktion der zerschundenen Kindesleiche, von der wir berichtet haben, hat gestern stattgefunden. Die Mutter des Kindes, Johanna Wegener, war nach dem Schauhause in der Maxstraße gebracht worden, um der gerichtlichen Leichenöffnung beizuwohnen. Das Obduktionsergebnis bestätigte in der Hauptsache die Angaben der unglücklichen Mutter. Dasselbe war in der That gleich nach der Geburt, infolge von Schwäche, in einem ohnmachtähnlichen Zustand verfallen. Das Kind, welches lebensfähig war, ist hilflos unter dem Deckte liegen geblieben und so erstickt. Mit Rücksicht auf den Obduktionsergebnis scheidet natürlich das Verbrechen des Kindesmordes von vornherein aus, ob eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung zu einer Verurteilung führen würde, hängt von den äußeren Umständen ab. — Im Anschluß an die Obduktion hat dann eine Lokalbesichtigung in der von dem Mädchen bisher bewohnten Kammer stattgefunden, durch welche festgestellt werden sollte, wie es kam, daß während der siebenjährigen Zeit, so lange sich das Kind in dem Wäschelord befand, kein Leichengeruch zu bemerken war.

**Ein Straßenbahn-Unfall mit tödlichem Ausgang.** Gestern nachmittags gegen 5 Uhr wurde in der Kochstraße ein Mädchen von

10—11 Jahren von einem Motorwagen der elektrischen Straßenbahn Berlin-Pankow überfahren. Der Führer des Wagens sah das Mädchen ungefähr 20 Meter vor dem Wagen auf dem zweiten Geleise stehen; in der Voraussetzung, daß das Kind über die Strecke laufen würde, bremste er den Wagen an; in demselben Augenblick kam von der entgegengesetzten Richtung ein Wagen daher. Nun versuchte das Kind über das Geleise zu laufen, wurde aber von dem Wagen erfasst und 5—6 Meter geschleift. Mit schweren Verletzungen wurde es bestimmungslos hervorgezogen und nach der nahegelegenen Unfallstation gebracht, wo es bald darauf verstarb. Den Wagenführer trifft nach den Aussagen sämtlicher Augenzeugen keine Schuld.

**Durch Spielerei** mit einer Schußwaffe ist gestern der zwölf Jahre alte Waisenknecht Paul Kalanke aus der Triststraße 44 schwer zu Schaden gekommen. Der Knabe spielte mit andern auf dem unbauten Grundstück Triststraße 12. Hier legte ein 16-jähriger Bürche Bernhard Hand mit den Worten: „Macht Platz oder ich schicke“ einen Revolver auf ihn an und drückte ab. Die Kugel traf Kalanke und drang ihm in das rechte Auge ein. Die Unfallstation in der Lindenstraße ließ ihn mit einem Krankenwagen nach der Charité bringen.

**Den Tod im Wasser** suchte gestern eine unbekannte Frau, ihrer äußeren Erscheinung nach eine Sachfengängerin. Auf dem Wege vom Bahnhof Friedrichstraße nach dem Lehrter Bahnhof hängte sie sich am Reichstagsufer ihr schweres Gepäck an den Hals und stürzte sich damit in die Spree. Obwohl stark beschwert, wurde sie von Schiffen und einem Schuhmann doch noch gerettet und in ein Krankenhaus gebracht. Die Unbekannte ist noch nicht vernehmungsfähig.

**Druckfehler-Berichtigung.** In dem Bericht über Münsterbergs Vortrag „Vollgesundheit und Volkswohlfahrt“ ist zu lesen: „wo er von dem Armenwesen sprach“ (statt „Armenwesen“), und weiter unten: „aber die Wohnungsfrage“ (statt „Nahrungsfrage“).

**Erwischt** wurde vorgestern ein Mann, der im Manufakturwaren-Geschäft von Gebr. Simon in der Klosterstraße seit längerer Zeit raffinierte Diebstähle ausgeführt hat. Tag für Tag wurde bemerkt, daß Waren entwendet waren, ohne daß es trotz behördlicher Beobachtung des Hauses gelingen wollte, den Thäter zu entdecken. Durch Zufall kam man dem Dieb auf die Spur. Ein Dienstmädchen aus dem Nachbarhause erzählte, daß ein fremder Mann täglich mit Paketen vom Boden komme. Nun wurde ermittelt, daß der Gauner sich abends nach Geschäfts-schluss vom Dach des Nebenhauses in das Warenhaus hinabließ und von dort das gestohlene Gut auf dem Nachbarboden brachte. Der Dieb wurde am Mittwoch abgeführt; es ist ein früherer Telefonarbeiter, der sich in der Wilhelmstraße eine ziemlich große Wohnung hält.

**Ein Durchgänger aus der Schweiz.** Das königl. Polizeipräsidium teilt mit: Das Polizeikommando in Jülich erkaufte um ein Festnahme eines Kaufmanns Albert Wilhelm aus Mitten bei Zuerich wegen Betrugs und Unterschlagungen im Betrag von etwa 12 000 Franken. Er wohnte zuletzt in Jülich, Alfred Fischerplatz 2. Er ist im Jahre 1864 geboren, 1,70 Meter groß, hat blonde Haare, eine Blase und blonde Schnurrbart, keinen Mund, längliches volles, gesundfarbiges Gesicht, aufrechten Gang, spricht deutsch und französisch und trägt vermutlich dunklen Joppen-Anzug, dunkelbraunen Leberzieher und schwarzen, weichen Fäzhat.

**Feuerbericht.** Donnerstagnachmittag wurde die Wehr nach Strahmannstraße 25 gerufen, wo durch Spielen mit Streichhölzern die Kleider eines 14-jährigen Mädchens in Brand geraten waren. Die Flammen wurden erloscht, bevor die Feuerwehre eintraf, doch erlitt das Kind so schwere Brandwunden, daß es nach einem Arankenhaufe gebracht werden mußte. Vorher war am Nordbahnhof in einem Wellblechschuppen, der als Petroleumlager dient, Feuer ausgebrochen, das mit zwei Rohren niedergehalten werden konnte, bevor die Petroleummassen sich entzündeten. Inzwischen war die Gefahr einer Explosion eine sehr große. Kollerbrände waren Landsbergerstraße 16, Panstraße 13 und Reinickendorferstraße 14a zu beseitigen. Sägewerkstraße 88 und Christinenstraße 39 ging alter Hausrat in Flammen auf. Böswilliger Alarm erfolgte nach Wödenstraße 86, doch gelang es nicht, den Thäter zu erwischen. Unbedeutende Brände wurden außerdem noch von Kanonierstraße 29 und Mägenstraße 14 gemeldet.

### Aus den Nachbarorten.

**Schöneberg.** Stadtverordneter Schöppen hat sein Mandat für den 13. Bezirk (3. Abteilung) freiwillig niedergelegt, da er die Stadt verlassen hat. Es muß also demnächst an Stelle des Ausgeschiedenen eine Neuwahl stattfinden.

**Aus Pankow** wird uns berichtet: Vor einigen Wochen erklärte sich der Saalbesitzer Löwendorf an unserem Orte bereit, der Socialdemokratie seine Räumlichkeiten zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Die Parteigenossen, die sich bisher an die Lichterfelder Organisation angeschlossen hatten, machten sich nunmehr daran, eine eigene Organisation zu schaffen und waren soweit, daß zu Montag die konstituierende Versammlung einberufen werden konnte. Im letzten Augenblick wurden sie jedoch von Herrn Löwendorf, der, wie erwähnt sei, früher im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis ansässig war, dahin belehrt, daß auf gegebene Versprechungen kein rechter Verlaß ist, vor allem dann nicht, wenn die Behörde sich einen in Versammlungen Angelegenheiten vorurteilsfrei handelnden Wirt auf's Korn nimmt. Herrn Löwendorf war die Polizeistunde auf 10 Uhr herabgedrückt worden, nunmehr aber, als er sich wieder patriotisch bewährte, setzte der Amtsvorsteher ihm die Polizeistunde auf 11 Uhr hinauf und gab ihm anheim, um eine Verlängerung bis zur Witternachtsstunde einzukommen. So wird's gemacht. Die Berliner Ausflügler aus Arbeiterkreisen werden sich hoffentlich auch diesen Fall merken.

**Wilmerdorf.** Abgelehnt hat die Ober-Postdirektion Berlin die Errichtung eines Postamts in dem an der Ringbahn-Station Wilmerdorf-Friedenau liegenden Ortsteil von Wilmerdorf, da ein Bedürfnis für eine Postanstalt, trotz einer großen Einwohnerzahl, angeblich nicht vorhanden ist.

**Friedenau.** Falsche Thaler mit dem Bildnis Friedrich Wilhelm III. sind im Lauf der letzten Tage hier wiederholt angehalten worden.

**Bescheidenheit.** Aus Pankow wird uns berichtet: Herr Pastor Veier im hiesigen Orte hat kürzlich bei der Gemeindevertretung beantragt, ihm ein Diakonatsgebäude zu errichten, damit er als amtierender Seelsorger doch ein eigenes Heim bekomme. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem man festgestellte hatte, daß die Lebensverhältnisse des Herrn Pastors sich auch ohnedies wesentlich von seinem Vorbilde Christus unterscheiden, der bekanntlich nicht hatte, wohnen er sein Haupt legt. Herr Pastor Veier bezieht nämlich außer seinem Gehalt noch einen Wohnungsgeldzuschuß von 1110 M. jährlich.

**Groß-Lichterfelde.** Die Tagesordnung der jüngsten Gemeindevertreter-Sitzung war sehr reichhaltig. Nach der Giltigkeits-Erklärung der vor kurzem stattgefundenen Gemeindevahlen erfolgte die Einführung der neu- und wiedergewählten Gemeindevertreter Medel, Willenweber, Steffens, Friedus, Schulte und Lehmann. — Der erste Punkt betr. Errichtung einer Elementarlehrerstelle an der Realschule tief eine lebhafteste Diskussion hervor. Gemeindevorsteher Schulz führte aus, daß aus „Sparamkeitsgründen“ von der in Aussicht genommenen Bestellung einer sogenannten halben wissenschaftlichen Hilfskraft an der Realschule Abstand genommen, dafür aber die Schaffung einer Elementarlehrer-Stelle notwendig geworden sei. Der Gemeindevorstand habe beschlossen, dieselbe vom 1. April ab vorläufig für die Dauer eines Jahres zu besetzen. Das fürsätzliche Gehalt beträgt pro Anno 840 Mark netto.

Gemeinde-Vertreter Willenweber trat für eine Klassenkombination an der Realschule ein, wodurch sich eventuell die Errichtung einer solchen Lehrerstelle erübrige. Für 840 M. werde man schwerlich einen Lehrer finden. Interessant war die Feststellung über die geringe Klassenfrequenz an der Realschule; dieselbe betrug in einer Klasse zum Beispiel nur 15, in einer andern Klasse 20 Schüler. In den Lichterfelder Volksschulen sieht es bekanntlich so aus, daß auf eine Lehrkraft ziemlich die vierfache Schülerzahl kommt. Herr Gemeindevorsteher Schulz meinte, es würde sich ermöglichen lassen, einen Lichterfelder Lehrer auf ein Jahr zur Uebernahme der Stelle an der Realschule zu beurlauben. Der Vorlage wurde zugestimmt. Hoffentlich wird das horrende Gehalt, das der „vornehme Willenort“ einem Jugenderzieher bietet, seine verlockende Wirkung auf die gesamte Pädagogikwelt nicht verfehlen! — Die Neupflasterung und Kanalisation eines Teils der Marienstraße wurde nach langer Debatte beschlossen. — Der Vertrag mit dem Justizfiskus bezüglich des Amtsgerichts-Gebäudes wurde mit einigen Zusätzen genehmigt. — Für Lehrmittel der hiesigen Fortbildungsschule wurden 80 M. bewilligt. Bei einer Revision durch die vorgesetzte Behörde hat sich ergeben, daß es an den notwendigen Lehrmitteln mangelte. In einem offenbar sehr schmeichelhaften „Aufschreiben“ — dessen Verlesung aus Bescheidenheit nur zum Teil erfolgte — wurde der Gemeindevertretung aufgegeben, eine Reihe namentlich aufgeführter Lehrmittel schleunigst zu beschaffen.

**Die Verhaftung des Stationsvorstehers Hauptmann** aus dem Vororte Adlershof erregt dort großes Aufsehen. Hauptmann, der sich allgemeinen Ansehens erfreute, war bereits seit einiger Zeit vom Dienst suspendiert, da gegen ihn der schwere Verdacht laut geworden war, sich in seiner Wohnung an Kindern in sittlicher Beziehung vergangen zu haben. Durch die Aussagen verschiedener Schulfrauen, die zumest im Alter von acht bis neun Jahren stehen, ist G. so stark kompromittiert worden, daß die Staatsanwaltschaft am Landgericht II Berlin die Verhaftung verfügte. Der Beschuldigte ist gestern in das Köpcke Gerichtsgefängnis abgeführt worden.

**Mit der Eichwalder Mordsache** wurde eine Verhaftung in Verbindung gebracht, welche gestern in einem Gasthause in Perleberg erfolgte. Dort wurden der Köpcke Janide aus Berlin und seine Ehefrau festgenommen. Wie indessen von anderer Seite mitgeteilt wird, hat die Verhaftung des Ehepaares mit der Ermordung der Schiffersfrau Grahn nichts zu thun. Janide wird danach schon lange von der Polizei eines G. i. m. o. r. d. e. s. wegen gesucht. Er soll hier in E. einen Getränk betrieb haben. Seine Frau ist früher Köchin beim Staatssekretär des Reichspostamts Herrn v. Pöbbecke gewesen.

**Wegen Verbilligung des Fahrpreises zum Besuch der Baumbüchse in Werder a./S.** petitioniert der dortige Verein für Fremdenverkehr bei der Eisenbahn-Verwaltung. Er wünscht von Berlin Extrazüge zum Fahrpreise von 1 M. bzw. 1,50 M. hin und zurück. Ebenso wird um Einführung von Extrazügen von Magdeburg nach Werder a./S. petitioniert.

**Der Nachbarorts-Verkehr.** Die Bewohner der entfernteren Vororte sind durch die neue Einrichtung des postalischen Nachbarorts-Verkehrs in arge Ungelegenheiten geraten. In Berlin wird vielfach übersehen, daß z. B. die über Friedenau hinausliegenden Orte Steglitz, Lichterfelde und Zehlendorf nicht mehr in die Nachbarzone gehören. Briefe und Postkarten, die hierher adressiert sind, werden daher meistens nur mit fünf, resp. zwei Pfennig frankiert; die Folge ist, daß der Briefträger am Bestimmungsort massenhaft Straßporto einzieht. Das trifft die Empfänger hart, da in solchem Fall für blaue Postkarten 10 Pf. für Briefe 20 Pf. eingezahlt werden und bei dem regen Verkehr mit Berlin mancher Mann tagsüber etliche Male in die Tasche greifen muß.

Zum Nachbarorts-Verkehr von Berlin gehören: Charlottenburg, Friedenau, Friedrichsberg, Grunewald, Halensee, Lichterberg, Neu-Weißensee, Nieder-Schönhausen, Pankow, Ploegensee, Reinickendorf, Rixdorf, Rummelsburg, Scharnau, Schöneberg, Stralau, Tempelhof, Treptow, Westend und Wilmerdorf. Denselben Bezirk umfaßt auch der Nachbarorts-Verkehr von Charlottenburg.

### Gerichts-Beitrag.

**Es werden weiter Menschenopfer dargebracht!** Die Rüdständigkeit der Arbeiterschutzbewegung tritt deutlich an folgendem erschütternden Fall ans Licht: Die Arbeiter der Bleifarben-Fabrik von Drieger u. Meier in Ober-Schöneweide waren seiner Zeit so oft erkrankt, daß die in Betracht kommende Arbeiterklasse in einem Jahre für sie 4000 Mark ausgeben mußte, während sie von ihnen im selben Zeitraum nur 200 Mark an Beiträgen einnahm. Der Landrat ordnete deshalb an, daß der Betrieb gehörig überwacht werde. Der zuständige Amtsvorsteher erließ an die beiden Firmeninhaber eine Verfügung, worin er ihnen aufgab, ihre Arbeiter in der Bleifarbenfabrik täglich nur sechs Stunden zu beschäftigen. Als die Unternehmer dies Gebot nicht beachteten, wurden sie wegen Uebertretung der §§ 120a, 120d und 147 angeklagt und in zweiter Instanz auch zu Geldstrafen verurteilt. Das Landgericht erklärte den Amtsvorsteher für berechtigt, für den Betrieb der Angestellten im Interesse der Gesundheit der Arbeiter die Arbeitszeit auf sechs Stunden festzusetzen. Drieger u. Meier legten Revision ein und hatten damit Erfolg. Der Strafsenat des Kammergerichts sprach sich mit folgender Begründung frei: Der Bundesrat habe laut Bestimmung des Reichsanzalters vom 8. Juni 1893 für die Bleifarbenfabriken einen zwölfstündigen Arbeitstag festgesetzt und zwar gemäß § 120c der Gewerbe-Ordnung zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter. Hieran könne die Polizeibehörde auf Grund der §§ 120a bis d nichts ändern. Die Verfügung des Amtsvorstehers sei darum rechtswirksam.

Die Inhaber der gemeingefährlichen Fabrik haben also die Genehmigung, daß ihre Arbeiter nunmehr auf Grund eines vom höchsten preussischen Gerichtshof gefällten Urteils zur höheren Ehre des Profits ihre Gesundheit schleunigst zu Grunde richten können. Eine herrliche Blüte der kapitalistischen Wirtschaftsweise!

**In der Verhandlung gegen den Bankier August Sternberg,** die seit 14 Tagen die neunte Strafkammer des Landgerichts I beschäftigt, beendete gestern gegen Mittag der Staatsanwalt Dr. Pomen seine Ausführungen zur Schuldfrage. Dem Vernehmen nach ließ der Staatsanwalt in dem Falle, bei welchem das Mädchen Erhardt in Frage kommt, die Anklage fallen, hielt dieselbe aber trotz aller schweren Bedenken, die gegen die Glaubwürdigkeit der Mädchen Boyda und Journacon von der Verteidigung durch Vorführung einer ganzen Reihe von Zeugen geltend gemacht worden waren, in diesen beiden Anklagefällen anrecht und beantragte das Schuldig. Der Schlussantrag des Staatsanwalts lautete auf zwei Jahre 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Nach der Rede des Staatsanwalts wurde eine Pause gemacht, nach deren Beendigung die Verteidiger Justizräte Dr. Sello, Kleinholz und Rechtsanwält Heinemann ihre Plaidoyers hielten.

Der Gerichtshof zog sich darauf zur Beratung zurück. Nach etwa zweistündiger Dauer derselben verhandelte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Weimann, das Urteil:

Von der Zahl der zur Anklage gelangten Fälle seien drei übrig geblieben und für erwiesen erachtet worden. Es seien dies die Fälle Marie Erhardt, Marie Journacon und Frida Boyda. Der Angeklagte habe mit der am 29. Juli 1884 gebornen Marie Erhardt unzüchtige Handlungen vorgenommen, aber trotzdem



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Versammlung der Einsetzer.**  
 Dienstag, 17. d. M., vorm. 10 Uhr, bei Herzberg, Alte Jakobstr. 75.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über „Sanarbeitsprüfung“ 2. Diebstahl. 3. Wahl eines Delegierten zur Sanarbeitsprüfungskommission. 4. Die weitere Ausgestaltung unserer Lohnbewegung.  
 Präsidium legitimiert. Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
 Die Kollegen von Gossow, Teltowverträge, werden besonders eingeladen.  
**Die Kommission.**

# Deutsch. Metallarbeiter-Verband

**Verwaltungsstelle Berlin.**  
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII. 350.  
 Unsere Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Bureaus Sonnabend, den 14. und Dienstag, den 17. April nachmittags geschlossen sind.  
 Desgleichen ist der Arbeitsnachweis am Dienstag, den 17. April geschlossen.  
**Die Ortsverwaltung.**

# Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlin und Umgegend.  
 Mittwoch, den 18. April, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Delegierten-Versammlung**  
 bei Herrn Graumann, Nannystr. 27.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: Der Streik der Musikinstrumenten-Arbeiter 1906 und der Tischlerstreik 1900. 2. Diebstahl. 3. Berufshilfsangelegenheiten.  
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist aus jeder Werkstätte ein Delegierter erwünscht. Zur Nachricht, dass die regelmäßige Versammlung am Montag, den 23. April, ausfällt. Bitte diesbezüglich zu beachten.  
**Der Vorstand.**

# Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes.

Sonntag, den 22. April, vorm. 10 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 im Lokal von Buske, Gendarmenstr. 33.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Prüfungsausschusses und Berichtsjahres über die Übernahme der Jahresrechnung 1909. 2. Verschiedenes.  
 Die gemäß § 44 des Statuts gewählten Vertreter werden hiermit eingeladen.  
**Der Vorstand.**  
 J. Krause, Vorsitzender. E. Petermann, Schriftführer.

# Verband der Möbelpolierer.

Die Versammlung der Zahlstelle Oien fällt des Feiertags wegen aus.  
 Folgende Kollegen werden ersucht, Sonnabend, den 14. d. M., abends 6-8 Uhr, bei Zehrer, Blumenstr. 35, zu erscheinen: Paul Seifert, Paul Horn, Ferd. Mohr, Rich. Willgerode, Otto Blum, Karl Schmeier, Rudolph, Herrn. Prodnow, Wils. Kube, Fried. Schneider, Hugo Weile, Max Kappel, Reing. Köpfe, Ferd. Kivall, Adolf Stubbe, Paul Köpfe.  
 Die Werkstatt Stern, Zelig u. Co. ist wegen Maßregeln der Kollegen, ebenso Dresden und Umgegend, weil die Kol. freizeig, gesperrt.  
 Der Gesangsverein der Möbelpolierer veranstaltet am 1. Osterfeiertag ein Instrumental- und Vokal-Konzert mit nachfolgendem Tanz bei Busch, Große Heamfurterstr. 85. Anfang 8 Uhr. Hierzu sind die Kollegen ergebenst eingeladen.  
**Der Vorstand.**

# Neue Freie Volksbühne

Montag, den 16. April (2. Osterfeiertag),  
 nachmittags pünktlich 2<sup>1/2</sup> Uhr,  
 im **Thalia-Theater**, Dresdenerstrasse 72:  
**Extra-Vorstellung**  
**'s Nullerl.**  
 Volkstück mit Gesang in 5 Akten von C. Morre.  
 Einlaßkarten a 1 Mark incl. Programm sind  
 auch für Nichtmitglieder  
 in nachstehenden Zahlstellen zu haben: Norden: E. Knapp, Rest, Grünhalden-Strasse 5; E. Schmidt, Rest, Tiedowstr. 22; Lohr, Alterstr. 38. II. Nordosten: W. Schroll, Rest, Wandbuckstr. 3; H. Nott, Georgenstr. 24a. I. Erdbeereichen: Herrn. Becker, Georgenstr. 24a. Südwesten: C. Werling, Follmerstr. 32; J. Foch, Wäckerstr. 120 (Schuhgeschäft). Süden: H. Sobalen, Kommandantenstr. 62. Südosten: Th. Stampel, Mariannestr. 26; H. Köhn, Rest, Nauenerstr. 85; H. Kaufhold, Brausestr. 52. Osten: Aug. Bölk, Rest, Nördendörferstr. 18 (Gde. Koppentstraße). Schöneberg: P. Arendt, Gernersstr. 2. 150/9

# Verband aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Berlins.

Arbeitsnachweis und Bureau: S. Kommandantenstrasse 25, I. (an der Alten Jakobstrasse). Fernsprecher: Amt IV, 3973.  
 Sonntag, den 15. April (1. Osterfeiertag):  
**Wohlthätigkeits-Matinee**  
 zum Besten hilfsbedürftiger Kollegen  
 in Louis Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29.  
 Auftreten der beliebten Duett-, Gesangs- und Theater-Gesellschaft „Strzelowicz“.  
 Eröffnung 11 Uhr, Anfang präcise 12 Uhr mittags.  
 Billets a 25 Pf. sind zu haben im Bureau und in den Zahlstellen.  
 Programm am Eingang gratis. Offene Kasse findet nicht statt.  
 Um zahlreichen Besuch bittet  
**Das Komitee.**

# Tischler-Verein.

Sonntag, den 15. April 1900 (1. Osterfeiertag):  
**Grosses Konzert**  
 in Max Kliems neuem Festsaal, Sauerheide 13.  
 Billets sind bei sämtlichen Vorstandmitgliedern zu haben.  
**Der Vorstand.**

ist der schönste Anhalt für Ausflüge und Landpartien? Auf der Insel **Pichelswerder** beim alten Freund.

# Freie Kranken- u. Begräbniskasse der Schuhmacher u. Berufsgenossen Berlins.

G. S. Nr. 27.  
**Generalversammlung**  
 Montag, 23. April, abends 8 Uhr,  
 Alte Jakobstr. 75, im oberen Saal.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Vorstandes.  
 2. Bericht des Kassierers und der Revisoren.  
 3. Diebstahl.  
 4. Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**  
 J. L. F. Lutz.

# Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe.

**General-Versammlung**  
 am Montag, den 23. April, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
 in Heuserhofs Salon, Alte Jakobstr. 75.  
 Tages-Ordnung: 271/1  
 1. Berichterstattung über 1899. 2. Wahl eines Vorstandsmittglieds für 1900 (Arbeitsnehmer). 4. Verschiedenes.  
 Um zahlreichen und pünktlichen Erscheinen ersucht  
**Der Vorstand:**  
 Bernh. Jost, Vors. Gg. Bäcker, Schriftf. NB. Am Sonnabend vor Ostern werden die Kassenstunden abends von 6-8 Uhr nicht abgehalten. D. O.

# Orts-Krankenkasse für das Goldschmiedegewerbe zu Berlin.

Sonntag, den 21. April 1900, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
 findet im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45, die  
**Ordentl. Generalversammlung**  
 sämtlicher Delegierten statt. 461b  
 Tages-Ordnung:  
 1. Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren und Antrag auf Erteilung der Decharge. 3. Kassenangelegenheiten. Um pünktliches Erscheinen ersucht  
**Der Vorstand:**  
 E. Davidhäuser, Vors. E. Kabe, Schriftf. Elisabethstr. 45. Stollgerstr. 182.

# Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die für die Wahlperiode 1900-1901 gewählten Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) werden hierdurch zu einer  
**Ordentlichen General-Versammlung**  
 am Sonntag, den 22. April 1900, vormittags 10 Uhr, bezw. 10<sup>1/2</sup> Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, ergebenst eingeladen.

# Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber-Delegierten

Tagesordnung:  
 Wahl eines Vorstandsmittglieds für den Rest des laufenden Jahres am Stelle des ausgeschiedenen Herrn Klaffenstein.

# Um 10<sup>1/2</sup> Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierter (Arbeitgeber und Arbeitnehmer).

Tagesordnung:  
 1. Bericht über die Übernahme der Jahresrechnung pro 1899 und Erteilung der Decharge.  
 2. Beschäftigung der vom Vorstand provisorisch angestellten Beamten.  
 3. Die Gehaltsregelung der Beamten.  
 4. Mitteilungen des Vorstands.  
 Nach Schluss der allgemeinen General-Versammlung:  
**Versammlung der Arbeitnehmer-Delegierten.**  
 Tagesordnung:  
 Wahl zweier Vorstandsmittglieder (Arbeitnehmer) an Stelle der ausgeschiedenen Herren Schäfer und Runath für die Amtsdauer der Ausscheidenden. 270/18  
 Berlin, den 12. April 1900.  
**Der Vorstand.**  
 P. Löbe, Vorsitzender.  
 Ohne Legitimationskarte ist der Eintritt nicht gestattet. Fehlende Legitimationskarten werden im Hauptbureau, Alalbert-Strasse 94, erlirt.

# Bekanntmachung.

Die ordentliche **General-Versammlung** der **Orts-Krankenkasse** für den Gewerbetreibenden der **Haustente, Handelsleute u. Apotheker** findet statt am **Dienstag, den 21. April cr., abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in den Arminalhallen, Kommandantenstr. 20.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Übernahme der Jahres-Rechnung pro 1899.  
 2. Abänderung des § 55 und § 64 des Kassen-Statuts.  
 3. Die Stellen für die Delegierten zur ärztlichen Behandlung d. Krankenkassenmitglieder der Mitglieder?  
**Der Vorstand:**  
 Aug. Dreyer, S. Philippstr. 10, Vorsitzender. Schriftführer.

# Bekanntmachung.

Die ordentliche **General-Versammlung** der **Orts-Krankenkasse** für den Gewerbetreibenden der **Haustente, Handelsleute u. Apotheker** findet statt am **Dienstag, den 21. April cr., abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in den Arminalhallen, Kommandantenstr. 20.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Übernahme der Jahres-Rechnung pro 1899.  
 2. Abänderung des § 55 und § 64 des Kassen-Statuts.  
 3. Die Stellen für die Delegierten zur ärztlichen Behandlung d. Krankenkassenmitglieder der Mitglieder?  
**Der Vorstand:**  
 Aug. Dreyer, S. Philippstr. 10, Vorsitzender. Schriftführer.

# Achtung! IV. Wahlkreis. Achtung!

(Süd-Osten.)  
 Sonntag, den 15. April (1. Osterfeiertag),  
 im „**Konzerthaus Sanssouci**“, Kottbuserstrasse 4a  
**Matinee**  
 veranstaltet von den Parteigenossen.  
 Auftreten  
 der „**Hoffmannschen Norddeutschen Sänger**“.  
 Kassenöffnung 11 Uhr. — Billet 30 Pf.  
 Anfang präcise 12 Uhr.  
 Um zahlreichen Besuch bittet  
 215/4  
**Program gratis.**  
 Das Komitee.

# Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie

befähigt. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
 Zahlstelle Berlin.  
 Am Montag, den 16. April 1900 (2. Osterfeiertag):  
**Grosser Fest-Kommers**  
 zu Ehren der anwesenden Delegierten des Verbandstags, verbunden mit dem  
**XI. Stiftungs-Fest des „Buchbinder-Männerchors“**  
 in den Gesanträumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.  
**Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert.**  
 ausgeführt vom Neuen Berliner Konzert-Orchester (Dirig. Herr Vieta).  
**Türnerische Aufführungen (Marmorgruppen).**  
 Gesangsvorträge des „Buchbinder-Männerchors“ unter Leitung seines Dirigenten Herrn Rumpel.  
 Nach dem Konzert in beiden Sälen: **Grosser Ball.**  
 Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach  
 Billet 20 Pf. Anfang abends präcise 7 Uhr.  
 Abendkassette findet nicht statt.  
 Festprogramm am Eingang des Lokals gratis.  
 Billets sind morgen, Sonnabend, noch in sämtlichen Zahlstellen, bei allen Werkstätten-Vertrauenspersonen, sowie im Bureau, Engel-Ufer 15, II, zu haben.  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
 23/19  
**Die Ortsverwaltung.**

# Verein d. Müller Berlins u. Umgegend.

Sonntag, den 15. April, (1. Feiertag) im Moabit Gesellschaftshaus, Al-Moabit 80/81:  
**VII. Stiftungsfest**  
 bestehend in  
**Konzert, Specialitäten-Vorstellung u. Ball.**  
 Herren 50 Pf. Damen 30 Pf.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 149/1  
**Das Komitee.**

# Nationale Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter u. verw. Berufsgen. (E. H.)

Sonntag, den 15. April (1. Osterfeiertag), mittags präc. 12 Uhr,  
 im **Palast-Theater**, Burgstr. 22:  
**Grosse Matinee**  
 zum Besten der Familien langwierig kranker Mitglieder.  
 Billets a 30 Pf. sind zu haben bei den Zahlstellen des Vorstands, in den Zahlstellen der Kasse, im Bureau des Metallarbeiter-Verbands (Gewerkschaftshaus), sowie bei den Komittemitgliedern M. Schömann, Holzgerstr. 7, und H. Geymann, Wilmersstr. 68. 149/3  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.** J. A. C. Holtkamp, Vors. Kommandantenstr. 18 P.

# Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, 16. April (2. Osterfeiertag), mittags 12 Uhr,  
 im **Palast-Theater**, Burgstr. 22:  
**Grosse Matinee**  
 zum Besten der Arbeiter-Samariter-Kolonie.  
 Auftreten des gelauteten Samariterpersonals.  
 Im Interesse des nachlässigen Zwecks ersuchen wir um zahlreiche Beteiligung. Eintrittskarten a 25 Pf. an der Kasse zu haben.  
 Kassenöffnung 11 Uhr — Programm gratis. — Anfang präcise 12 Uhr.  
 135/4  
**Der Vorstand.**

# Ein verborgener Schatz

**Cognac, Rum, Liqueure** u. sämtliche **Branntweine** von köstlichem Aroma und herrlichem Geschmack von Jedermann höchst einfach und leicht selbst zu bereiten mit den allein echten  
**Kombinierten Original Reichel-Essenzen, ges. Garantie für reine Naturprodukte.** — Absolut nicht trübend. Vorrätig 60 Sorten, vollkommen gebrauchsfertig zur sofortigen Herstellung von: **Allasch, Boonekamp, Ingber, Stonsdorfer, Chartreuse, Pepermint, Benedictiner, Cherry Brandy, Curacao, Vanille.** Jedes Mischlingen unmöglich. Man prüfe. Jeder Versuch ein Meisterstück. Uebertrifft die feinsten Fabrikat. — **Ganz enorme Ersparnis.** Probieren geht über Studieren. — Man macht sich vorher keinen Begriff. Reell und billig. — Seit Jahren in tausenden Familien im Gebrauch. Origin. 40-100 Pf. mit genauer Gebrauchsvorschrift ergibt bis 2<sup>1/2</sup> Liter Liqueur.  
**Elite-Kollektion: 7 franco Deutschland.**  
 Versand gegen Voreinsendung oder Nachnahme. Jede einzelne Sorte. **Einzig echt Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.**  
 Tausende ehrenvolle Anerkennungen. Prospekte mit wertvollen Rezepten gratis und franco.  
**Vorsicht vor Nachahmungen unter ähnlichen Namen:** Berlin u. Vororte frei Haus auch einzelne Flaschen d. weissen Cognacs.

# Berliner Möbel-Halle „Norden“

Inh. Richard Thiele, Ackerstrasse 120 am Gartenplatz.  
**Billigste Bezugsquelle für streng reell gearbeitete Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.**

# General-Versammlung der Kranken-, Unterhaltungs- und Begräbniskasse der Webermacher Berlins (G. S. Nr. 59) am Sonntag, den 22. April, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, Weinstraße 11, bei Feind.

Tages-Ordnung:  
 1. Rechnungslegung vom 1. Quartal 1900. 2. Bericht und Antrag der Führer-Kommission auf Abänderung der §§ 8 und 12 des Statuts (Erhöhung der Unterhaltung). 3. Geschäftsliches. 4.00  
**Der Vorstand.**  
 J. L. G. Buse.

# Bekanntmachung.

**8. Abänderung**  
 Statut der Orts-Krankenkasse f. d. Gewerbe d. Verfertigung von Musikinstrumenten.  
 Artikel I.  
 § 30 lautet wie folgt:  
 Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen:  
 1. Für erwachsene männliche Kassenmitglieder über 16 Jahre, ausschließlich der Weibliche, 60 Pf.  
 2. Für erwachsene weibliche Kassenmitglieder über 16 Jahre 42 Pf.  
 3. Für männliche Kassenmitglieder unter 16 Jahre und für Weibliche 30 Pf.  
 4. Für weibliche Kassenmitglieder unter 16 Jahre 21 Pf.  
 Artikel II.  
 Diese Abänderung tritt nach Genehmigung durch den Vorstandskomittee mit dem ersten Montag nach erfolgter konstituierender Bekanntmachung in Kraft. 120/10  
 Berlin, den 15. Februar 1900.  
 Emil Bartel, Jos. Peyer, Stellv. Vorsitzender. Schriftführer.  
 Genehmigt  
 Berlin, den 23. März 1900.  
 Namens des Vorstandskomitees.  
 Der Vorsitzende:  
 Kayser.

# Gelegenheitskäufe!

Valerian, Herren- u. Knaben-Anzüge, Leder- und Arbeit-Göten, Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Koffer, Damentaschen, Kessel, Revolver, Reizzeuge, Leuchttürme, Garnituren, Uhren, Ketten, Hülsen, Regulatoren, Uhren, Ketten, Ringe, Goldschmuck usw.  
 zu spottbilligen Preisen.  
**Gustav Lucke,**  
 Berlin, 28602\*  
 131 Oranien-Strasse 131.

# Carl Thiemer, Schlächtermeister.

Berlin, Veteranenstr. 15, offeriert  
**Rindfleisch**  
 Schabfleisch u. Schmalz ohne Knochen 70 Pf., Bilet 80 Pf., Rumpsteil ohne Knochen 80 Pf.  
**Kalbsteisch**  
 Schmalz 70, Kotelett 60, Metz 50-70 Pf.  
**Hammelfleisch**  
 Kotelett und Keule 50-60, Rierstück 50-55 Pf.  
**Schweinefleisch**  
 Schinken 50-60, Kotelett 70, Ramm mit Fett 55-60, 44812\*  
**Pökelwaren**  
 nur beste Schmalzung: Ramm 70, Schinkenblatt u. Knochen 70, Gaffel 65, Schinken u. Speck in billigen Tagespreisen.

# Div. Wurstwaren

Schlachtwurst u. Salami 90 Pf., Jungerwurst und H. Ledermantel 80 Pf., Thüringer Wurst 60 Pf., Bockwurst 2 Pf. 25 Pf., Knoblauchwurst 2 Pf. 15 Pf. Spezialität: hochfeine Gaffelwurst täglich frisch. Alle anderen Fleischwaren in best. Qual. zu bill. Preisen.

# Schultze,

Wasserthorstr. 1/2, I.  
 Behandlung aller Haut-, Horn- und Haarschäden ohne jegliche Berufshilfe. 3973L.  
 Sprechstunden 9-12 u. 5-9.  
 Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
 Bei Fortzug der Verbandsliste 10 bezog.

# Charlottenburg.

M. Schmerberg 4093L.  
 Wilmersdorfer-Str. 172 850 127,  
 Uhrmacher und Goldarbeiter.  
 Hocher Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen.  
 Optische Artikel. Gebrauchsgegenstände werden hierher geschickt.

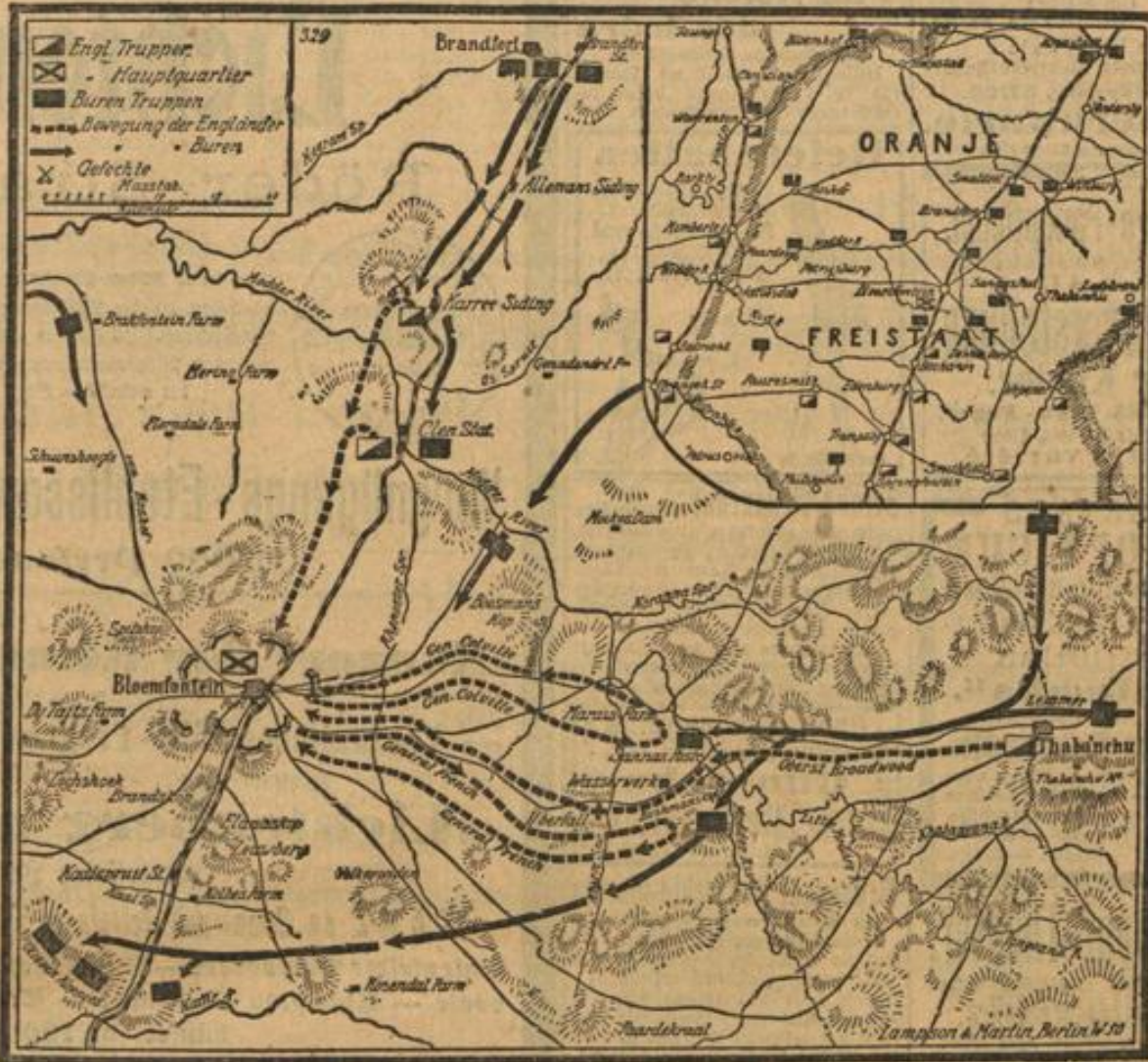


**Zur Orientierung über die Kämpfe im Freistaat.**

Die letzten Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz im Orange-Freistaat haben die Kriegslage zu Ungunsten der Engländer so erheblich verändert, daß man von neuem auf einen für die Boeren günstigeren Verlauf des Kriegs hoffen darf. Es ist unzweifelhaft, daß die Boeren ihre bisherige Taktik der reinen Defensiv aufgegeben haben und zur Offensive übergegangen sind.

Der Erfolg ist nicht ausgeblieben, und Lord Roberts mit seiner ganzen Armee von 40-50 000 Mann ist in Bloemfontein eingeschlossen. Die einheitliche Leitung der Operationen auf der Boerenseite ist unverkennbar, und der wohlbedachte Plan der Cernierung des englischen Heeres in der Hauptstadt und im Herzen des Orange-Freistaats ist in vorzüglicher Weise durchgeführt worden.

Lord Roberts war nach dem Entfall von Kimberley unter fortgesetzten Gefechten mit den sich langsam vor ihm zurückziehenden Boeren nach Bloemfontein vorgeückt. Lord Methuen in der Diamantstadt mit einer ganzen Division zurücklassend, welcher die Aufgabe zufiel, 1. Kimberley zu schützen, 2. den Aufstand in West-Grüna Land niederzuhalten, und 3. durch ein detachiertes Corps Masering im Norden zu entsetzen. Lord Methuen hat nur den ersten Teil seiner Aufgabe erfüllen können. Der Aufstand nimmt dagegen immer größere Dimensionen an, und die zum Entfall Maserings entsandte Truppe ist nicht im Stande, den Widerstand der Boeren bei Warrenton und Fourteen Streams am Vaalkloof zu überwinden. Die Boeren dagegen stehen in ganz ansehnlicher Stärke sowohl im Westen und Norden, wie auch im Osten Kimberleys, so die Verbindungslinie Bloemfontein-Kimberley unterbrechend. Von Bloemfontein aus hatte Lord Roberts einen Teil seiner Truppen nördlich bis Glen und Karree Siding, und östlich bis Thabanchu vorgeschoben, und auf solche Weise seine Streitkräfte zerstückelt. Die Boeren benutzten diesen Umstand und griffen gleichzeitig von Norden (Brandfort) und Osten (Ladysbrand) die britischen Truppen an. Karree Siding und Glen, wo sich das Lager der Gardebrigade unter dem Generalmajor Pole Carew befand, mußte wieder geräumt werden, und auch die unter Oberst Broadwood stehende Abteilung mußte sich von Thabanchu zunächst nach den Wasserwerken bei Sannas Post und dann weiter nach Bloemfontein zurückziehen, obgleich die neunste Division unter General Colville und zwei Brigaden unter dem bekannten General French



zu seiner Unterstützung abgehandelt worden waren. Beim Passieren einer Furtz des Moores Spruit, 4 Kilometer westlich von Sannas Post, verloren die Engländer 11 Geschütze, 18 Munitionswagen und ihren ganzen, etwa 200 Wagen zählenden Train mit Proviant und Kriegsmaterial. Gleichzeitig schwenkten mehrere von Osten kommende Boerencorps nach Südwesten ab und überschritten hier zum Teil so-

gar die Eisenbahn Bloemfontein-Springsfontein, die erstgenannte Stadt auch von Südosten, Süden und Südwesten bedrohend, während andre, zwischen Kimberley und Bloemfontein vorhandene Boerenabteilungen den Cernierungsring des Robertsochen Hauptquartiers im Westen schlossen. Die zur Deckung der rückwärtigen Verbindungen detachierte englischen Truppen sowohl an der eben genannten Eisenbahnlinie wie auch an der nach Kimberley führenden Straße haben einen sehr schweren Stand gegen die Boeren, die in kleineren Abteilungen überall unerwartet auftauchen. Da sie selbstverständlich von den Bewohnern des Orange-Freistaats über die Bewegungen des Feindes fortgesetzt informiert werden, so befinden sie sich den Engländern gegenüber sehr im Vorteil. Auch die Eisenbahnlinie Kimberley-Kapstadt ist von einer Boerenabteilung unter dem Kommandant Vanderpost bedroht. Um das Unglück voll zu machen, haben die Boeren das große Wasserreservoir auf dem Gulchmanskop, welches Bloemfontein mit dem nötigen Wasser versorgte, und das dazu gehörige Pumpwerk zerstört. Es wird sich also bald ein empfindlicher Wassermangel in der Stadt einstellen, da die dort vorhandenen Quellen und Brunnen nicht entfernt zur Deckung des Wasserbedarfs einer Truppe von 40-50 000 Mann und etlichen tausend Pferden und Zugochsen ausreichen. Auch die Gefangennahme der fünf Compagnien sowie neueste Niederlage bei Reerksfontein haben die Lage Roberts bedeutend verschlechtert.

Da sich nun die Armee der Boeren durch steten Zugang von Orange-Freistaat-Boeren vermehrt, welche sich bisher am Krieg aktiv nicht beteiligt hatten und andererseits die Verpflegung der englischen Truppen bei dem Ausbleiben neuer Zufuhren immer schwieriger wird, so erscheint es durchaus nicht ausgeschlossen, daß Lord Roberts binnen kurzem gezwungen sein wird, Bloemfontein, an dessen Verteidigungswerken jetzt fleißig gearbeitet wird, aufzugeben. Es ist dann nur die Frage, ob ihn die Boeren freiwillig abziehen lassen.

In unrer Karte sind die Truppen der Engländer und Boeren durch besondere Signatur von einander unterschieden und die Bewegungen der beiderseitigen Truppen durch verschiedenartige Linien (siehe die Zeichenerklärung) dargestellt. Die Hauptkarte giebt das Gebiet um Bloemfontein bis Brandfort im Norden und Thabanchu im Osten wieder, während die kleine Nebekarte rechts oben das ganze Kriegstheater im Orange-Freistaat enthält.

# BAER SOHN

Die Preise sind streng fest, sehr billig und in Zahlen an den Waaren gezeichnet.

Die 15. Preisliste 1900 (Auflage 1 Million) über gesamte Bekleidung wird kostenlos und portofrei zugesandt.

**Chausseestrasse 24a u. 25**  
zwischen Invalidenstrasse u. Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.

**11 Brückenstrasse 11**  
zwischen Jannowitzbrücke u. Köpnickerstrasse (Ecke Rungestrasse).

**20 Gr. Frankfurterstr. 20**  
Ecke Koppenstrasse, am Bürger-Hospital.

## Fabrikation und Mass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.

En gros. En detail. Lieferanten an Garderoben-Geschäfte, Vereine, Institute und ausländische Gesellschaften. Export. Import.

**Herren-Havelocks,**  
praktisches Kleidungsstück. Vortzöglicher Schutz gegen Sturm und Regen. Enorme Auswahl in Stoffen und Farben.  
**21,-, 15,-, 12,-, 10,-, 6 Mk. 75**

**Frühjahrs-Kleidung**

|                                    |                       |        |
|------------------------------------|-----------------------|--------|
| Frühjahrs-Paletots für Herren      | 18,-                  | 10 Mk. |
| Frühjahrs-Paletots für Herren      | 15,-, 12,-            | 21 Mk. |
| Frühjahrs-Anzüge für Herren        | 33,-, 27,-            | 10 Mk. |
| Frühjahrs-Anzüge für Herren        | 21,-, 18,-            | 25 Mk. |
| Schwarze Jackett-Anzüge für Herren | 45,-, 36,-            | 10 Mk. |
| Schwarze Rock-Anzüge für Herren    | 40, 30, 18,           | 28 Mk. |
| Schwarze Gehrock-Anzüge für Herren | 65,-, 55, 45, 36,     | 30 Mk. |
| Frühjahrs-Hosen für Herren         | 50, 42, 36,           | 3 Mk.  |
| Frühjahrs-Hosen für Herren         | 7, 6, 5, 4,           | 8 Mk.  |
| Frühjahrs-Hosen für Herren         | 15,-, 12,-, 10,-, 9,- |        |

**Herren-Gummi-Mäntel,**  
garantiert englisches Macintosh-Fabrikat, nur echt mit der Schutzmarke des roten Hahnes. Covertcoat mit kariertem Futter. Zweireihiges langes Façon mit und ohne Sammetkragen. Allein-Verkauf.  
**18 Mk.**

**Frühjahrs-Kleidung**

|   |                       |          |
|---|-----------------------|----------|
| Radfahrer-Anzüge für Herren   | 10,-, 9,-             | 6 Mk.    |
| Radfahrer-Anzüge für Herren   | 8,-, 7,-              | 12 Mk.   |
| Radfahrer-Joppen für Herren   | 27,-, 26,-            | 2 Mk. 25 |
| Radfahrer-Hosen für Herren  | 12,-, 9,-             | 3 Mk.    |
| Radfahrer-Gummi-Pelerinen für Herren                                | 12,-, 9,-             | 4 Mk. 50 |
| Ball-Westen für Herren  | 19,-, 11,-            | 2 Mk. 25 |
| Knaben-Anzüge, reiche Auswahl                                       | 7,-, 6,-, 5,-, 4,-    | 2 Mk. 50 |
| Knaben-Anzüge, entzückende Neuheiten                                | 12,-, 11,-, 10,-, 9,- | 8 Mk.    |
| Jünglings-Anzüge, Sehr reichh. Ausw. i. Stoff und Façons von 30 bis | 10,-, 9,-             | 6 Mk.    |

Unsre **3 Geschäfts-Häuser** sind bedeutend vergrößert und zur grössten Bequemlichkeit der Käufer ausgestattet.

(Nachdruck verboten.)



# Goldwaren-Industrie Belmonte & Co., Königstrasse 46,

liefern die passendsten Geschenke in Goldwaren und Uhren.

Die Betriebs- und Verkaufsräume (bis 9 Uhr abends offen) sind bequem von allen Stadtteilen zu erreichen. Sie liegen schrägüber vom Rathaus und 2 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz entfernt. Am Abend zeigt ein weithin sichtbares Lichtmeer von vielen hundert elektrischen Flammen die imposante Front und gewährt einen bequemen Ueberblick über die circa 90 Meter lange Ausstellung von:

**Juwelen • Goldenen Ringen • Ketten • Einsegnungsschmuck • Taschenuhren • Stand- und Wanduhren • Silbernen und Alfenide-Schmuck- und Tafelgeräten,**

sowie sämtlichen in die Gold-, Silber- und Uhren-Branche fallenden Artikeln.

Niemand sollte verabsäumen, sich bei Bedarf durch Besichtigung unserer Auslagen zu informieren, denn es bietet dieses Etablissement, wohl das grösste dieser Art auf dem Kontinent, so viel Neues und Schöneres, dass ein jeder Käufer das Passende findet.

Die Preise sind billig und fest, und wird Nichtkonvenientes bereitwillig umgetauscht. In der sich den Verkaufsräumen unmittelbar anschliessenden, durch riesige Glaswände getrennten Fabrik sieht man das Arbeiten der durch zwei elektrische Kraftmotoren betriebenen Maschinen neuester Konstruktion, welche zur Herstellung von Goldschmuckwaren dienen. Für den Einzelverkauf sind die Eingänge A und B reserviert.

**Goldwaren-Industrie Belmonte & Co., Königstrasse 46.**

Fabrik mit elektrischem Kraftbetrieb. En gros. Export. Versand nach allen Ländern.

Heute von 8-10 u. 12-2 geöffnet.



Komplette Garanturen (Armband, Brosche, Ohrringe) in Gold von 25 M. an, in Goldplated Ia v. 7-12 M.

## 146. Nur die Ueberzeugung giebt Aufklärung 146.

elegant, reich und billig gekleidet gehen kann,

**Herren-, Knaben- und Berufs-Bekleidung**

im Specialhaus von **Paul Mendelsohn**  
 Ecke Kastanien-Allee. 146. Schönhauser Allee 146, vis-a-vis der Pappel-Allee.

Neu eröffnet!

Neu eröffnet!

### Grösste Saisonauswahl der Hutbranche!!

Letzte Neuheit feiner und weicher Herrenhüte 2,50, 3-3,50 M., echte Haarhüte 5 M., elegante Cylinder 5-10 M., Automobil a 2,75 und 3,00 M., sowie ein großer Posten weicher Herrenhüte 1,75 und 2 M. per Stück. 44002\*

**Alvin Sussmann, Hut-Engros, Holzmarktstr. 38, rechts.**

Am ersten Feiertag bleibt mein Geschäft sehr geschlossen.



Attest:

Ich bestätige Ihnen sehr gern die anregende, Appetit- und Verdauung fördernde Wirkung Ihres „Magenbitters“.

2. . . . . 17. Februar 1900.

Dr. med. S. . . . . prakt. Arzt.

Gratisproben werden, so lange der Vorrat reicht, in Delikatessen- und Droguenhandlungen abgegeben.

Ausverkauf in den Restaurationen.

**Achtung!** 4425\*  
 Freunden und Bekannten zur Nachricht, dass ich Skaliherstr. 125 ein Weiss- u. Baurisch-Bier-Lokal eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bitte ich  
**H. Schaller,**  
 Kl. Vereinszimmer zu vergeben.

Gluten-Kakao  
 Gemüse- und Kraftsuppen  
 Bouillon-Kapseln  
 Suppen-Würze

**MAGGI**

stets vorrätig bei **H. Neumann, NW., Boussoletstr. 75.**

### Herren-Fussbekleidung

in schwarz, braun, gelb und weis, in allen Größen und Weiten.



M. 4,80, 5,20, 6,30, 7,50 M.



M. 5,50, 6,75, 7,35, 8,25 M.



M. 7,65, 8,75 M.



M. 4,50, 5,25, 6,10 M.

Große Auswahl in Komptoir- und Filzschuhen.

**Schuhwaren-Haus S. Sebhiger**

**Landsbergerstrasse 40, Ecke Lietzmannstr.**

Diese Annehmlichkeiten für Freitag, 13. April, bis Mittwoch, 18. April. Heute Freitag geöffnet 8-10 und 12-2 Uhr. Morgen Sonnabend, geöffnet bis 11 Uhr. Sonntag (1. Feiertag) geschlossen. Montag (2. Feiertag) geöffnet 8-10 und 12-2 Uhr. Diesen billigen Einkauf sollte niemand vorbegehen lassen.

### Damen-Fussbekleidung

in schwarz, gelb und braun, in allen Größen und Weiten.



M. 4,25, 4,90, 5,50, 6,15 M.



M. 5,25, 5,85, 6,45, 7,35 M.



M. 5,15, 5,45, 6,15, 7,00 M.



M. 3,20, 3,75, 4,50, 4,65, 5,10 M.

Große Auswahl in Stiefeln und Stiefeln in außerst billigen Preisen.

# Kondor

Bewährt!  
 Erprobt!!  
 Beliebt!!!

**Kondor-Fahrradwerke, Akt.-Ges.,**  
 vorm. A. L. Liepe & Breest,  
 Brandenburg a. H.  
 Filialen: Berlin, Chausseestrasse 106  
 Skalitzerstrasse 40.  
 Vertreter für Spandau:  
**W. Lutter, Neuendorferstrasse 95.**

Gegründet 1879.

# Julius Lindenbaum

Grosse Frankfurterstr. 141, **BERLIN O.,** Grosse Frankfurterstr. 141,

Eckhaus der Fruchtstrasse. 5 grosse Schaufenster, 18 Bogenlampen, tageshelle elektrische Beleuchtung. Eckhaus der Fruchtstrasse.

Grösstes Etablissement der Bezirke Ost, Nordost und Südost für

## Herren- und Knaben-Bekleidung.

Sommerpaletots. Sämtliche Sport- u. Jagd-Artikel. Sommer-Anzüge.  
 Berufskleidung.  
 Specialität: Massanfertigung.

Reelle billigste Preise.

# Kaufhaus Max Mannheim

89 Frankfurter Allee.

Berlin O.

Frankfurter Allee 89.

## Abteilung für Konfektion.

|  |         |   |          |
|--|---------|---|----------|
| <b>Damen-Jacketts</b> aus gutem Kammgarn-Cheviot, mit Seide abgenäht . . . . . | 4,75 M. | <b>Damen-Jacketts</b> , englisch Façon, ganz anschliessend, schwarz, reinwoll. Kammgarn . . . . . | 8,75 M.  |
| <b>Damen-Jacketts</b> aus pr. schwarzem Kammgarn . . . . .                     | 7,95 M. | <b>Damen-Jacketts</b> , 2reihig, schwarz Kammgarn, reich besetzt, mit Sammetkragen . . . . .      | 11,75 M. |
| <b>Mohair-Capes</b> , schwarz mit gutem Sergefutter . . . . .                  | 1,95 M. | <b>Kostümröcke, Alpacca</b> , ganz auf Futter, mit Applikation, Stoss und Besenborde . . . . .    | 3,95 M.  |
| <b>Matelasse-Capes</b> , schwarz mit guter seid. Halsrüsche, reich garniert    | 3,50 M. | <b>Kostümröcke, Cheviot</b> , reine Wolle, ganz auf Futter, sauber abgearbeitet . . . . .         | 3,75 M.  |
| <b>Mohair-Pelerinen</b> , schwarz, für Frauen, Taftrüsche auf pr. Futter .     | 4,50 M. | <b>Engl. Covercoat-Kostüme</b> , prima Sitz, Garantie für Dauerhaftigkeit . . . . .               | 14,50 M. |
| <b>Kinder-Kleidchen</b> in allen Grössen und Preislagen.                       |         | <b>Knaben-Anzüge</b> in allen Grössen und Preislagen.   |          |
| <b>Blusen</b> aus Lindener Zephir-Sammet, vorzüglich im Sitze . . . . .        | 7,75 M. | <b>Reinseidene Blusen</b> , reich garniert, sauber abgearbeitet . . . . .                         | 6,95 M.  |

## Abteilung für Handschuhe u. Strümpfe

|  |        |  |                         |
|--|--------|--|-------------------------|
| <b>Zwirn-Handschuhe</b> für Damen, mit farbiger Aufnaht . . . . . Paar | 15 Pf. | <b>Halbseidene Handschuhe</b> für Damen, coul. u. schwarz, Paar  | 45 Pf.                  |
| <b>Waffel-Handschuhe</b> für Damen, gemustert, farbig und weiss, Paar  | 30 Pf. | <b>Halbseidene Handschuhe</b> für Damen, coul. und schwarz, mit verstärkten Fingerspitzen . . . . . Paar | 85 Pf.                  |
| <b>Imitiert Schweden</b> für Damen . . . . . Paar                      | 38 Pf. | <b>Imitiert Schweden</b> für Damen, mit Druckknöpfen, hochaparte Sommerfarben . . . . . Paar             | 80 Pf.                  |
| <b>Zwirn-Handschuhe</b> für Damen, mit Knopf . . . . . Paar            | 42 Pf. | <b>Zwirn-Handschuhe</b> für Herren . . . . . Paar  | 23 Pf.                  |
| <b>Zwirn-Handschuhe</b> für Damen, mit Druckknöpfen . . . . . Paar     | 48 Pf. | <b>Imitiert Schweden</b> für Herren, mit Druckknöpfen . . . . . Paar                                     | 60 Pf.                  |
| <b>Kinder-Strümpfe</b> , Diamant-schwarz, Paar                         | 9 Pf.  | <b>Weisse Damen-Glacé-Handschuhe</b> mit Druckknöpfen Paar   | 1 25 M. 1 60 M. 1 90 M. |
| <b>Kinder-Strümpfe</b> , Leder-farben, Paar                            | 15 Pf. | <b>Weisse Damen-Glacé-Handschuhe</b> mit Ausstattung, Paar   | 1 65 M. 2 00 M.         |
| <b>Kinder-Strümpfe</b> , schottisch, Paar                              | 28 Pf. | <b>Coul. Damen-Glacé-Handschuhe</b> mit 4 Knöpfen . . . . . Paar   | 0 75 M. 1 20 M.         |
|  |        | <b>Coul. Damen-Glacé-Handschuhe</b> mit Druckknöpfen . . . . . Paar                                      | 1 25 M. 1 65 M.         |
|  |        | <b>Für Haltbarkeit und guten Sitz obiger Qualitäten übernehme volle Garantie.</b>                        |                         |
|  |        | <b>Damen-Strümpfe</b> , Diamant-schwarz, Paar  | 20 Pf.                  |
|  |        | <b>Damen-Strümpfe</b> , Leder-farben, Paar   | 45 Pf.                  |
|  |        | <b>Damen-Strümpfe</b> , schottisch, Paar   | 65 Pf.                  |

**Herren-Socken** in allen Preislagen von **5 Pf.** an.

## Abteilung für Sport-Artikel.

|  |                   |  |   |          |
|--|-------------------|--|---|----------|
| <b>Sweaters</b> in allen Farben . . . . .                    | 75 Pf. - 6,00 Mk. | <b>Turner-Hemden</b><br>mit Abzeichen<br><b>Turner-Jacken.</b> | <b>Sporthemden</b> in allen Ausführungen, aparte Neuheiten, 1,10 bis          | 4,50 Mk. |
| <b>Sport-Serviteurs</b> , grosses Farben-Sortiment . . . . . | 42 Pf.            |  | <b>Sportgürtel</b> für Knaben und Herren, mit und ohne Abzeichen resp. Tasche | 18 Pf.   |
| <b>Macco-Hemden</b> . . . . .                                | 90 Pf.            |  | <b>Macco-Hosen</b> . . . . .  | 90 Pf.   |
| <b>Radfahrer-Strümpfe</b> . . . . .                          | 50 Pf.            |  | <b>Radfahrer-Mützen</b> . . . . .   | 38 Pf.   |

**Für ganze Vereine Preisermässigung.**

## Abteilung für Damenputz.

**Ausstellung Pariser und Wiener Modelle**

vom einfachsten bis elegantesten Genre.

Sämtliche Zuthaten: Federköpfe, Reiher, Fantasies, Bänder, Chiffon in allen Ausführungen und Preislagen.

**Sonnenschirme.**

**Regenschirme.**

Täglich Eingang von Neuheiten in Kleiderstoffen.

**Gerichts-Beitrag.**

Gegen die Krankenkassen-Vorstände scheint zur Veränderung in verschiedenen Stellen unseres geliebten Vaterlandes ein Polizeikampf entbrennen zu sollen. Selbstverständlich ist es das preussische Vereinsgesetz, das als Operationsmittel benutzt wird, und die Art, wie Polizei und Staatsanwalt dies Verzeug gebrauchen, ist ganz danach angethan, um die unglückliche Rückständigkeit der Vereins-Gesetzgebung, unter der namentlich die arbeitende Bevölkerung schwer zu leiden hat, vor aller Welt zu offenbaren. Während wir in Nr. 77 aus Düsseldorf einen effektanten Fall zu melden hatten, handelt es sich diesmal um eine in Trier erfolgte Polizeität.

Unter der Beischuldigung, am 2. Dezember vorigen Jahres in einer polizeilich nicht angemeldeten gemeinschaftlichen Vorstandssitzung verschiedener Klassen als Leiter beziehungsweise als Redner aufgetreten zu sein, fanden vor einigen Tagen zwölf Vorstandsmitglieder von Krankenkassen in Trier zum zweitenmal vor Gericht, da gegen das freisprechende Erkenntnis der ersten Instanz vom 13. Februar Berufung eingelegt worden war. Das neue Invalidenversicherungs-Gesetz hat zur Reuefestsetzung usw. die Einrichtung von unteren Verwaltungsbehörden vorgegeben, zu welchen für die Krankenkassen deren Vorstände und für die nicht krankversicherungsspflichtigen, aber der Invalidenversicherung unterstellten Personen die Kreisbehörden Vertreter wählen. Zur Vorbereitung dieser Vertreterwahl waren bereits am 28. September vorigen Jahres die Vorstände der sämtlichen Krankenkassen, welche vier Arbeitgeber und vier Versicherte zu wählen haben, versammelt; man besprach die Neuordnung der Dinge und einigte sich auf die Namen von acht Personen. Nun wurden die einzelnen Klassenvorstände Ende November von der Aufsichtsbehörde zur Vornahme der Wahl aufgefordert mit der Anordnung, das Ergebnis spätestens bis 5. Dezember einzureichen. Die gemeinsame Ortskrankenkasse bestimmte den Termin ihrer Wahl auf den 2. Dezember an und da

diese Klasse in der Person des Schriftführers Leonard ein mit den Versicherungsgesetzen gut bekanntes Mitglied hat, so fanden sich, nachdem der Versammlungstermin der gemeinsamen Klasse gesprächsweise bekannt geworden war, auch die Vorstände von fünf anderen Klassen zur gleichen Zeit dort ein, so daß im ganzen etwa 30 Vorstandsmitglieder vereinigt waren. Während die erste vorbereitende Versammlung sämtlicher Klassen ungeführt verlief, wurde zu allgemeiner Bewunderung der Wahltermin polizeilich überwacht. Der Vorsitzende der gemeinsamen Ortskrankenkasse, Herr Vöry, protestierte gegen die Überwachung, dann nahmen ohne weitere Erörterung die einzelnen Vorstände die Wahl der acht auf Zetteln vorgegedruckten Vertreter getrennt vor. Jeder Vorstandsbesitzung wurde ein Zettel nach vollzogener Wahl die Sitzung der von ihm vertretenen Klasse. Am 10. Dezember wurden dann die vorgenannten Teilnehmer der Versammlung wegen Übertretung des Vereinsgesetzes mit Strafbefehlen von je 15 M. bedacht. Wie bemerkt, sprach das Schöffengericht die Angeklagten frei, weil keine öffentlichen Angelegenheiten in der Versammlung zur Sprache gekommen sind. In der Berufungsverhandlung beriefen sich die Angeklagten wie in der ersten Instanz namentlich auf die Instruktion des Reichs-Versicherungsamts, welches es für zweckmäßig hielt, daß die Klassenvorstände eines jeden Wahlbezirks sich vor der Wahl mit einander verständigen.

Bei alledem beantragte der Staatsanwalt gegen jeden der Angeklagten 15 M. Geldstrafe. Das Gericht war einsichtig genug, das freisprechende Erkenntnis der ersten Instanz zu bestätigen.

**Die weiße Kelle.** Das Lokal des Restaurants Emil Jünger in der Mantelstraße war am Abend des 28. August vor Jahres außerordentlich stark besucht. Die Gäste teilten sich in zwei Gruppen. Die eine kleinere Gruppe, offensichtlich aus Stammgästen bestehend, saß in der Nähe des Stammtisches und amüsierte sich darüber, daß eine Menge fremder Gäste, zumeist jüngere Leute, ihre linke Seite übereinstimmend mit einer weißen Kelle geschmückt hatten. Der Umstand war auf ein Heirats-

gesuch zurückzuführen, welches Tags zuvor in der Zeitung veröffentlicht worden war und folgenden Wortlaut hatte: „Eine junge Schneiderin, 23 Jahre alt, hübsche Erscheinung, die im Stande und geübt ist, einen Mann zu ernähren, wünscht einen Lebensehegatten. Bewerber wollen sich am Samstagabend, den 28. d. M. im Jüngerischen Lokal einstellen. Erkennungszeichen: eine weiße Kelle im Ansteckloch.“ Der Wirt hatte alle Hände voll zu tun, um die Kellengeschmückten zu bedienen. Er war es gewesen, der sich den Scherz mit dem Heiratsgesuch geleistet hatte. Seine Absicht, ein volles Lokal zu bekommen, war erreicht. Die Sache fand aber einen unfreundlichen Abschluß. Die Heiratskandidaten sahen bald ein, daß sie gesoppt waren, sie würden ungenützlich auf einer von ihnen zerstückt mit dem Stock beim Hinweggehen die Fensterhebe. Der Wirt, sowie dessen Bruder, der Metallarbeiter Jünger, stürzten hinaus und drangen kam es zu einer Schlägerei, wobei drei von den weißen Kellen arg zugerichtet wurden. Die ursprünglich auch wegen Betrugs gegen den Schankwirt Jünger gerichtete Anklage wurde wieder fallen gelassen, weil ein zugefügter Vermögensnachteil nicht nachzuweisen war, dagegen wurde gegen beide Brüder Jünger Anklage wegen gemeinschaftlicher Abhandlung erhoben. Das Schöffengericht verurteilte den Schankwirt Jünger zu 60, den Metallarbeiter Jünger zu 40 Mark Geldstrafe. Im gestrigen Termin sodt der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herbert Kränkel, das erste Urteil an und suchte noch nachzuweisen, daß die Angeklagten sich im Zustand der Rottwehre befunden hätten. Der Schankwirt Jünger hatte sofort von dem nicht ermittelten Träger einer weißen Kelle einen heftigen Schlag mit einem Instrument auf den Kopf erhalten, so daß ihm das Blut über das Gesicht lief. Da sei es doch erklärlich, daß er sich verteidigte und daß ihm sein Bruder gegen die Hebramacht zur Hilfe gekommen sei. Der Gerichtshof hielt nicht für erwiesen, daß der Angeklagte Paul Jünger sich an der Schlägerei beteiligt habe, dieser wurde freigesprochen, die Berufung des Angeklagten Emil Jünger dagegen verworfen.

**Grosse Fänge, Preise billig!**  
**Cabliau**, der so sehr beliebt, zum Kochen wie zum Braten sehr empfehlenswert ist,  
pro Pfund im ganzen 20-25 Pfg., im Ausschnitt 30 Pfg. pro Pfund.  
**Schellfische** in allen Grössen pro Pfund 25-30 Pfg.  
Geräucherter Seelachs 45-50 Pfg., Flundern 60-70 Pfg.  
Alle andern Fischarten ebenfalls billig.  
empfehlen die **Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**  
in ihren 6 Verkaufsstellen:  
Haupt-Filiale: Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Etagen 9-10.  
No. III. Berlin NW., Lüneburgerstrasse, Ecke Panfstr., Stadtbahnhof 388, 9 (Centrallager).  
No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorferstrasse.  
No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10, 11, am Wilhelmsplatz.  
No. IV. Im Schlesischen Bahnhof, Madalstr. 22.  
No. VI. Prälizenstr. 30, zwischen Moritzplatz u. Ritterstrasse.

**NB.** Seefisch ist das billigste und beste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

**Linde's Essenz**  
wird in Tassen, Gläsern und anderen Gefässen verkauft, die in jedem Haushalt praktische Verwendung finden können.

**ZAHNSCHMERZ** beseitigt sofort Zahne  
**KROPP'S Zahnwolle** (20% Carvacrolwolle) in plomb. Flasche à 50 k zu haben in allen Drogerien. Nimm keine Nachahmung an!

**Herren-Filzhüte**  
1,50, 2,-, 2,50 M., ff. 3,-, 4,50 M.  
Seidenhüte von 4 M. an.  
Chapeaux clagues - 8  
Knabenhüte 1  
Allerbilligste Bezugsquelle. (44252)  
**Alfred Krug, Outfabrik, 51 Brunnen-Strasse 51.**

**Möbel**  
verleihen gewaschen und neu, staunend billig. 44102\*  
Teilszahlung gestattet.  
Neue Königstrasse 59.

**Grösste Berliner Hosen-Fabrik**  
Rosenthalerstr. 55 1  
hat beständig **Tausende von Hosen**  
aus Stoff, Leder, Zwirn u. Manchester auf Lager.  
Streng reelle Bedienung. — Enorm billige Preise.

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Erfurt-Ilversgehofen**  
Renommiertes Fabrikat. Beste Zuthaten.  
Wir empfehlen:  
Herren-Zugstiefel, gewellt, Spezialität 7 M.  
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.  
" " Befest. u. Knopferzeugung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.  
" Agrarstiefel, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.  
" Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Preislagen.  
Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig, 4,50 bis 6,50 M.  
Schafstiefel, Reistiefel.  
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.  
" Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befest. u. Knöpfe, von 5,50 M. an.  
" Schnürschuhe von 3,50 M. an.  
" Hausschuhe von 2,00 M. an.  
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, sämtlich solid gearbeitet.  
zu anerkannt sehr billigen Preisen.  
Ballschuhe in den verschiedensten Dessins von 2,50 M. an.  
Grösste Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.  
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen angestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. (40072)\*  
Verkaufsstellen:  
Berlin SW., Belle-Alliance-Strasse 102.  
W., Schiffstraße 12.  
Stettin, Neifischländerstr. 14.  
Hannover, Klagenmarkt 7a.  
Hamburg, Steinstraße 10.  
Worms, Marktstr. 5.  
Bremen, Finkenstraße 76.  
Düsseldorf, Sandowstraße 57.  
Süd a. Rh., Eigelsheim 66.  
Frankfurt a. M., Viehhofstr. berg 26.  
Reil 67.  
München, Sendlingerstraße 10.  
Dachauerstraße 83.  
Landshuterstraße 7.  
Gumboldstr. 22.  
Amalienstr. 28.

**Otto Wetzell & Co.**  
Mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb.  
Wir übernehmen bei unserm Fabrikat die weitgehendste Garantie.  
  
Vorzügliche Passform.  
Unsere Verkaufsstellen in Berlin befinden sich:  
32. Landsberger-Strasse 32.  
6. Dresdener-Strasse 6.  
52. Wilsnacker-Strasse 52.  
Unsere Preise sind deutlich auf der Sohle angestempelt.  
Direkter Verkauf ohne jeden Zwischenhandel.

**Kufeke's**  
Von AUTORITÄTEN empfohlen  
BESTES im GEBRAUCH billigstes  
**Kindermehl**  
**Seiden-Hut-Fabrik**  
von Carl Renz,  
3 Oranien-Strasse B.  
Schirm- und Mützen-Lager. Reelle Bedienung.

**Cylinder-Hüte**  
lässt man am liebsten direkt in der Fabrik.  
**Chapeaux clagues**, weich und feste Filzhüte, Einsegnungs-Hüte zu billigen Preisen bei  
**Max Radtke, Blumenstr. 39, Gde. Andreadstraße (Stein Laden).**

**Special-Möbel-Kaufhaus**  
für bürgerliche 3781L\*  
**Wohnungs-Einrichtungen.**  
**Theilszahlung**  
gestattet Anzahlung und Jahre hinaus bei kleiner Anzahlung auf Jahre verteilte Raten.  
**Central-Möbel-Halle**  
Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstrasse.  
Empfehlenswerte Bezugsquelle. Lagerbesichtigung erbeten.

Neu! (38742)\* Neu!  
In dem **Möbel- und Polsterwaren-Magazin** von  
**Wilhelm Müller, Gerichtstraße Nr. 10, am Hochplatz** laden Sie  
komplette bürgerliche Wohnungseinrichtungen, sowie einzelne Möbel, Polsterwaren und Teppiche zu nicht erhöhten Preisen auch auf Teilzahlung.

Für wenig Geld  
**den schönsten Hut**  
für Damen und Kinder  
**Carl Schloss,**  
44200\* Wiener Strasse 22,  
direkt am Görlitzer Bahnhof.  
**Möbel** auf Teilzahl. Oranienstr. 181.  
Coulante H. & M. Lewent, Beamten ohne Anzahl.

